

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
vom 14. Juli
bis zum 24. Oktober 2017**

NWO-Sonderheft Nr. 115



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
vom 14. Juli bis zum 24. Oktober 2017**

NWO-Sonderheft Nr. 115

Terror der Antichristen vom 14.07.2017-24.10.2017

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 14. Juli bis zum 24. Oktober 2017	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 14. Juli bis zum 24. Oktober 2017

Besser den Wolf aus der Schafherde heraushalten als darauf zu vertrauen, man könne ihm Zähne und Klauen ziehen, nachdem er eingebrochen ist. <i>Thomas Jefferson (1743-1826, nordamerikanischer Politiker)</i>

2017

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 14. Juli 2017 (x892/...): >>"Was alles mit Linkssein nicht zu tun hat"

"Was alles mit Linkssein nichts zu tun hat:

Haß.

Hetze.

Gewalt.

Indymedia.

Steinewerfen.

Autos anzünden.

Molotow-Cocktails.

Molotow.

Lenin.

Stalin.

Beria.

Jeschow.

Jagoda.

Die Oktoberrevolution.

Die Tschistka.

Der Holodomor.

Robespierre.

Guillotine.

Vendee.

Der Realsozialismus.

Der Nationalsozialismus.

Die DDR.
Honecker.
Ceaurescu.
Die Stasi.
Mao.
Die Kulturrevolution.
Der Große Sprung nach vorn.
Die Roten Khmer.
Killing fields, Venezuela.
Kuba.
Che Guevara.
Kim I. bis III. und evtl. IV.
Die RAF.
Unterdrückung des Geistes.
Unterdrückung der Meinungsfreiheit.
Unterdrückung der Wirtschaftsfreiheit.
Unterdrückung der Eigeninitiative.
Unterdrückung überhaupt.
Der Kampf gegen rechts, sofern "Kampf".
(Michael Klonovsky 14.07.2017) ...<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 19. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Die NGO-Schlepper!**

In Afrika und dem Nahen Osten sind etwa 65 % der Bevölkerung jünger als 30 Jahre. Sie hungern nicht, haben aber kaum Aussicht auf Wohlstand und Status. In Deutschland lebt die zweitälteste Bevölkerung der Welt in hohem Wohlstand.

Sollen der Wohlstand und der mit ihm zusammenhängende Frieden erhalten werden, muß die Einwanderung der jungen, nach Wohlstand und Status gierenden Männer aus Afrika und dem Nahen Osten verhindert werden.

Das genaue Gegenteil passiert: Europäische Marineschiffe und staatlich unterstützte Nichtregierungsorganisationen greifen die illegalen Migranten unmittelbar vor der afrikanischen Küste auf und schleppen sie nach Italien. Einmal in der EU, schlagen sie sich im deutschen Sozialstaat durch, wenn sie nicht gleich direkt per Flugzeug dahin "verteilt" werden. Wer einmal da ist, bleibt: die Anerkennungsquote von Nigerianern liegt, als Beispiel, bei 3 %, die Abschiebequote der 97 % Abgewiesenen ebenso.

Wie es anders geht, zeigt Australien. Wen die australische Küstenwache aufgreift, rettet sie - und bringt ihn anschließend in Camps außerhalb Australiens. Niemand, der versucht, illegal nach Australien zu kommen, wird als Asylant oder Flüchtling anerkannt: No way! Das Ergebnis: es gibt keine illegale Einwanderung mehr über das Meer. Und in Europa? Da rechnet man für dieses Jahr mit bis zu 400.000 Migranten aus Afrika. Damit wäre die Katastrophe vom Herbst 2015 zurück. Aus demselben Grund wie damals: weil die Politiker die Grenzen öffnen, statt sie zu schützen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 19. Juli 2017: >>**Muslime frohlocken: Kommt jetzt die Vielweiberei?**

Rasch noch vor den Sommerferien von Mutti Merkel aus wahltaktischen Gründen im Schnellverfahren durchgewinkt, schlägt die Einführung der "Ehe für alle" auch im Ausland hohe Wellen. Giuseppe Garcia, Medienbeauftragter des Bistums Chur (Schweiz), spricht im eidgenössischen 'BLICK' Klartext.

"Ehe für alle ist Ehe für keinen", erklärt Garcia in einem Gastbeitrag des Schweizer 'BLICK' und wirft dem deutschen Staat absolute Beliebigkeit vor. Und er geht noch einen Schritt

weiter:

Wenn der Staat die Ehe zwischen Männern und Männern, Frauen und Frauen sowie zwischen allen anderen von linker Seite postulierten Sexualformen anerkennt, welche Argumente will er dann gegen die Vielehe, die Ehe von einem Mann und vielen Frauen anbringen?

"Wenn es tatsächlich so ist, daß in Zukunft 'Ehe für alle' gilt, dann auch für drei Männer und drei Frauen. Auch sehr behaarte Männer mit der Befähigung, mehrere Ehefrauen zu pflegen und mit ihnen diverse Kinder zu zeugen, dürfen nicht länger diskriminiert werden. Und es darf ihnen, sollte die eine oder andere Gemahlin noch im Ausland verweilen, der Familiennachzug nicht verwehrt werden", erklärt Garcia weiter.

Es stellt sich damit die Frage, ob die "Ehe für alle" nicht ein weiterer Schritt nicht nur in Richtung Auflösung der traditionellen Familie, sondern auch ein weiterer Schritt in Richtung Islamisierung unseres Landes ist. Aus gut unterrichteten Quellen ist jedenfalls bekannt, daß islamische Kreise in Deutschland die "Ehe für alle" begrüßen, weil sie ein weiterer Schritt in Richtung Anerkennung der Vielweiberei und der Scharia ist.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 19. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Blau, die Farbe fürs Herz

Was ist der Unterschied zwischen CDU-Merkel und SPD-Schulz? SIE hat keinen Bart! ER kaut keine Fingernägel. Soweit man weiß.

Zwischen FDP-Lindner und dem GRÜNEN Özi? Der Christian hat die Haare schöner. Hat ja auch mindestens 10.000 Euro gekostet; der Knick in Cem's Pupille wäre wohl teurer.

CSU-Seehofer und die SED-LINKE Wagenknecht? Er kann besser Merklin-Eisenbahn. Aber Sarah ist eindeutig hübscher geschminkt. Jedenfalls besser als Honecker.

Ansonsten? Wie unterscheiden sich die sechs Parteien, die Deutschland im Griff haben? Natürlich, durch die Farben: Merkel-Schwarz, Schulz-Rot, Honecker-Rot, Geld-Gelb, Regenbogen-GRÜN, Weißbläulich. Ansonsten? So, wie ZK-Berlin und MAINSTREAM befehlen. Deutschland muß weg!

Gut, bei der CDU nur jene, die immer noch von HEIMAT schwafeln. Bei der SPD, wer noch von LEITKULTUR murmelt. Bei der FDP alle, die mal liberal-national dachten. Bei den GRÜNEN nur die SCHWEINEDEUTSCHEN, also fast alle. Bei den SED-LINKEN die Kapitalistenschweine, also alle. Und bei der CSU? Nur jene obstinaten Bayern, die mal Franz-Josef Strauß bis zum absoluten Gipfel nachkraxelten.

Was also bleibt den Deutschland-Deppen? Die immer noch nicht ausgetauscht sind? Die immer noch ausharren im Land der Dichter und Denker? Des Schwarzen Goldes, der Grünen Wälder? Wen sollen sie wählen am 24. September? N o c h dürfen sie ja so frei sein in der Kabine...

Also wen sollen die wählen, die schon länger hier leben?

Blau! Die Farbe, die das Herz wieder beruhigt. Wenn es um Deutschland geht. Die Farbe der AfD ist Blau ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juli 2017 (x887/...): >>Ein "Mordsweib"?

Ungesund und fatal ist die Beziehung der Deutschen zu ihrer Kanzlerin

Ihr lieben Deutschen, was fasziniert euch an dieser Frau? Das Äußere kann es eher nicht sein, aber das ist geschenkt. Sicher, man kennt sich. Man hat sich aneinander gewöhnt. Aber diese bedingungslose Hingabe? Ihr seid ihr verfallen. Es ist eine mörderische Beziehung. Diese Frau nimmt Euch aus. Sie tut Euch nicht gut. Sie fährt mit Euch Schlitten und noch dazu voll gegen die Wand. Es ist ein Rätsel.

"Angela Merkel wird immer beliebter", freut sich die "Zeit". Die Wochenzeitung präsentiert eine Infas-Umfrage, nach der sich 36 Prozent der Wähler für die Kanzlerin "richtig begeistern". Infas-Chef Menno Smid staunt: "Wir haben die Intensität einer affektiven Haltung ge-

messen. Eine solche Messung ist gegenüber kurzfristigen Themeneinflüssen erfahrungsgemäß robust." Sprich: Dies ist mehr als eine Schwärmerei. Heiß und innig sind die Gefühle für die Angebetete.

"Frau Merkel, Sie sind ein Mordsweib", begeisterte sich einer ihrer zahllosen Fans jüngst in Essen. Die Kanzlerin sprach in der dortigen Philharmonie über "Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert". Um Deutschland ging es ihr dabei weniger. Als Weltkanzlerin präsentierte sich die lila Beblazerte an diesem Abend. Sie wolle Wohlstand für alle und das rund um den Globus. Kaum einer ihrer Sätze endete ohne Beifall.

Zur Fragerunde erhob sich ein Mann, der sich als Unternehmer und Vater von vier Kindern vorstellte. Sie nehme zwar oft Bezug auf Ludwig Erhard, erklärte dieser kritische Denker, aber ob ihr denn nicht bewußt sei, daß dieser sich nur für den Wohlstand in Deutschland verantwortlich gesehen habe. Erhard habe sicher nicht geglaubt, daß Deutschland berufen sei, auch zum Beispiel für den Wohlstand in Afrika zu sorgen.

Leider folgte kein Moment der Klarheit im Publikum. Der Mann wurde ausgebuht. Merkels Antwort enthielt dann unter anderem einen Verweis auf das Römische Reich. Der antiken Großmacht sei es immer gut gegangen, wenn sie statt auf Abschottung auf Ausgleich mit den Nachbarn gesetzt hätte. Einen Multi-Kulti-Exzeß namens Völkerwanderung erwähnte sie nicht: "Zahllos wie die Funken des Ätnas", so der Zeitzeuge Ammianus Marcellinus, strömten die germanischen "Flüchtlinge" im vierten Jahrhundert nach Christus ins Reich. Auch aus christlicher Nächstenliebe waren sie hereingelassen worden. Sie brachten Gewalt, Chaos und Niedergang.

Der Althistoriker Alexander Demandt hat mit "Das Ende der alten Ordnung" einen lesenswerten Aufsatz darüber geschrieben. Aber zurück zur Magna Mater, zur großen Mutter: Muttis Sicht auf die Geschichte ist ebenso zweckorientiert wie vieles andere. Fakten stören da nur. Und sie kann es sich leisten. "Eine Mutter kann nicht abgewählt werden", hat der Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz schon vor einigen Jahren im Hinblick auf die Wahlerfolge Merkels festgestellt. Er attestierte den Deutschen eine Sehnsucht nach Mütterlichkeit.

Sein Kollege Tilman Moser spricht vom "regressiv eingerastetem Vertrauen". Mit kindlichem Urvertrauen begegnen die Deutschen ihrer Angela Merkel. Sie werden bitter enttäuscht werden.<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 22. Juli 2017 (x953/...): >>**Lügen die Medien?**

Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung.

von Jens Wernicke

Ein neues Buch aus dem Rubikon-Umfeld geht der Frage nach: Lügen die Medien? Zu Wort kommen die Journalisten Walter van Rossum, David Goeßmann, Ulrich Teusch, Volker Bräutigam, Ulrich Tilgner, Stephan Hebel, Werner Rügemer und Eckart Spoo. Die Wissenschaftler Noam Chomsky, Daniele Ganser, Rainer Mausfeld, Uwe Krüger, Jörg Becker, Michael Walter, Erich Schmidt-Eenboom, Klaus-Jürgen Bruder und Kurt Gritsch. Sowie mit Maren Müller, Hektor Haarkötter, Sabine Schiffer, Gert Hautsch, Rainer Butenschön, Markus Fiedler und Daniela Dahn wichtige Stimmen aus der Zivilgesellschaft.

Die Mehrheit der Bürger vertraut den Medien nicht mehr. Der Begriff der Lügenpresse geistert durchs Land. Viele haben erkannt: Eine von Konzerninteressen, Hochglanzwerbung und politischer Agitation à la "Deutschland geht es so gut wie nie zuvor" (Angela Merkel) geprägte "Berichterstattung" hat mit ihrer sozialen Realität nichts mehr gemein. Eine "Kernschmelze des Vertrauens" (Edelman Trust Barometer 2017) findet statt.

SPD-Urgestein und Herausgeber der *NachDenkSeiten* Albrecht Müller kritisiert die Medien daher als "Kampfpresse". Nach seinen Worten sind die Medien zu Sprachrohren der Mächtigen verkommen und stehen Gewehr bei Fuß, wenn es etwa um die Legitimation von Sozial-

abbau geht.

Andere Medienkritiker werfen den Medien sogar Propaganda vor und verweisen auf eine Berichterstattung, die kein Problem damit hat, entgegen journalistischer Standards mit Lügen den Weg in eine Politik zu ebnen, für die Kriege und das Anstacheln von Feindseligkeiten selbstverständlich geworden sind.

Fest steht: Die Einseitigkeit und Parteilichkeit vieler Medien ist kaum mehr zu ertragen. Wenn selbst führende Politiker inzwischen eine "erstaunliche Homogenität" (Frank-Walter Steinmeier) und mangelnde Meinungsvielfalt der Presse beklagen, wird deutlich: Wir befinden uns in einer tiefgreifenden Krise, die nicht länger hinzunehmen ist.

Doch warum? Was sind die Probleme und Ursachen? Und ist ein ehrlicher und ausgewogener Journalismus überhaupt noch denk- und vorstellbar?

Der Medienmainstream beantwortet diese Fragen üblicherweise mit Aussagen wie "Wir sind nicht gesteuert, Fehler passieren jedem einmal," oder verortet die Krisenursachen mit der Behauptung "Das ist doch alles Verschwörungstheorie!", beim Publikum selbst.

Eine umfassende und vielstimmige Medienkritik tut daher not. Eine Kritik, die den Bürgern die "intellektuellen Waffen" (Pierre Bourdieu) an die Hand gibt, derlei Ausflüchte und Entmündigungsversuche als das zu erkennen, was sie sind. Eine Medienkritik, die für die Bürger Partei ergreift und sich bewußt ist, daß "die Propaganda für die Demokratie (dasselbe ist) wie der Knüppel für einen totalitären Staat" (Noam Chomsky).

Jens Wernicke hat mit zahlreichen Medienexperten über die verschiedenen Facetten der Krise gesprochen und sucht nach Lösungen und Auswegen. Das Resultat ist ein unverzichtbares Kompendium der Medienkritik.

Buchtitel: *"Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung"*. Das Medienkritik-Kompendium ... Westend-Verlag ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 26. Juli 2017: >>**Unqualifiziert und radikal!**

Horch, was kommt denn von draußen rein?

Noch nie kamen so viele Zuwanderer nach Deutschland wie im Jahr 2015 und 2016. Woher kommen sie? Was wollen sie? Und wer muß sich wem anpassen?

"Horch, was kommt denn von draußen rein? Hollahi, hollaho! Wird wohl mein feins Liebchen sein...", heißt es in einem alten Volkslied. Der vor kurzem erschienene Migrationsbericht des BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) zeigt jedoch, daß es sich bei den eingereisten Asylsuchenden nicht um ein "feins Liebchen" handelt!

Im Gegenteil:

Zwar erklärt das BAMF, daß 2015 offiziell (die Dunkelziffer ist weit größer) "nur" 890.000 Flüchtlinge eingereist sind.

Insgesamt wurden 2015 in Deutschland jedoch 2,14 Millionen Zuzüge registriert. Die wichtigsten Herkunftsländer dabei: Syrien und Rumänien.

Diese enormen Zahlen verändern unser Land. Das ist im Alltag immer deutlicher spürbar. Und da 85 Prozent der Asylbewerber in Deutschland bleiben möchten und 80 Prozent sich sogar die deutsche Staatsangehörigkeit wünschen, muß die Frage erlaubt sein: Wen lassen wir hier ins Land - und was kommt dann? Und vor allem: Wer und wie viel Hunderttausende und Millionen werden durch den damit möglichen Familiennachzug nochmals nach Deutschland einreisen?

Jung und ungebildet

Laut BAMF sind 62 Prozent der Asylbewerber beruflich nicht qualifiziert, ein Viertel hat sogar gar keine oder nur eine Schulbildung von weniger als vier Jahren. Besonders bei Flüchtlingen aus dem Irak und Syrien sind die Qualifikationen sogar noch schlechter. Dabei sind sie normalerweise männlich und jünger als 35 Jahre. 25,4 Prozent haben nur schlechte oder gar

keine Deutschkenntnisse.

Diese Zahlen lassen wenig Hoffnung auf eine erfolgreiche Zukunft bei uns zu. Und was macht das mit dem "Einwanderungsland Deutschland"?

Deutschlands Zukunft

Die genannten Zahlen stammen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie von Universitäten. Man muß dort also wissen, was Angela Merkels Politik für unser Land bedeutet und wohin dieser Weg führt.

Wenn wir diese Politik nicht schnell korrigieren, steht uns eine düstere Zukunft bevor. Wir müssen heute handeln, um Deutschlands Zukunft zu sichern!

Integration und Religion

Für Migranten läßt sich allgemein zeigen, daß sich sozial schwache Schichten auch nach Generationen noch viel stärker der Heimatkultur zugehörig fühlen.

Wenn man wissen möchte, was uns in den nächsten Jahren blüht, lohnt sich ein Blick auf die Türken in Deutschland. Sie leben oft seit Generationen hier und gelten als strahlendes Beispiel für Integration. Doch ein Blick auf die Zahlen zeigt die Wirklichkeit.

So stimmen 57 Prozent der befragten Türken der ersten Generation in Deutschland der Aussage "Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe" zu. 25 Prozent rechtfertigen sogar Gewalt im Namen des Islam. Und die zweite und dritte Generation schätzen sich sogar als noch religiöser ein als ihre Eltern. Sie gelten zwar als besser integriert, legen aber deutlich weniger Wert auf eine Anpassung an die deutsche Kultur.

Türken in Deutschland ...

67 % aller Türkeistämmigen sehen sich als sehr religiös.

73 % aller Türkeistämmigen wollen, daß Bücher und Filme, die Religionen angreifen und die Gefühle tief religiöser Menschen verletzen, verboten werden.

76 % aller Türkeistämmigen finden, daß eine Bedingung für gute Integration ist, wenn man selbstbewußt zu seiner eigenen Kultur bzw. Herkunft steht.

Saudi-Arabien finanziert deutsche Salafistenszene

Laut Verfassungsschutz unterstützen mehrere religiöse Organisationen aus Saudi-Arabien, Kuwait und Katar die deutsche Salafistenszene. Ziel ist die Verbreitung des fundamentalistischen Islams. Daß Salafisten Gewalt nicht abgeneigt sind, ist jedem bekannt. Mit der ungestraften Finanzierung von radikalen Predigern und Moscheen, die Ausgangspunkt und Kontaktzentren für Terroristen sind, wird die Sicherheit der deutschen Bevölkerung riskiert. Wieso unternimmt die Bundesregierung nichts gegen diese Finanzierung aus Saudi-Arabien? Sind für Frau Merkel und Co. die Wirtschaftsinteressen wichtiger als die Sicherheit der eigenen Bevölkerung?<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krahe schrieb am 26. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Fake-Politik

Was sind die wirklich wichtigen Themen, die unser Land bewegen und unsere Zukunft entscheiden? Zuwanderung, islamischer Terrorismus, Währung, Energie, Familie, Finanzierung der Sozialsysteme! In all diesen Bereichen hat die etablierte Politik versagt.

Um davon abzulenken, propagiert sie Fake-Themen und schüchtert die Bevölkerung mit angeblichen Gefahren ein: Klimawandel, Rußland, Trump. Und jeden, der sich lieber um die wirklich wichtigen Dinge kümmert statt um die Fake-Themen, beschimpft sie als "Rechtspopulisten". Das anzusprechen, was unser Land prägt, wird zu einem Akt des Mutes, denn die relevanten Themen sind alle tabuisiert: sie sind "politisch inkorrekt".

Kein Land kann sich einen Kampf gegen die Wirklichkeit leisten. Kein wirkliches Problem wird durch Wegschauen gelöst. Entweder gelingt es, offen über das zu streiten, was wichtig ist - oder in allen wichtigen Themen werden die gewinnen, denen es nicht um das Wohl

Deutschlands, sondern seine Zerstörung geht.<<

Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtete am 28. Juli 2017 (x1.076/...): >>**Was ist wahr - die Photosynthese oder die Geschichte vom Klimakiller CO2?**

Das beweist die Photosynthesereaktion in den Pflanzen. Sie beschreibt, wie die Pflanzen mit Hilfe von Sonnenlicht die zum Leben nötige Energie in den Pflanzenzellen gewinnen:

Aus Kohlendioxid CO₂ + Wasser + Sonnenenergie wird Zucker + Sauerstoff

Das CO₂ wird durch die Blätter aus der Luft aufgenommen, die Sonnenenergie ebenfalls durch die Blätter, das Wasser kommt über die Wurzeln in die Zellen. Bei der Produktion von Zucker aus CO₂ und Wasser (Energiespeicher für Sonnenenergie) in den Pflanzenzellen wird Sauerstoff frei, der über die Blätter an die Atmosphäre geht. Der Zucker (und seine Folgeprodukte Stärke, Zellulose ...) liefert die Energie für alle Lebensvorgänge und zum Wachsen der Pflanze, für Samen usw.

Der Mensch lebt vom Umkehrprozeß der Photosynthese:

Zucker + Sauerstoff reagieren zu Wasser + CO₂ + Energie

Der Mensch nimmt den von den Pflanzen erzeugten Energiespeicher Zucker auf über den Magen und den Sauerstoff über die Lunge. Bei der Reaktion von Zucker und Sauerstoff in der menschlichen Zelle wird Energie frei zur Erhaltung aller Lebensvorgänge. Als Reaktionsprodukte entstehen Wasser und CO₂, die über die Lunge ausgeschieden werden. Diese biologischen Reaktionen in den Zellen setzen immer die Anwesenheit von Reaktionsbeschleunigern (Enzymen) voraus. Auch die Verrottung abgestorbener Pflanzen ist ein Umkehrprozeß der Photosynthese.

Fazit:

Ohne CO₂ gibt es keine Pflanzen auf der Erde, ohne Pflanzen gibt es keinen Sauerstoff in der Luft, den die Pflanzen in Milliarden Jahren bei der Photosynthese erzeugt haben. Den Sauerstoff, der bei der Photosynthese durch Abspaltung vom H₂O erzeugt wird, brauchen die Tiere zum Leben ebenso wie die Menschen.

Daß CO₂ keine merkbare Klimaerwärmung bewirken kann, ist in dem Aufsatz "Der Einfluß der Wolken auf das Klima" beschrieben (www.adew.eu/Berichte/Klima).

Der von Politik und Medien mit riesigen Geldmitteln geführte Kampf gegen Kohlendioxid ist purer Irrsinn und wird als Argument für die Globalisierung benutzt. In der BRD, in Politik, Medien und Teilen der Wirtschaft hält man die oben beschriebenen Naturgesetze für nicht zutreffend, da es hier viele Profiteure des CO₂-Wahns gibt. Ohne CO₂-Wahn wäre eine kräftig sprudelnde Geldquelle für diese Leute in Instituten, Industrie, Landwirtschaft, Banken usw. verstopft.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 31. Juli 2017: >>**"Viel Zeit bleibt Deutschland nicht mehr"**

Bürgerliche Reformpartei oder Rechtsaußen-Truppe? Der AfD-Bundestagskandidat Marc Jongen, der den Medien als der "Denker" der Partei gilt, mahnt zu einem haarscharfen Kurs jenseits der Anbiederung, aber diesseits übertriebener Widerstandsrhetorik.

Herr Dr. Jongen, die AfD ist 2013 als bürgerlich-konservative Alternative der Mitte gestartet, heute gilt sie dagegen als populistische Rechtspartei. Ist diese Beschreibung eine Verleumdung der Medien oder trifft sie zu?

Marc Jongen: Mit der AfD hat sich politischer Widerstand gegen den Ausverkauf Deutschlands durch unsere moralisch und geistig korrupten Eliten formiert. Das war 2013 schon so "populistisch" wie heute - dieser Begriff wurde auch schon der Lucke-AfD angeheftet, ebenso wie der Begriff "rechts". Daß der Ausverkauf Deutschlands mehr Dimensionen hat als nur die monetäre, das war bereits bei Gründung der Partei für viele sichtbar. Insofern sind inzwischen nur Themen explizit gemacht worden, die von Anfang an im Widerstandspotential der AfD

angelegt waren.

Verneinen Sie, daß die Partei sich verändert hat?

Jongen: Nein, mir ist nur die Allerweltsdiagnose "Rechtsruck" dafür zu simpel und zu denunziatorisch. Wenn man den Mainstream-Medien und dem politischen Gegner Glauben schenkte, müßten die Funktionäre der AfD längst in SA-Uniformen durch die Straßen marschieren und "Sieg Heil!" brüllen, so oft wurde der Partei bereits ein "weiterer Rechtsruck" angedichtet. Das Ganze ist ein sehr durchschaubares - und sehr schmutziges - Mittel des politischen Kampfes hierzulande: Wo die Argumente des Gegners gefährlich werden, weil sie zu sehr ins Schwarze treffen, dort stellt man von Argumentieren auf Diffamieren um. Und mit nichts diffamiert es sich in Deutschland bekanntlich besser als mit der Nazi-Keule.

"Es gilt 'rechts' von 'rechtsradikal' zu befreien"

Also alles Verleumdung der Medien?

Jongen: Eine gründliche und ehrliche Analyse ergibt doch, daß der thematische Hauptschwenk, den die AfD vollzogen hat, nämlich vom Euro-Thema hin zum Migrationsthema, ganz wesentlich mit der Veränderung der politischen Großwetterlage zu tun hat. Als im Sommer 2015 die Migrationskrise dank Angela Merkels Rechtsbrüchen mit voller Wucht über uns hereinbrach, wollte auf Wahlveranstaltungen der AfD kein Mensch mehr etwas über die Finanz- und Währungskrise hören. Wenn Sie einen Rohrbruch haben, zugleich aber der Dachstuhl brennt, dann werden Sie auch alle Kräfte auf den Brand als das weitaus größere Problem konzentrieren.

Nun wird das aber als Verschiebung der AfD nach rechts wahrgenommen. Was bedeutet das für ihre strategische Positionierung auf dem Schachbrett der Politik?

Jongen: Langfristig ist der Begriff "rechts" zu rehabilitieren und von der Gleichsetzung mit "rechtsradikal" zu befreien, wie sie der "Kampf gegen Rechts" perfiderweise suggeriert. Dazu muß die linke Diskurshegemonie aber erst gebrochen werden. Und im politischen Kampf bedeutet Überhastung zumeist, das Gegenteil des Beabsichtigten zu erreichen.

Abgesehen davon habe ich nicht den Eindruck, daß unser Wahlprogramm besonders "rechts" wäre. Nach den politischen Maßstäben, die bis vor wenigen Jahren noch allgemein gegolten haben, ist es viel eher als klassisch bürgerlich und grundvernünftig zu bezeichnen. Am "revolutionärsten" ist noch unsere Forderung nach mehr Volksabstimmungen, aber auch hier dient uns die stocknüchterne bürgerliche Schweiz als Vorbild. Der Eindruck der Rechtslastigkeit entspringt einer optischen Täuschung: Wenn eine CDU-geführte Regierung Politik nach der linksradikalen Parole "No borders, no nations" macht, dann geraten Verfassungstreue, Grenzschutz und politische Vernunft eben unter den Verdacht des "Rechtsextremen".

"Da die Politik irrsinnig ist, müssen wir drastisch sein"

Ihren Ruf, nach rechts gewandert zu sein, verdankt die AfD allerdings kaum einer anspruchsvollen konservativen Argumentation - Stichwort: "Diskurshoheit brechen" -, sondern politischen Provokationen. Ist das eine kluge Strategie?

Jongen: Wie gesagt hat die AfD ihre Schwerpunktsetzung und ihre Rhetorik den veränderten politischen Verhältnissen angepaßt. Da diese Verhältnisse nur noch als irrsinnig zu bezeichnen sind, müssen auch die Worte, die sie anprangern, drastische sein. Das war und ist eine politische Notwendigkeit. Ich verhehle allerdings nicht, daß ich angesichts mancher unbedachten Äußerung von Parteifreunden in letzter Zeit öfter den Kopf geschüttelt habe.

Einige scheinen es für einen besonders klugen Schachzug zu halten, exakt dem Klischee zu entsprechen, das der politische Gegner auf uns projiziert. Ich bin nicht gegen gezielte Provokationen, aber diese sollten intelligent und entwaffnend sein, nicht die üblichen Beiß- und Abwehrreflexe auslösen. Damit machen wir es dem Gegner zu einfach und verspielen völlig unnötig Sympathien.

Sie sprachen ja einmal von der mangelnden "Thymosspannung" in Deutschland, die die AfD

wieder heben solle. *Thymos bezeichnet bei Platon neben Logos und Eros eine der drei Motivationen des Menschen; wobei Thymos die Gemütslage ist. Allerdings ist die AfD anders als zu Beginn heute kaum mehr Ausdruck einer spontanen Unzufriedenheit - also einer Thymoshebung - in der Mitte der Gesellschaft, sondern Vertreterin der grundsätzlichen Unzufriedenheit lediglich einer konservativen oder rechten Minderheit. Spielt diese Veränderung eine Rolle?*

Jongen: Man sollte politische Momentaufnahmen nicht als Endzustände fehlinterpretieren. Nach monatelangem Aufschwung geht die AfD derzeit durch eine sehr schwierige Phase. Die regierenden Altparteien und die geballte Macht der staatstragenden Medien haben sich verschworen, um uns totzutreten. Unsere Etablierung als feste politische Größe in Deutschland wollen sie mit allen Mitteln verhindern, solange sie noch eine Chance dazu sehen. Daher verbreiten sie das Narrativ, wir verträten nur ein paar Radikale und Abgehängte. Umfragen zeigen aber, daß die Mehrheit im Volk in vielen Belangen im Grunde den AfD-Positionen zuneigt.

Unsere politische Aufgabe wird in nächster Zeit hauptsächlich darin bestehen, dieser noch zweifelnden, schweigenden Mehrheit klarzumachen, daß wir es sind, die in Wahrheit ihre Interessen vertreten. Wenn dieser Funke überspringt, dann können unsere Zustimmungswerte rasch wieder sehr stark ansteigen. Dann kann auch, um auf Ihre Frage nach dem Thymos zu antworten, das weit verbreitete diffuse Unbehagen im Volk in eine neue Aufbruchsstimmung umschlagen. Eine AfD als Volkspartei wird die Zuversicht vermitteln, daß ein grundsätzlicher Wandel möglich ist.

"Mit dem Populismus darf man es nicht zu weit treiben"

Apropos Volk: Anfangs wehrte sich die Partei gegen den Begriff Populismus. Heute verwendet ihn etwa Parteivize Alexander Gauland selbst, um die AfD zu beschreiben. Was bedeutet dieses Bekenntnis zum Populismus?

Jongen: Wie Sie selbst schon andeuten, kommt Populismus von "Volk". Ebenso wie der Begriff Demokratie. In diesem Sinn ist es nicht ehrenrührig, Populist zu sein. Die sogenannten Populisten sind oft nur die besseren Demokraten, weil sie Volkes Wille noch ernst nehmen. Es ist schon ein groteskes Schauspiel, wie diejenigen, die mit Eifer an der Entmachtung des Volkes als politisches Subjekt und langfristig auch an seiner Abschaffung als ethnische Größe arbeiten, die AfD des Populismus beschuldigen.

Darin verrät sich eine große Geringschätzung des Volkes, das von denselben Leuten, allesamt gute "Demokraten", ja auch gerne als "Pack" oder "Pöbel" beschimpft wird. Allerdings darf man es mit dem Bekenntnis zum Populismus auch nicht zu weit treiben. Dazu behält der Begriff trotz allem zu viele negative Konnotationen. In keiner Partei in Deutschland geht es wohl weniger populistisch zu als in den Fachausschüssen der AfD. Dort wird mit viel Sachverstand und Herzblut um die richtige Position gerungen. "Und uns nennen sie Populisten ...", habe ich in solchen Fachausschuß-Sitzungen schon des öfteren gedacht.

Wenn die AfD durchaus auch ein anspruchsvoller "Debattierclub" ist, warum verlassen dann immer mehr Bürgerliche die Partei, und warum verteidigen immer mehr bürgerliche Sympathisanten die AfD öffentlich nicht mehr?

Jongen: Ganz so stimmt das nicht. Mit Nicolaus Fest und Erika Steinbach haben sich in letzter Zeit zwei dezidiert bürgerliche und sehr angesehene Persönlichkeiten zur AfD bekannt - der eine als aktives Mitglied, die andere als Unterstützerin. Richtig ist aber, daß sich viele unserer insgeheimen Sympathisanten momentan nicht trauen, ihre Sympathien offen zu bekunden. Dazu ist das Meinungsklima zu verhetzt, die möglichen Repressalien sind zu bedrohlich. Manche mag auch das ungeschickte Auftreten einiger AfD-Funktionäre verschreckt haben, ich wage aber die These, daß dies kaum eine Rolle spielte, wenn es nicht im Hallraum der feindseligen Medien ins Zehn- und Hundertfache verstärkt würde.

Warten wir bitte ab, was nach der Bundestagswahl geschieht, wenn die AfD sich als politische Größe weiter etabliert hat und etwa der De-facto-Boycott der öffentlich-rechtlichen Talkshows gegen die AfD nicht länger durchzuhalten ist. Ich prophezeie einen Dominoeffekt im bürgerlichen Lager zu unseren Gunsten.

Aber nur eine AfD, die auf die Mitte zielt - indem sie auf den konservativen Teil der Wähler dort einwirkt -, ist gefährlich. Eine Partei, die wie derzeit nur das Segment der Konservativen und Rechten binden kann, ist dagegen keine Bedrohung, weil alle anderen Parteien zusammen sie isolieren und am Rand verhungern lassen können.

Jongen: Da sehe ich schon Handlungsbedarf, aber keinen Grund zur Panik. Als einzige Oppositionspartei im Land, die wir sind, müssen wir offenkundig zwei Extreme vermeiden: Erstens uns den Altparteien zu sehr anzubiedern und damit unseren widerständigen Stachel zu verlieren. Zweitens aber auch, die Widerstandsrhetorik derart zu übertreiben, daß wir es den anderen unmöglich machen, mit uns zusammenzuarbeiten. Zwar ist mit dem aktuellen Führungspersonal in CDU und FDP, geschweige denn in der SPD, keinerlei Kooperation möglich, und die Parole "Merkel muß weg!" gilt ohne Einschränkung.

Aber wir dürfen bei aller berechtigten Polemik nicht vergessen, daß auch die CDU - gerade die CDU - wandlungsfähig ist, und sollten uns schon jetzt für den Tag rüsten, da ihre komatöse bürgerliche Seele wieder aufwacht. Inzwischen gilt es, das sogenannte Overton Window - also den Bereich des politisch Sag- und Durchsetzbaren - mit großer Beharrlichkeit in unsere Richtung zu verschieben. Das schafft man nicht mit möglichst radikalen Parolen, sondern indem man die für uns Empfänglichen einen Schritt außerhalb des Bereichs abholt, wo sie momentan noch stehen.

"Viel Zeit bleibt Deutschland nicht mehr"

Die Frage allerdings, ob die AfD mit der CDU koalieren soll oder nicht, steht doch gar nicht zur Debatte - und zwar von seiten der CDU. Dennoch ergeht sich die AfD in einem internen Streit über diese Frage. Lebt sie nicht mehr in der Realität?

Jongen: Diesen Streit zur Unzeit halte ich auch für unglücklich. Man sollte diese Fragen dann behandeln, wenn sie aktuell werden. Vielleicht hilft ein Blick über die Grenze: In Österreich ist die FPÖ trotz oder gerade wegen ihrer Isolierung durch alle anderen Parteien über die Jahre hinweg immer stärker geworden. Übrigens auch trotz aller Diffamierung als "Rechtsaußen". Im letzten Jahr hätte sie um ein Haar den Bundespräsidenten gestellt, und heute ist sie stärkste Partei in den Umfragen.

Ganz soviel Zeit bleibt uns in Deutschland wohl nicht mehr, aber die politischen Realitäten sind anzuerkennen, und diese weisen uns ohne Wenn und Aber die Oppositionsrolle zu. Um so schneller werden wir stark genug zum Regieren sein, je einiger wir sind und je weniger wir der Versuchung erliegen, die bösen Diffamierungsspiele, die unsere mächtigen Gegner mit uns spielen, parteiintern zu wiederholen.

Dr. Marc Jongen ist Bundestagskandidat und mit Ralf Özkara gleichberechtigter Landesvorsitzender der AfD in Baden-Württemberg.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. August 2017: >>Milliardengeschäft Asylindustrie

Die Asyl-Masseneinwanderung ist ein Milliardengeschäft.

Für die Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration der Asyl-Immigranten sind allein im Bundeshaushalt 21,6 Milliarden Euro für 2016 und 21,3 Milliarden im laufenden Jahr veranschlagt. Die Länder planen mit zusammengenommen 19,8 Milliarden Euro für 2016 und 15,6 Milliarden für 2017.

Abzüglich der Ausgleichszahlungen des Bundes zur Entlastung der Länder und Kommunen ergibt sich die stolze Summe von 62,2 Milliarden Euro für zwei Jahre.

Die kumulierten Kosten werden für das nächste Jahrzehnt von einigen Wirtschaftsinstituten

auf bis zu 55 Milliarden Euro jährlich geschätzt.

Die tatsächlichen Asylkosten liegen noch höher. Die Ausgaben der Kommunen werden von den Ländern nicht vollständig übernommen. Rund 700.000 Asyl-Immigranten sind nach Abschluß ihrer Verfahren bereits im Hartz-IV-System gelandet; Hunderttausende werden noch folgen. Der Familiennachzug wird die Zahl der Transferempfänger zusätzlich hochtreiben. Folgekosten wie höherer Aufwand für Polizei, Justiz, Infrastruktur, Wohnungsbau und Verwaltung sind in der Rechnung noch gar nicht enthalten.

Die direkten Zahlungen an Asylbewerber sind nur ein kleiner Teil dieser Ausgaben. Der Löwenanteil geht an ein Netzwerk von Asylprofiteuren: Unterkunftsbetreiber, Sozialdienste, Betreuer, Caterer, Sicherheitspersonal, Rechtsanwälte, Dolmetscher, Bauunternehmen, Handwerker, Lieferanten von Material und Einrichtung usw.

Das Geld, das den Bürgern dafür entzogen wird, fehlt an anderer Stelle.

Von einem "Konjunkturreffekt" kann also keine Rede sein. Vielerorts landen teuer angeschaffte Betten und anderes Inventar bereits wieder auf dem Müll.

Besonders lukrativ ist das Geschäft mit "unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen" (UMF): Zwischen 3.000 und 5.000 Euro monatlich kostet jeder Einzelne Städte und Kommunen - auch wenn er sich wegen der besseren Bleibeperspektive nur so ausgibt. Das sind bis zu 60.000 Euro jährlich, ein Vielfaches der Leistungen für einen Hartz-IV-Empfänger. Für 2016 schätzt der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) die Gesamtausgaben allein für UMF auf 2,7 Milliarden Euro.

Das Netzwerk

Die großen Wohlfahrtsverbände - DRK, Caritas, Diakonie, AWO - sind zugleich Lobbyisten in eigener Sache: Über ihre politischen Beziehungen - ein Drittel aller Mitglieder des Bundestags hatte 2012 zugleich eine Leitungsfunktion bei Diakonie oder Caritas - und mit Öffentlichkeitskampagnen "gegen Rassismus" üben sie Druck auf Politik und Gesellschaft aus, damit ihre lukrative Klientel weiter wächst und nicht durch Abschiebungen oder restriktivere Asylpolitik kleiner wird.

Caritas und Diakonie sind der weltweit größte private Arbeitgeberverband mit 1,5 Millionen Beschäftigten und 45 Milliarden Euro Jahresumsatz. Als Hauptprofiteure der Asylkrise haben sie ihre Position noch weiter ausgebaut. Weit über 90 Prozent ihres Budgets sind staatliche Mittel oder kommen aus den Sozialversicherungen, nur etwa fünf Prozent aus der Kirchensteuer, der Rest aus Spenden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. August 2017: >>>**Die NGO-Schlepper**

Eine "Situation wie 2015" solle sich nicht wiederholen, versprechen Bundeskanzlerin Angela Merkel und die CDU in ihrem Bundestags-Wahlprogramm. In der Tat: Statt in endlosen Kolonnen über die "Balkanroute" kommen die illegalen Einwanderer jetzt, gut verborgen vor den Augen der Öffentlichkeit, auf dem Seeweg über das Mittelmeer. Rund hunderttausend sind in diesem Jahr schon in Italien angekommen, Millionen sitzen in Nordafrika bereits auf gepackten Koffern.

Sogenannte "Nichtregierungsorganisationen" (NGOs) haben daran entscheidenden Anteil: Rund 40 Prozent der Migranten sind auf ihren Schiffen in italienische Häfen gebracht worden. Unter dem humanitären Vorwand der "Rettung" Schiffbrüchiger hat sich eine gut geölte Migrations-Maschinerie etabliert, bei der kriminelle Banden im gesetzlosen Libyen und professionell ausgerüstete Moral-Unternehmen Hand in Hand arbeiten.

Reihenweise werden illegale Einwanderer in Libyen von lokalen Schleusern auf einfache Schlauchboote gepfercht und ein paar Kilometer auf See an den Rand der libyschen Hoheitsgewässer verfrachtet, wo sie von den humanitären Schleusern übernommen und in abgeschirmten italienischen Häfen auf EU-Gebiet gebracht werden. Von dort verteilen die ita-

lienischen Behörden sie in abgeschiedene Übergangslager, wo sie nur darauf warten, ins gelobte Merkel-Land weiterzuziehen.

Fährverkehr mit "Wassertaxis"

Ein regelrechter Fährverkehr: Die NGO-Flotte hat sich seit 2014 vervielfacht und operiert nicht mehr vor der italienischen, sondern direkt vor der libyschen Küste. "Wie Taxis" würden die "Retter" von den durch ihre Schleuser gut instruierten Migranten gerufen, berichtet die EU-Grenzschutzagentur "Frontex" und spricht von "möglicher Komplizenschaft".

Das ist noch zurückhaltend formuliert. Faktisch besorgen die vermeintlichen "Retter" das Geschäft der organisierten Schlepperbanden. Die Abholung der menschlichen Fracht vor der libyschen Haustür reduziert ihren Aufwand enorm und macht das Geschäft noch profitabler. Die NGO-Schiffe unterlaufen zudem alle Bemühungen der libyschen Küstenwache, aufgegriffene Migranten zurück ans Festland zu bringen.

Mitunter liefern sie sich mit dem Küstenschutz regelrechte Wettfahrten, um den Illegalen ihr Ticket nach Europa zu sichern. Die deutsche Organisation "Sea-Watch" setzt sogar ein - von der Evangelischen Kirche gesponsertes - Suchflugzeug ein und entwickelt eine Smartphone-App für noch bessere Vernetzung.

Mit der "Rettungsgarantie" - außer den NGOs ist ja auch noch die europäische Mission "Sophia" und die italienische Marine da - können die Kriminellen zudem noch mehr Migrationswillige anlocken, ihr Glück zu versuchen. Die Toten, die im Mittelmeer ertrunken sind, weil sie doch nicht rechtzeitig aufgegriffen wurden - fast 2.400 allein in diesem Jahr - gehen auch auf das Konto derer, die sie anlocken.

Und das sind nicht nur die angeblichen "Retter", die ganz offen erklären, daß es ihnen in Wahrheit darum geht, unbegrenzte Einwanderung zu ermöglichen.

Sondern auch die Politik von Bundeskanzlerin und Bundesregierung, die von einer Begrenzung der Asyleinwanderung nichts wissen will, mit großzügigen Sozialleistungen lockt und kaum einen abgelehnten Asylbewerber je zurückschickt.

... und die verantwortlichen Politiker schauen zu

Die EU und die europäischen Regierungen spielen ein doppeltes Spiel: Sie geben vor, gegen Schlepper und Schleuser zu kämpfen, aber EU-Marineeinheiten, die schiffbrüchige Migranten aufnehmen, schaffen diese ebenfalls auf EU-Gebiet. Immerhin sind sie angewiesen, die Schlepperboote zu zerstören - aber die sind leicht ersetzbar.

Gegen die NGO-Schiffe, die mit den Schleusern kooperieren und ihnen ihre Boote sogar zurückbringen, schreitet bislang aber keine europäische Regierung ein. Von EU-Seite werden die selbst ernannten "Retter", die ihre Aktivitäten noch laufend ausweiten, sogar ausdrücklich gelobt. Der Beschluß, die Lieferung von Schlauchbooten und Bootsmotoren nach Libyen zu verbieten, ist ein Witz - typische EU-Symbolpolitik zur Einlullung der Bevölkerung.

Doch die Lage spitzt sich zu. In Italien sind die Lager voll, an die hunderttausend Illegale drängen sich dort. In der Bevölkerung wächst der Unmut und setzt die Regierung unter Druck. Sie droht, die Häfen zu schließen, die Illegalen mit Visa auszustatten und nach Deutschland weiterzuschicken. Österreich will gegen die absehbare neue Migrationswelle seine Grenze nach Italien militärisch sichern.

Italien will eine Verteilung der Illegalen auf die übrigen EU-Staaten erzwingen. Die Kanzlerin hat schon Zusagen gemacht, SPD-Kanzlerkandidat Schulz findet das sowieso gut. Beide wollen die osteuropäischen Staaten, die sich weigern, Migranten aufzunehmen, die sie nicht eingeladen haben, über die EU zum Mitmachen zwingen. Die Spaltung Europas vertieft sich.

Die Alternative: Die Mittelmeerroute schließen

Von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) kommen, wie von seinem österreichischen Amtskollegen, zwar kritische Worte zu den NGOs, aber keine Taten. Die italienische Justiz ermittelt gegen mehrere Organisationen, denen sie vorwirft, sich sogar von den liby-

schen Kriminellen bezahlen zu lassen. Die deutsche Justiz läßt sie im Stich. Dabei sind deutsche Organisationen unter den humanitären Schleusern am stärksten vertreten, ihre Schiffe - derzeit sechs - sind das größte Kontingent.

Um die Fortsetzung der Asylkrise zu vermeiden, müssen die Seewege für illegale Migration geschlossen und aufgegriffene Illegale ausnahmslos zurückgeschickt werden.

Wenn Australien das auf dem weiten Pazifik schafft, sollte die EU auf dem überschaubaren Mittelmeer das auch können.

Weil kein Migrant die Passage nach Australien mehr wagt, ist in diesem Jahr auch kein einziger ertrunken.

In Österreich wird diese Lösung offen diskutiert. In Deutschland tritt dafür nur die AfD ein. Wer den Wahnsinn und das Sterben auf dem Mittelmeer beenden will, hat bei der Wahl im September eine Alternative.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. August 2017: >>**Afghane darf bleiben - "sonst bringe ich Deutsche um"!**

Asylbewerber, die nicht zurück nach Afghanistan wollen, sondern es vorziehen, in Absurdistan zu bleiben, sollten sich diesen Zauberspruch merken: "In einem Monat bin ich wieder da. Und dann bringe ich Deutsche um!"

So drohte der Afghane Asef N. vor zwei Monaten in Nürnberg, als ihn Polizisten in Abschiebehaft nahmen. Für Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) war die Sache klar: Wer sich so äußere, habe jegliche Aussicht auf Duldung verspielt.

Nicht in Absurdistan!

Offensichtlich weil Asef N. Deutsche umbringen wollte, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einem neuen Asylverfahren zugestimmt. Damit ist eine Abschiebung von Asef N. auf Sankt Nimmerlein vertagt.

Der Fall des Afghanen hatte bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Asef N. war (und ist) illegal im Land. Polizisten holten den 21-Jährigen aus einer Nürnberger Schule, um ihn der Abschiebung zuzuführen. Vor der Schule rotteten sich linke Chaoten und Mitschüler zusammen und versuchten, die Abschiebung mit Gewalt zu verhindern. Die Polizei setzte Hunde ein.

In der Asylindustrie fand Asef N. einen findigen Advokaten.

Der schaffte es, daß der Fall neu aufgerollt werden muß. Die absurde Begründung für das neue Asylverfahren: Durch die Berichte in den Medien habe der Afghane einen höheren Bekanntheitsgrad erlangt. Dieser setze ihn der Gefahr aus, in seinem Heimatland durch radikale Islamisten verfolgt zu werden.

Ein Freibrief geradezu für Asylbewerber und ihre Unterstützer, durch öffentlichkeitswirksame Randalen den Bekanntheitsgrad in die Höhe zu treiben, um der Abschiebung zu entgehen!

Wo bitte genau gehts nach Absurdistan?

Folgen Sie der Ausschilderung nach Nürnberg, alte Südkaserne. Das ist der Sitz des BAMF.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 2. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Merkel kam, sah und säuselte:** Kommet her, die ihr müßig und geladen seid, ich will euch erquicken ... Endlich, Germoney. Gelobtes Land! Es regnete kein Manna wie einst auf die Israeliten, aber Euro-Taler. Und so meldeten die Smartphones ins fernste Afrika: Hier ist gut sein, hier laßt uns Hütten beklauen. Und Frauen: Fast alle blond, fast alle halb nackt, alles Ungläubige, alles Fleisch. Die Männer? Schwul und schlapp ...

Merkel konnte ja nicht wissen, daß von den anderthalb Millionen höchstens zehn Prozent aus dem Krieg kamen. Das hat ihr kein Klops im Kanzleramt gesagt. Wäre ja auch eh immer auf "Mir doch egal" rausgelaufen. Und überhaupt, was kümmert's Honeckers Musterschülerin, wenn das Pack heult: "Wir schaffen das nicht!?" Pack heult immer. Früher sogar nach Freiheit

und Bananen ...

Merkel konnte nicht wissen, daß man eine 1.000 Kilometer kurze deutsche Grenze genauso schließen kann wie eine 6.000 Kilometer lange in China vor 1.000 Jahren. So konnte sie auch nicht wissen, daß mit den "Flüchtlingen" jede Menge Knackis, notgeile Bengel und Böcke kamen, die sich wie in "Allahs 7. Himmel" fühlen mußten, als sie die vielen "Jungfrauen" in den prallen Blusen und platzengen Jeans sahen. Die von GRÜNEN/ROTEN Gender/Innen längst auf Weibisch dressierten "Memmen" waren/sind sowieso Luft für wahre Moslem-Männer. Wenn die Weicheier Glück haben ...

Und so schreien jeden Tag "Frauen" von 8 bis 80 um Hilfe, ohne gehört zu werden. Oder lassen es - nicht selten mit der Machete an der Kehle - stumm über sich ergehen. Um dann von einer Dame namens "Justitia" zynisch gemessert zu werden, warum sie gar nicht ... oder nicht laut genug geschrien haben ... Und so sammeln Mutchens-Söhnchen Freisprüche und Bewährungen wie deutsche Landser einst Orden im Krieg.

"Allgemeine Verunsicherung?" War nur eine Band in den Achtzigern. Heute? Allgemeine Wahlen. Noch frei ...<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 4. August 2017: >>>Sure 2 Vers 106

Ein zentrales Instrument zum Verstehen des Korans

Der Koran ist nicht selbsterklärend. Vieles muß hinterfragt, interpretiert und erläutert werden. Viele Aussagen im Text lassen sich andernfalls in keinen logischen Zusammenhang bringen. Ein zentrales Instrument zum Verstehen des Korans ist die Abrogation.

Von Prof. em. Dr. Kees Versteegh, Universität Nijmegen, Niederlande

"Wenn wir einen Vers (aus dem Wortlaut der Offenbarung) tilgen oder in Vergessenheit geraten lassen, bringen wir (dafür) einen besseren oder einen, der ihm gleich ist. Weißt du denn nicht, daß Gott zu allem die Macht hat?"

Dieser Vers beinhaltet den wichtigsten Hinweis im Koran auf das Prinzip der Abrogation. Dieses Prinzip heißt auf Arabisch "naskh" und bedeutet wörtlich: Tilgung, Ersetzung. Es beschreibt Gottes Entscheidung, eine Regel durch eine neue abzulösen.

Die Botschaft des Islams im Ganzen, so kann man sagen, abrogiert alle früheren Offenbarungen Gottes an andere Gemeinschaften. Muslime glauben, daß das Christentum und das Judentum wahrhaftige Religionen repräsentierten, dennoch seien sie durch eine bessere - nämlich den Islam - ersetzt worden. Somit stellt der Islam für Muslime die letzte Offenbarung Gottes an die Menschheit dar.

Das Prinzip der Abrogation findet aber auch innerhalb des Korans Anwendung. Gemäß dem eingangs zitierten Vers, gebietet Gott den Gläubigen manchmal, etwas zu tun, und dann offenbart er zu einem späteren Zeitpunkt ein neues Gebot, das dieses frühere aufhebt.

Das Prinzip der Abrogation stellte die Theologen vor ein Problem. Sie konnten nicht glauben, daß sich der göttliche Wille ändern sollte. Deshalb argumentierten sie, Abrogation solle nicht auf die Verse selbst angewendet werden, sondern nur auf deren Inhalt.

Für Rechtsgelehrte war das Problem weniger drängend, da sie mit der Verfahrensweise vertraut waren, daß sich Regelungen auch ändern können. Für das islamische Recht wurde die Abrogation zu einem wesentlichen Bestandteil. Für Korankommentatoren wurde ihr Studium unverzichtbar. Wenn zwei unterschiedliche Regeln nebeneinander existierten, war es zwingend erforderlich zu wissen, in welcher chronologischen Reihenfolge sie offenbart wurden. Jeder offenkundige Widerspruch konnte dann so aufgelöst werden, daß eine Regel die ältere ist und durch die neuere ersetzt wurde.

Ein Beispiel: Anfänglich teilte Mohammed den Gläubigen mit, Gott wolle, daß sie sich beim Gemeinschaftsgebet in Richtung Jerusalem aufstellten. Nach der Auswanderung nach Medina aber brachte Mohammed eine Offenbarung (Sure 2 Verse 142 bis 143), wonach sich die Gläubigen beim Gebet in Richtung Mekka wenden sollten.

In Sure 2 Vers 184 heißt es, man dürfe eine Verletzung der Fasten-Pflicht kompensieren, indem man für jeden Tag, an dem man das Fasten gebrochen hat, einen armen Menschen speist. Der nachfolgende Vers 185 erwähnt diese Möglichkeit nicht mehr. Er wird daher von einigen Korankommentatoren als Abrogation des vorherigen Verses verstanden. Ihnen zufolge wurde die Möglichkeiten der Kompensation getilgt.

Ein weiteres Beispiel: Zu Beginn von Sure 9 wird ein zeitlicher Aufschub im Kampf gegen die Ungläubigen bekannt gegeben. Nach Ablauf der Frist soll der Kampf wieder aufgenommen werden.

Korankommentatoren vertraten die Ansicht, nach Ablauf dieses Aufschubs seien alle existierenden Verträge mit den Ungläubigen annulliert. Mithin seien alle früheren Verse abrogiert, die von Versöhnung und Waffenruhe zwischen Muslimen und Nichtmuslimen sprechen.

Dieser Interpretation folgen allerdings nicht alle Korankommentatoren. Wie die meisten anderen Forderungen, die auf Basis einer Abrogation erhoben wurden, wurde auch diese Gegenstand von Diskussionen.

Die Diskussionen dauern bis heute an und werden inzwischen im Internet fortgeführt. Auf der einen Seite stehen die Hardliner, die behaupten, alle Verse, die Gewaltlosigkeit predigten, seien abrogiert, und allen Muslimen obliege es, den Dschihad gegen die Ungläubigen zu führen. Auf der anderen Seiten stehen die Gemäßigten, die diese Abrogation ablehnen und betonen, die Botschaft des Islams sei eine der friedlichen Koexistenz.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 4. August 2017: >>Über den Gipfeln ist Ruh‘. Das verstörende Werk des Gelehrten Rolf Peter Sieferle

Thomas Schmid

Die liberale Diskursmaschine funktioniert nicht immer gut. Zuweilen wird sie sogar unversehens zu einer Diskursverhinderungsmaschine. Anders als manche Verschwörungsgläubige annehmen, steht dahinter aber keine Absicht, kein Plan. Es auch ist keine Machenschaft. Vielmehr sind Bequemlichkeit, Opportunismus, Herdentrieb und der feste Wille am Werk, keinesfalls in gedankliche Sphären vorzudringen, in denen es ungemütlich werden könnte. Lange schon gibt es einen liberalen und linken Konformismus, eine scheinbar heile Welt derer, die sich auf der aufgeklärten Seite des Ufers wähnen. Ein besonders absurdes und blamables Beispiel dafür hat dieses Milieu in den vergangenen Wochen und Monaten im Umgang mit einem Buch des 1949 geborenen Historikers, Soziologen und Philosophen Rolf Peter Sieferle geliefert.

Wenige Monate nach seinem Suizid im September 2016 kam unter dem Titel "Finis Germania" eine nachgelassene Schrift Sieferles auf den Markt. Sie erschien im Verlag Antaios von Götz Kubitschek, einem der Ideengeber der zumindest rechtsnationalistischen "Identitären Bewegung".

In der Tat, die keine hundert Seiten lange Schrift paßt ins Programm des Verlages. Kaum jemand hätte das Buch beachtet - wäre es nicht dank eines Jurors auf eine Bestenliste für Sachbücher gekommen und wäre es nicht auch noch auf der Bestsellerliste des "Spiegel" aufgetaucht. Schnell setzten in den Feuilletons Aufgeregtheit und Empörung ein, ein Distanzierungswettrennen begann. Dem Autor, einem größeren Publikum bislang gar nicht bekannt, wurde Rechtsradikalismus und Antisemitismus bescheinigt.

Unmittelbar nach Sieferles Tod hatte Gustav Seibt in der "Süddeutschen Zeitung" den Verstorbenen noch als einen großen Wissenschaftler, als fast alleinigen Erfinder eines neuen Fachgebiets, der "Naturgeschichte der Gesellschaften", gepriesen und geschrieben: "Sieferle war ein unerschrockener, immer rationaler Denker, der sich auch dann nicht aus der Ruhe bringen ließ, wenn er apokalyptische Möglichkeiten erwog. Konservativ war allenfalls sein Bewußtsein für natürliche Grenzen." Und er verglich ihn, den Autors eines Gutachtens für die Bundesregierung, mit den Humboldts, die einst den preußischen Staat berieten.

Als nun "Finis Germania" erschienen war, sah es Seibt auf einmal anders. Aus dem großen Autor war nun "ein zunächst einmal ernsthafter Wissenschaftler" geworden, dem von Seibt ein "erschreckender und bestürzender Absturz" bescheinigt wurde. Ein derart toxisches Buch habe auf einer Besten- oder Bestsellerliste nichts verloren. Das begründete Seibt unter anderem so:

Das Buch sei "eine Störung des öffentlichen Gesprächs, die nicht ungefährlich ist, vor allem, weil das Buch natürlich in die Hände von Leuten fallen kann, die gar nicht theoriebildend zu denken imstande sind". Wo kämen wir in unserer Gesellschaft hin, wenn unliebsame Bücher in die Hände von denkunfähigen Menschen fielen?

Die liberale Öffentlichkeit war sich schnell einig: Rolf Peter Sieferle ist in der Welt des Geistes fortan eine Persona non grata. Und er wurde zum Verzweifelten, zum klinischen Fall erklärt. Ein Autor der FAZ mutmaßte, eine Krebserkrankung und die drohende Erblindung habe ihn in den Tod getrieben. Dabei gab es, wie Freunde von Sieferle versichern, weder eine schwere Augenerkrankung noch einen lebensbedrohlichen Krebs.

Wer war Rolf Peter Sieferle? Fest steht, daß er 1968 für kurze Zeit dem Vorstand des "Sozialistischen Deutschen Studentenbundes" (SDS) in Heidelberg angehörte und daß er zuletzt einigen Ansichten der AfD nahestand. Sein Werk spiegelt diese unterschiedlichen Positionen. "Finis Germania" etwa ist eine lockere Ansammlung von Skizzen, Glossen und Aufzeichnungen. Das schmale Buch enthält etliche prägnante Aphorismen, etwa über das hohe Tempo, in dem Erzeugnisse des technischen Fortschritts veralten und zu Schrott werden. Oder Sarkastisches über den Zivilisationsmüll, der die Strände der Welt bedeckt.

Der Mensch, sagt Sieferle, könne doch stolz darauf sein, daß selbst an den entferntesten Gestaden der Welt die Spuren seiner Werke zu finden sind: "Jede Plastikflasche ein Liebesgruß unserer Mitbürger." Der Ton des Buches ist düster, angestrengt übt sich der Autor in Zynismus. Eine europäische Endzeitstimmung weht durch die Seiten. Deutschland, wie der Westen insgesamt, verfügte "über keine normativen Reserven im Sinne von Gemeinwohlorientierung mehr", es werde vielmehr "das Programm des atomistisch-individualistischen Universalismus bis in die letzte Konsequenz hinein verfolgt".

Bis zum äußersten reizt den Autor der hochtönende Moralismus der Fortschrittlichen, die ständig von Verantwortung reden, tatsächlich aber an der Zerstörung herkömmlicher Bindungen arbeiteten. Etwas pathetisch und schwül heißt es: "Die Auflösung der Familie schneidet das Individuum von seinen Ahnen, von der Geisterwelt, vom Absoluten ab.

Es verbleibt ein Elementarteilchen in einem endlosen kalten und finsternen Raum." Im Verfolg ihrer Emanzipationsinteressen untergraben die atomistischen Individuen schließlich alle Ordnung, es beginne der Kampf aller gegen alle: "Der Naturzustand steht am Ende, nicht am Anfang der bürgerlichen Gesellschaft. Nachdem das Aas des Leviathan verzehrt ist, gehen sich die Würmer an den Kragen."

Das klingt nach Untergang des Abendlandes und dem altbekannten geistesaristokratischen Degout gegenüber dem Pöbel, der nur auf Lust aus sei. In der Tat, diese "Nachtgedanken", wie Rüdiger Safranski das Buch genannt hat, stehen in kulturpessimistischer Tradition. Zum Skandal wurden sie aber, weil der Autor die These vertritt, die anhaltende bundesdeutsche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und vor allem mit dem Holocaust sei nicht ehrlich. Sie betreibe kein aufrichtiges Gedenken, sondern funktionalisiere den Holocaust für heutige Zwecke.

Die Sakralisierung von Auschwitz sei ein "Versuch, innerhalb einer vollständig relativistischen Welt ein negatives Absolutum zu installieren, von dem neue Gewißheiten ausgehen können". Doch dabei bleibt Sieferle nicht stehen. Es fallen elende Sätze wie "Du sollst keinen Holocaust neben mir haben", und es ist von "den ominösen sechs Millionen" ermordeter Juden die Rede.

Sieferle ist hier nicht weit von der rechtsradikalen Argumentationsfigur entfernt, die zu Nurnoch-Tätern stigmatisierten Deutschen seien die eigentlichen Opfer. Dennoch: Der Autor verkleinert Auschwitz nicht. Und er war auch kein Antisemit, wie es ihm die stellvertretende Chefredakteurin des "Spiegel" vorwarf. Aber er näherte sich in diesen Aufzeichnungen trüben und von Ressentiments getriebenen Verschwörungsvermutungen.

Lohnt es, sich über einen solchen Autor Gedanken zu machen? Es lohnt. Denn Sieferle war vielleicht ein Außenseiter, aber kein Outcast. Über lange Jahre hinweg galt er als ein weithin anerkannter Autor. Die Verlage, in denen seine Bücher erschienen, lesen sich wie ein Gotha des bundesdeutschen Verlagswesens: Ullstein, C.H. Beck, Suhrkamp, Propyläen, S. Fischer, Luchterhand, Böhlau. Er war einer der ersten von der Linken kommender Autor, der den Widerspruch zwischen linkem und liberalem Fortschrittsstreben und der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen in den Mittelpunkt seiner Arbeit stellte.

Er schrieb über den unterirdischen Wald, also die Steinkohlevorräte der Welt, und arbeitete sich dazu tief in die Einzelheiten der geologischen Forschung ein. Er zeichnete die lange Geschichte der Fortschrittsfeinde und Zivilisationskritiker nach und legte ihre Motive und ihre guten wie schlechten Argumente frei. Sieferle befaßte sich mit dem Problem des Bevölkerungswachstums, in dem klassische Ökonomen eine Gefahr für den Wohlstand der Nationen sahen und von dessen weltweiter Dimension er befürchtete, sie werde den europäischen Sozialstaat zerstören.

Er lehrte an den Universitäten von Mannheim und St. Gallen, wo er einen Didaktik-Preis für die beste Lehre erhielt. Als einziger Historiker wurde er eingeladen, eine Expertise für das Transformationsgutachten des "Wissenschaftlichen Beirats der deutschen Bundesregierung" zu schreiben. Er gab der Expertise den Titel "Lehren aus der Vergangenheit". Seine Bücher wurden regelmäßig in den Feuilletons der großen Zeitungen besprochen, mal respektvoll, mal polemisch, mal hymnisch lobend (so etwa von Franziska Augstein, die Sieferles Buch "Rückblick auf die Natur" pries, "weil jede Seite des stilistisch hervorragenden, inhaltlich kühnen Essays die Lektüre lohnt").

Ist endloses Wachstum möglich? Was kostet es? Zerstört es am Ende die Lebensgrundlagen? Kann man dem großen Rad in die Speichen greifen? Diese Fragen trieben Sieferle um. Kein Wunder, daß ein Autor, der in der industriellen Gegenwart so etwas wie einen Tanz auf dem Vulkan sah, kein stürmischer Optimist war, sondern eher ein Skeptiker, ein Zweifler und auch ein Pessimist. Für den, wie ein Freund weiß, "das Glas Wasser immer halb leer, nie halb voll war".

Rolf Peter Sieferle hat mindestens zwei Bücher hinterlassen. Das eine harrt noch der Veröffentlichung: die mehr als 600 Seiten lange Studie "Krieg und Zivilisation. Eine europäische Geschichte". Das andere ist erschienen: "Das Migrationsproblem. Über die Unvereinbarkeit von Masseneinwanderung und Sozialstaat". Alles empört sich über das bekanntere "Finis Germania" - über dieses Buch aber redet niemand. Dabei lohnt es die Auseinandersetzung. Denn es ist eines der ganz wenigen ernst zu nehmenden deutschsprachigen Bücher, die sich radikal gegen Angela Merkels Flüchtlingspolitik wenden und den Deutschen vorwerfen, mit ihrer "Willkommenskultur" das Gemeinwesen letztlich zu ruinieren.

Das Buch ist eine scharfsinnige Begründung der These, daß wir es eben doch *nicht* schaffen könnten. Seine Argumente sollte man nicht tabuisieren, sondern diskutieren. Sieferle spitzt in dieser Schrift viele seiner Argumente aus früheren Büchern zu. Das wirft zudem die Frage auf, ob in dem Weg vom frühen "linken" zum späten "rechten" Sieferle eine gewisse Folgerichtigkeit zu erkennen ist.

"Wir kriegen jetzt plötzlich Menschen geschenkt." So kommentierte Katrin Göring-Eckardt, heute Spitzenkandidatin der Grünen, im November 2015 hochofregt den Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland. Solchen Unsinn würde selbst sie heute nicht mehr äußern. Und doch

ist diese Denkfigur noch immer symptomatisch für die fahrlässige Blauäugigkeit und Unverantwortlichkeit vieler derer, die in den Flüchtlingen ausschließlich eine Bereicherung Deutschlands sehen.

Die glauben, Flüchtlinge würden unser demographisches Problem lösen. Die hoffen, die Flüchtlinge würden den deutschen Facharbeiter-Gap schließen, würden - so Daimler-Chef Zetsche - ein neues Wirtschaftswunder in Gang setzen. Und die der Überzeugung sind, Flüchtlinge würden das Land vielfältiger und toleranter machen.

Gegen diese Litanei geht Siefertle in "Das Migrationsproblem" mit großer Schärfe, aber fundiert und mit guten Argumenten vor. Er sagt, die Massenmigration sei kein Armuts-, sondern ein Wohlstandsphänomen: "Da die Differenz im Lebensstandard zwischen den Regionen der Welt seit 1990 abgenommen hat, bedeutet dies, daß immer mehr Menschen in die Lage versetzt werden, sich zu informieren und eine Entscheidung für die Migration zu treffen. Es ist also die Zunahme des relativen Wohlstands (und nicht die Armut), die in den letzten Jahren eine Massenmigration eingeleitet hat."

Doch es kämen nicht Qualifizierte, wie Deutschland sie dringend bräuchte, sondern vorwiegend Unqualifizierte. Die Mehrheit von ihnen werde dann langfristig vom ohnehin schon überdehnten Sozialstaat ausgehalten. Zudem erlebten die meisten Migranten zwar einen materiellen Aufstieg, sozial jedoch einen Abstieg. Darauf würden sie mit Abschottung und Rückzug in die ihnen vertrauten Familien- oder gar Clanstrukturen antworten. Deutschland werde, so Siefertle, durch Masseneinwanderung nicht vielfältiger, sondern amorph. Nicht friedlicher, sondern gewalttätiger. Nicht moderner, sondern archaischer und roher.

Wie man in fast jeder deutschen Großstadt beobachten kann, sind das alles Hinweise auf reale Probleme, die eine auf den Erhalt der republikanischen Ordnung verpflichtete Einwanderungspolitik mit aller nur denkbaren Kraft angehen muß. In der Analyse scharf, macht Rolf Peter Siefertle jedoch keine Vorschläge, wie diese Fragen zu lösen seien. Das liegt nicht daran, daß er sich in der bequemen Rolle des Kritikers eingerichtet hätte, den man nach Lösungen besser nicht fragt. Es liegt an einem gedanklichen Dilemma.

Eigentlich müßte Siefertle in der Konsequenz seiner Argumentation die totale Abschottung Deutschlands und aller anderen Staaten Europas gegenüber Einwanderern fordern (was er an der einen und anderen Stelle auch erwägt). Dafür gäbe es ein starkes Argument: Wer den Sozialstaat - der so etwas wie der grundlegende deutsche Gesellschaftsvertrag ist - beliebig ausweitet, der zerstört ihn. Es kann keinen universellen Sozialstaat geben.

Denn der Sozialstaat ist historisch an eine Formation gebunden, die die Migrationsfreunde gerne verabschieden würden: "Der Wohlfahrtsstaat beruht im Kern auf Solidarität und Vertrauen innerhalb eines politisch begrenzten, genau definierten Raums, nämlich des Nationalstaats." Dieser folge dem "Prinzip der Genossenschaft, er ist also ein Club mit definierter Mitgliedschaft". Und seine Fülle macht ihn attraktiv für Nicht-Mitglieder, die auf dem Trittbrett mitfahren wollen. Das aber würde den Sozialstaat sprengen: "*No borders, no welfare.*"

Doch anders als viele, die heute *nur* von Obergrenze und Grenzschießung sprechen, ist Siefertle zu klug, um darin eine realistische Perspektive zu sehen. Er sagt, der Sozialstaat, ohne den Deutschland als Republik vielleicht nicht überleben kann, sei im Grunde ein Anachronismus: "Dem National-Staat entsprach die National-Ökonomie, und der Sozialstaat war deren fürsorgliche Ausgestaltung." Das alles sei aber mit der Globalisierung wohl unwiderruflich dahin.

Der Sozialstaat stehe auf verlorenem Posten, Grenzen seien fortan porös, weniger Einzahlernden stünden mehr Nutznießer gegenüber. Es könnte diese Befürchtung sein, die Siefertles Denken ins Tragische, Ausweglose, Kulturpessimistische getrieben hat. Letztlich sind es für ihn keineswegs nur die Migranten, die zu Deutschlands Ruin führen werden. Sie beschleunigen nur einen Prozeß, der ohnehin im Gang sei: den Prozeß der Dekadenz im Namen eines die

Welt umarmenden Universalismus. Die Demokratie, die Volksherrschaft, brauche ein Korrektiv, um nicht in die Ochlokratie, die Herrschaft des Pöbels, umzuschlagen. Das aber sei dank einer pflichtvergessenen politischen Klasse offenbar längst geschehen.

Dann wird es böse und trüb. Die Epoche, in der man an den immerwährenden Fortschritt glauben konnte, sei seit den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts vorbei - aber noch immer tanze die Mehrheit um das Goldene Kalb des Konsums und verkomme immer mehr: "Der betreute Mensch wird im Zuge dieser Entwicklung immer weicher und unselbstständiger. Die Jungen werden zu Mädchen erzogen. Die Menschen werden empfindlicher, allergischer, veganer. Sie leben schutzlos in einer immer gefährlicher werdenden Welt."

Alles Vertrauen dahin, keine Verlässlichkeit mehr. Der Stil wandert nicht mehr, wie es früher war und noch immer gut wäre, von oben nach unten, sondern von unten nach oben: Allgegenwart des Lärms, Vernichtung der Stille, keine reflexive, sondern eine expressive, vulgäre Kultur. Im Zuge des dionysischen *prole drift* wird das Unter- zum Oberhemd und das Tattoo Pflicht - ein lustvoller Trip in den Untergang.

Und vollends verabscheuenswert ist für Siefertle der angeblich hemmungslose Universalismus, also die zur "fundamentalistischen Ideologie" erstarrte Überzeugung, im Grunde seien alle Menschen gleich und es gelte, diese Gleichheit weltweit zu verwirklichen. Sie ist für ihn der Krebs, der die Substanz Deutschlands zerfrißt. Im Namen globaler Verantwortung greife die vollkommene Verantwortungslosigkeit um sich. Die trunkenen Universalisten öffnen die Grenzen und "heißen die Invasorenstämme willkommen", die Deutschland in eine multitribale Gesellschaft verwandeln, in der die "Barbaren" den Ton angeben.

Das ist ziemlich nah am Wahn. Trotz aller gewaltiger Probleme, die die Einwanderung aufwirft, ist Deutschland nach wie vor unverkennbar ein gut eingerichtetes und gut verwaltetes Land, um das wir vielerorts in der Welt beneidet werden. Und das in den Fluten der Migration nicht unterzugehen droht. Man soll sich über die Kapriolen des Genderismus durchaus echauffieren - aber man kann nicht ernsthaft bestreiten, daß es ein Fortschritt ist, wenn Frauen heute mehr Rechte und Chancen haben als früher.

Trotz Dieselskandal und Aushöhlung des Parlamentarismus - von Chaos, Regellosigkeit, Anarchie, gebrochenem Landfrieden und Staatsversagen keine Spur. Wie konnte Siefertle das alles beiseite wischen? Vermutlich hat er sich, wie viele andere glühende Merkel-Feinde auch, in Rage gedacht. Und alle Vorsicht fahren lassen. Zwar geht er, dafür ist er zu klug, nicht so weit, der Bundesregierung und dem ihre Flüchtlingspolitik unterstützenden intellektuellen Milieu zu unterstellen, sie arbeiteten bewußt und planvoll an der "Umvolkung" und letztlich Vernichtung Deutschlands.

Aber immer wieder scheint in seiner Schrift der Verschwörungsgedanke durch. Etwa wenn er schreibt: "Das einst recht homogene Volk *soll* sich in einen Stamm unter Stämmen verwandeln." Wo etwas sein *soll*, da muß es Planer, Drahtzieher und eine Absicht geben. Und die Deutschen, so Siefertle, seien selbstvergessen genug, daran auch noch mitzuwirken: "Deutsch sein heißt, an seiner Auflösung zu arbeiten."

Rolf Peter Siefertle hat sich in Rage gedacht, und er hat versucht, sich dabei abzuhärten. Es fehle heute - schrieb er, aus Max Webers "Politik als Beruf" zitierend - "die geschulte Fähigkeit des Blickes in die Realitäten des Lebens, und die Fähigkeit, sie zu ertragen und ihnen innerlich gewachsen zu sein". Ein wenig klingt das wie zu sich selbst gesprochen. Siefertle hat sich die heroische Geste, das Ausharren auf verlorenem Posten, den Blick in den vermeintlichen Abgrund und zuletzt auch eine zynische Verächtlichkeit sowie Ausflüge in das Reich enthemmter Schimpfworte (Hunnen, Gesinnungsdeppen, Horden, Barbarengelände) offenbar regelrecht antrainiert.

Er hat sich den antiuniversalistischen Furor wie einen Panzer angeschnallt. Und so kam es, daß in seinen letzten Schriften alle Versuche, die Menschen unterschiedlicher Nationen und

Erteile zusammenzubringen und übernationale Strukturen des Austauschs und der Verständigung über Kulturgrenzen hinweg zu schaffen, nicht einmal der Erwähnung wert waren. Empathie und Mitgefühl, das ist aus den Zeilen Sieferles immer wieder herauszuhören, sind nicht wertvoll, sondern verweichlichte Schwäche.

Es gibt eine warme und eine eiskalte konservative Politik des Bewahrens. Für erstere steht exemplarisch Edmund Burke, schon 1790 der erste große Kritiker der Französischen Revolution. Er war nicht der britische Reaktionär, als der er bis heute karikiert wird. Er fürchtete die Gewalt, die Umstürze freisetzen können, und wollte daher lieber das bewährte Alte erhalten und es behutsam verbessern.

Und obschon ein Konservativer, war er in seinen politischen Optionen immer auch von Mitgefühl geleitet. Er sah das Leid der landlosen Armen, und es ließ ihn nicht kalt. Er sah, daß es gute Gründe für die Kolonisten in Amerika gab, sich gegen London aufzulehnen, und war deswegen - auch um der Einheit der Nation wegen - bereit, ihren Forderungen weitgehend nachzugeben.

Der Konservatismus, für den sich Rolf Peter Sieferle entschied, war dagegen ein Konservatismus des kühlestes Kopfes und des Selbstverbots von Empathie. Er hatte am Ende wohl ein tragisches Weltbild, jedoch nicht in dem Sinne der Einsicht, daß es - wie etwa in der Migrationsfrage - bei vielen Problemen keine einfachen oder gar keine Lösungen gibt, man aber gut daran tut, sich nach Kräften um deren Milderung zu bemühen.

Sieferle hat sich mit seinem analytischen Werkzeug vielmehr einen elitären, man kann sagen: einen Herrenmenschen-Konservatismus zusammengesetzt. Eine kleine Schar von Erleuchteten gegen den Pöbel, die Deppen, die Verführten, die dummen Arglosen. Sieferle war nicht mehr weit von der Konservativen Revolution entfernt, über deren führende Köpfe er 1995 ein kritisches, aber auch um Verstehen bemühtes Buch veröffentlicht hatte.

Da saß er nun in seinem Turm und schmähte die Welt. Hinter seiner vorgeblichen Kälte vibrierte vermutlich eine geradezu kindliche Verletztheit darüber, daß die Welt partout nicht bereit war, sich auf seine Erkenntnisse, die er für zwingend hielt, auszurichten.

Gegen nichts richtete sich Sieferles Zorn heftiger als gegen den Universalismus. Er hält ihn durch und durch für verlogen. Einer eigentümlichen Emanzipationsdynamik folgend, sollen alle Menschen - überall auf der Welt - gleich sein. Und zugleich Besondere sein. Das aber gehe nicht, so Sieferle. Denn der Universalismus - siehe die heutige Alltagskultur - zerstöre alles Besondere.

Er will die hohle Weltgesellschaft und auf dem Weg dahin den partikularen Nationalstaat zerstören. Er will alles für alle und zerstört damit den Motor der Differenz. Diese Gedanken hat Sieferle schon 1994 in seinem langen Essay "Epochenwechsel" entwickelt. Sein "Absturz" (Seibt) ist also keineswegs neueren Datums, schon in den 90er-Jahren war er mit dem linksliberalen Narrativ vollkommen über Kreuz.

Aus diesen Jahren, und nicht aus seinen letzten Lebensjahren oder -monaten, stammt übrigens auch "Finis Germania", das gewissermaßen die zugespitzten Nacht- und Nebengedanken zu "Epochenwechsel" enthält. Keinem der Empörten ist offensichtlich aufgefallen, daß es in "Finis Germania" mehrere Stellen gibt, denen die Entstehungszeit zumindest wesentlicher Teile der Schrift eindeutig zu entnehmen ist - etwa wenn er von dem 50 Jahre zurückliegenden Ende des Zweiten Weltkriegs spricht.

Es ist mehr als eine Pointe, daß sich hier der Bogen zu dem Linken schließt, der Sieferle einmal gewesen war. Mit 16 Jahren studierte er die Werke von Karl Marx, mit 19 Jahren gehörte er dem SDS an. Früh löste sich Sieferle, der unter Freunden "Pit" genannt wurde, von der Linken, ging auf kritische, keineswegs polemische, oft aber ironische Distanz und blieb fortan konsequent ein Beobachter des politischen Geschehens. Im Studentenwohnheim traf er auf die späteren Ethnologen Fritz Kramer und Hans Peter Duerr ("Der Mythos vom Zivilisationspro-

zeß"). Man war stolz darauf, 300 Seiten Lektüre am Tag zu bewältigen.

Wie viele für Theorie empfängliche 68er stand auch Sieferle zumindest mit einem Bein in der Tradition des deutschen Idealismus und seiner Marxschen Wende. Die *ganze* Welt, mußte es sein. Die Theorie mußte rückstandslos aufgehen, und es sprach gegen die Wirklichkeit, wenn sie der Idee nicht gerecht wurde. Obwohl später an Universitäten bestellt, war er im Grunde ein Privat-, ein wenig auch ein Stubengelehrter.

Die ihn kannten, beschreiben ihn als Einzelgänger, aber als geselligen Einzelgänger: Freunde, Gespräche, Austausch. Ein "anhänglicher Freund" sei er gewesen, der sich über jeden Kontakt freute, selten aber selbst die Initiative ergriff. Um seine Gedanken zu sammeln, ging er täglich zwei bis drei Stunden zügig spazieren, schnell, nicht entspannt, bergauf, bergab.

Der Rest des Tages: Lektüre, Lektüre, Schreiben. Selbst im hellsten Sommer saß er, wie ein Freund sagt, bei zugezogenen Vorhängen im abgedunkelten Zimmer lesend und schreibend unter einer Stehlampe. Ganz das alte Heidelberg. Sieferle sprach fließend Latein: Einmal habe er, erinnert sich ein anderer Freund, in Rom mit einem Priester auf Lateinisch über sakrale Kunst parliert.

So entsteht das Bild eines genialischen Gelehrten, der es in der Stille seines Studierzimmers mit der ganzen Welt aufnehmen will. Einer über dem Rest der Welt, einer auch gegen den Rest der Welt. Das umfangreiche Werk Sieferles, der eine klare, oft funkelnde Prosa schrieb, durchzieht ein gedankliches Bemühen, den Stein der Weisen, die rettende Formel zu finden. Marx war da ein großes Vorbild. Als sich Sieferle von ihm ab- und der Erforschung der Naturgeschichte der Gesellschaften zuwandte, kreiste sein Denken fortan um ein großes Problem, das heute wie eine Riesenlast auf den Schultern der Menschheit liegt.

Sieferle fragte: Ist *langfristig* und *nachhaltig* eine Fortentwicklung und Ausbreitung der Industriegesellschaften möglich, die mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält und zugleich die Ressourcen des Planeten nicht auf suizidale Weise aufzehrt? Eine größere Frage kann man sich kaum stellen. Die Titanenaufgabe, sie zu beantworten, kann heute allenfalls noch ein großes, interdisziplinär zusammengesetztes Forschungsteam mit Aussicht auf Gelingen angehen. Sieferle dagegen, hierin noch ganz 19. Jahrhundert, hat es im Alleingang versucht. Und mußte sich damit wohl zwangsweise etwas von jener Hybris zulegen, die am Ende seines Lebens Züge von Menschenfeindlichkeit annahm.

Obwohl er genau wußte, daß man Geschichte nicht als Ideengeschichte schreiben kann, neigte er doch genau dazu. Die Evolution der Ideen überlagert bei ihm die Ereignisse, schiebt sie beiseite. Natürlich war ihm bewußt, er schrieb ja auch darüber, daß Geschichte nicht Plan, sondern Ereignis ist: nie berechenbar, immer chaotisch, wirr, disruptiv.

Und doch konnte er der Versuchung nicht widerstehen, einer der Geschichte innewohnenden, vorbestimmten Logik nachzuspüren. Das schmälerte seine Neugier auf Zufälle, es verwehrte ihn dem Zugang zum Pragmatismus. Ein Kritiker hat ihm einmal "Vermittlungsunfähigkeit" vorgeworfen. In seinem Furor gegen den humanistischen Universalismus wird das besonders deutlich.

Rolf Peter Sieferle versteht dessen Anspruch als Programm, als Handlungsanweisung, als Strategie: Alle Menschen sind gleich, und der Universalismus setzt das durch, zu hundert Prozent. Dieser Universalismus ist ein Herrscher, der sich die Welt unterwerfen will: Sieg oder Niederlage. Es gibt aber auch einen anderen, wenn man will: einen real existierenden Menschen kompatiblen Universalismus. Der ist kein zu exekutierendes Programm, sondern eine Ahnung, ein Gefühl, ein Impuls, eine Einsicht, ein Wollen, ein Mitgefühl. Das sichere, keineswegs spinnerte Gefühl, daß alle Menschen etwas verbindet.

Dieser Universalismus dekretiert nicht, daß alle Menschen gleich sind, er hält nur extreme Formen von Ungleichheit für unerträglich. Und meint, es sei unsere Aufgabe, das zu mildern. Er verwirft nicht die partikularistische Nächstenliebe, die dem eigenen Umfeld gilt, zugunsten

der universalistischen Fernstenliebe, von der er weiß, daß sie eine Schimäre bleiben muß. Er hält nur ganz entschieden dafür, daß es möglich und im Namen des Humanismus geboten ist, den Zeiger ein klein wenig von der Nächstenliebe weg zur Fernstenliebe hin zu verschieben. Viele kleine Akte dieser Art machen die Welt zu einem besseren Ort. Für diese Methode hatte Sieferle, der verspätete Universalgelehrte, keinen Sinn.

Im Blick auf die Theoretiker des 18. und 19. Jahrhunderts, die den radikalen Verzicht auf Armenhilfe forderten, weil diese zu Bevölkerungswachstum und zum Ruin der Gesellschaft führen würde, schrieb Sieferle 1990: "Diese Position war nicht ohne ein Pathos realistischer Härte, sie war von einer kristallinen Schärfe, die sich ihrer szientistischen Differenzierung verdankte. ... In gewisser Weise entthob sie sich damit überkommener moralischer Bedenken; sie stellte Gesellschaft und Ökonomie als mechanisches Regelsystem dar, von inneren Gesetzen beherrscht, ohne Zwang zur Begründung und Bewertung."

Als Sieferle mehr als 20 Jahre später das Mitleid gegenüber Migranten zum Grundübel der Zeit erklärte, legte er sich eben diese "Position realistischer Härte" zu, die von "kristallener Schärfe" ist und die ihn "überkommener moralischen Bedenken" entthob. Sieferles geistiger Weg war auch ein Weg geistiger Selbstabhärtung. Dabei kam ihm sein Hang zur Verächtlichkeit gegenüber der modernen Massenkultur zupaß, in der er eine infantile "Verschnullerung" der Gesellschaft sah. Er war kein Apokalyptiker. Aber die Schärfe seines Denkens trieb ihn in eine fundamentale politische Ausweglosigkeit, die auch der Verzweiflung nahe war.

Eine Selbsttötung adelt nicht, macht den Toten nicht zum Heros. Sie stellt sein Leben aber auch nicht gänzlich in den Schatten des Suizids, sie kontaminiert das Werk des Autors nicht. Sieferle hat es verdient, nicht nur von seinem Ende her, nicht nur als "Verirrter" gewürdigt zu werden. Er hat wichtige Bücher geschrieben, die bleiben werden. Er ist nicht "abgestürzt", sein gedanklicher Weg beweist aber, daß es keine sicheren Orte des Denkens gibt. Daß ein konsequent Forschender an Abgründe geraten und auf unauflösbare Dilemmata zuschlittern kann.

Sieferle ist auf ein gerne beschwiegenes Dilemma gestoßen, auf eine Aporie der westlichen Industrie-, Einwanderungs- und Spaßgesellschaften: Der Fortschritt ist offensichtlich unaufhaltsam. Es könnte zum Crash, zur Selbstzerstörung kommen. Daher darf man der Frage nicht ausweichen, ob Wachstum und Stabilität wirklich kompatibel sind. Wie Universelles und Partikulares sich nicht gegenseitig bekämpfen, sondern zusammengehen können. Wie wir Deutschland öffnen und doch bewahren können.

Zur Person: Thomas Schmid nahm in seinen Zwanzigern an der Studentenbewegung in Frankfurt teil, was ihn später gegenüber Heilslehren mißtrauisch machte. Und ihn die Bürgerfreiheit schätzen lehrte. Lektor, freier Autor, Journalist. Zuletzt in Berlin Chefredakteur und dann Herausgeber der "Welt-Gruppe". In diesem Blog veröffentlicht er regelmäßig Kommentare, Essays, Besprechungen neuer, älterer und sehr alter Bücher, Nachrufe und nicht zuletzt Beobachtungen über den gemeinen Alltag.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "The European" berichtete am 8. August 2017: >>**Wir springen mit offenen Augen über die Scharia-Klippe!**

Von Dirk Förger

69 % der Muslime weltweit wollen die Scharia als Rechtssystem. In den Herkunftsländern unserer Flüchtlinge sind es sogar 91 % (Irak) oder 99 % (Afghanistan). Als Folge davon befürworten 40 % der Muslime einen Mord oder die Todesstrafe für Islam-Aussteiger.

Anläßlich ständiger Messer-Attacken in Deutschland, des Falles Anis Amri, islamistischer Gewalt-Orgien weltweit, diktatorischer Zustände in der Türkei und vieler anderer Ereignisse: einige Gedanken zum Islam. Dabei ist es mein Ziel, aus wertkonservativer Sicht eine Diskussion anzuregen.

Sicherlich sind manche meiner Überlegungen sehr provokativ. Hin und wieder fällt es mir

auch schwer, kühl und sachlich zu bleiben. Aber wenn ich mich über bestialische Massaker, Kinder-Bomber in Manchester oder Aufrufe zur Judenvernichtung nicht mehr aufregen darf - wann denn dann noch? Wie kann aufgrund der aktuellen Fakten überhaupt jemand auf die Idee kommen, daß der Islam eine friedfertige Religion sein könnte? Die Realität spricht doch mit tausendfachem Mord dagegen! Lassen sich die Deutschen am Ende gar wie einfältige Schafe zur Schlachtbank (respektive zum Schächten) führen?

Was mich und andere wahnsinnig macht, ist dieses völlige Ignorieren aktueller Ereignisse und Realitäten, aber auch von Geschichte. Dieser unerträglich provinzielle Scheuklappenblick in Deutschland, der Fakten in der Welt nicht wahr haben möchte. Arthur Neville Chamberlain hätte an diesem Appeasement gegenüber dem Islam (bei gleichzeitiger Verteufelung aller Islam-Kritiker) seine wahre Freude gehabt. Bei mir bleibt Fassungslosigkeit angesichts einer Republik voller Lemminge, die mit offenen Augen über die Scharia-Klippe springen.

O.k., die Zuwanderer können sich immerhin mit jahrelanger islamistischer Gehirnwäsche herausreden. Aber wer erklärt mir die paradoxe Idiotie meiner Landsleute: Diejenigen, die vor einer totalitären, faschistischen Religion warnen, werden selbst als Faschisten beschimpft und zwar von linken Faschisten, die ihrerseits faschistische Methoden anwenden, um andere als Faschisten auszugrenzen.

Dieser Satz funktioniert übrigens auch (leicht abgewandelt) für den Begriff Populismus: Linke, Grüne und Merkel-Populisten, die Kritiker populistisch als Populisten bezeichnen, wenden populistische Methoden an, um Andersdenkende als Populisten auszugrenzen.

Dabei wurde zuletzt vielfach über das "Postfaktische" geschimpft. Aber wie steht es tatsächlich mit den Fakten? Da wird zum Beispiel laufend ungeprüft behauptet: Die meisten Muslime seien "friedlich".

Darauf könnte ich antworten, daß es am Ende häufig völlig irrelevant ist, was die Mehrheit will. Oft genug setzt sich doch die radikale, brutale, zu allem entschlossene Bevölkerungsgruppe durch. Dafür gibt es weltweit Dutzende Beispiele. Gerade und insbesondere in muslimischen Ländern!

Ich könnte aber auch fragen: Woher wissen wir, daß die meisten Muslime wirklich "friedlich" sind - oder zumindest Einstellungen haben, die annäherungsweise unseren Wertvorstellungen nahe kommen?

Und wenn dem so ist: Gilt das weltweit? Für Europa? Nur für Deutschland?

Oder lediglich für die nette muslimische Familie von nebenan?

Auf welchen belastbaren Untersuchungen (nicht Gefühlen oder Wunschträumen) basiert die Annahme des "friedlichen" Islam? Interessanterweise gibt es dazu kaum Fakten im deutschsprachigen Internet. Ich mußte außerhalb Deutschlands nach Quellen (PEW, Global Terrorism Index, BBC, The Independent, u.a.) suchen.

Dort ergab sich dann ein ganz anderes, erschreckendes Bild - obwohl man natürlich auch hier die Allgemeingültigkeit hinterfragen muß! Aber immerhin sind es Zahlen und nicht nur Gefühle. Sie basieren unter anderem auf einer Umfrage, die in 38 Ländern die Meinung von rund 1,2 Milliarden Muslimen untersucht hat:

- Danach wollen 69 % der Muslime weltweit die Scharia als Rechtssystem. In den Herkunftsländern unserer Flüchtlinge sind es sogar 91 % (Irak) oder 99 % (Afghanistan).
- Als Folge davon befürworten 40 %, also rund eine halbe Milliarde (!) Muslime, einen Mord oder die Todesstrafe für Islam-Aussteiger. In Afghanistan sind es 79 %, in Ägypten sogar 86 %, im Irak immerhin noch 42 %.
- Außerdem fordern 16 % der türkischen Muslime die Steinigung von Ehebrecherinnen, 56 % der Nigerianer, jeweils 82 % der Pakistaner und Ägypter.
- 13 % der US-Muslime befürworten Bomben-Selbstmord-Attentäter, ebenso 13 % in Deutschland (wie viel Tausend sind das noch mal?), 24 % in Großbritannien, 29 % in der

Türkei, 35 % in Frankreich, 59 % in Ägypten und 75 % der Bewohner des Gaza-Streifens. Da fühlt man sich als Israeli doch so richtig sicher...

- 2015 waren 21 % der Syrer für eine Unterstützung von ISIS.

- In den ersten 13 Tagen des diesjährigen Ramadans gab es weltweit 73 Anschläge mit 809 Toten.

- In Deutschland ist die Zahl der angezeigten Messerstraftaten in den letzten vier Jahren um 600 (!) Prozent in die Höhe geschwollen - von rund 550 im Jahr 2013 auf fast 4.000 im Jahr 2016. In diesem Jahr sind wir auf bestem Wege, diese Marke zu übertreffen...

- 40 Jahre Multikulti in Schweden bedeuten: 300 Prozent mehr Gewaltverbrechen, rund 1.500 Prozent mehr Vergewaltigungen.

- Letztes Jahr gab es allein in NRW rund 75.000 Polizeieinsätze in und vor Flüchtlingsheimen. Das bedeutet hochgerechnet 300.000 Polizeieinsätze in ganz Deutschland.

- Laut "Einzelfall-Map", die nur ein Bruchteil der (belegten) Migrantinnen- und Flüchtlingskriminalität in Deutschland wiedergibt, gab es 2016 durch unsere zugewanderten "Facharbeiter": 1.785 sexuelle Übergriffe, 210 Vergewaltigungen, 5.423 Raubüberfälle, 1.308 Bedrohungen, 2.971 Körperverletzungen, 119 Brandstiftungen, 331 Morde, usw.

Und nur zur Erinnerung selbst in ihrer "friedlichsten" Form bedeutet Scharia:

- Keine Religionsfreiheit

- Keine Meinungsfreiheit

- Keine Gedankenfreiheit

- Keine künstlerische Freiheit

- Keine Pressefreiheit

- Keine Demokratie

- Keine Gleichberechtigung für Frauen (sie dürfen geschlagen werden)

- Nicht-Muslime sind bestenfalls Bürger zweiter Klasse

- usw.

In der weltweiten Realität heißt Scharia aber: Prügelstrafe, Hände abhacken, Steinigung, Aufhängen von Menschen an Kränen als Massenunterhaltung und noch wesentlich mehr Greuel-taten. Offensichtlich sind viele Deutsche, darunter nicht wenige Politiker, noch nicht einmal postfaktisch. Denn dieses Adjektiv würde rein sprachlich voraussetzen, daß sich diese Menschen vorher schon einmal mit den Fakten des Islam beschäftigt hätten. Islam-Flüsterer unter sich: Nach jedem Mord, nach jedem Massaker, nach jeder Vergewaltigung höre ich immer nur die gleichen hohlen Beileidsbekundungen. Machen sich diese Politiker denn keine Sorgen um die Zukunft ihrer eigenen Kinder?

Andererseits: Die Kanzlerin hat keine Kinder, um die sie sich Sorgen machen müßte. Sie denkt ausschließlich an ihren eigenen Machterhalt also an die nächste Wahl. Und ihre Adlaten mucken deshalb nicht auf, weil sie ihre Pöstchen nicht verlieren wollen. Schließlich winkt ihnen unter anderem eine ungerechtfertigt hohe Altersversorgung. Offensichtlich ist ihnen die Zukunft des Deutschen Volkes (im Gegensatz zur eigenen) völlig egal. Genauso wie das Schicksal der Opfer, die nach jedem der immer schneller aufeinanderfolgenden "Einzelfälle" rasch vergessen werden.

Liebe Terror-Nihilisten: Was ist, wenn die Islam-Gegner letztlich Recht haben, ihr aber nicht? Zieht ihr das überhaupt in Betracht? Oder habt ihr die Gott-gleiche (sorry: Allah-gleiche) Allmachtsphantasie, die Zukunft vorhersagen zu können? Also ich schaue lieber auf die Geschichte des Islams, seine aktuellen Taten und was er uns für die Zukunft androht. Das sind für mich die Fakten - und nicht utopische Wunschträume.

Liebe linke und grüne Freunde: Könnte es sein, daß diejenigen, die vor dem Islam warnen, gar keine "Nazis" sind? Zumindest nicht alle? Sondern schlicht die Wahrheit, also das Faktische, aussprechen? Wann kapieren Weltverbesserer in ihren Wahnvorstellungen endlich, daß wir

uns keine Multikulti-Volkstanz-Gruppen ins Land holen zumindest nicht nur? Da metzeln Islamisten europaweit Dutzende von Menschen nieder, weltweit sind es sogar Tausende. Realitätsverweigerer warnen aber lediglich vor Deutschen, die eine berechnete Angst vor diesen Killern haben?

Aber selbst wenn es ein Video gäbe, auf dem Mohammed persönlich einen Attentäter beauftragen würde, wäre das für die Träumer in Deutschland wahrscheinlich immer noch ein "verrückter Einzeltäter", der mit dem Islam nichts zu tun hat. Und wenn am Ende der letzte Linke von einem Islamisten getötet wurde, wird man wohl noch von Ferne das Echo seiner Stimme hören: "Die Rechten waren's!"

Auf alle, die anders denken als Claudia Roth, Heiko Maas und Angela Merkel, darf mit dem Holzhammer eingeschlagen werden. Das sind alles Rechtspopulisten oder sogar Nazis. Aber beim Islam soll genau differenziert werden? Warum eigentlich? Zeigen Anhänger des Islam nicht mit ihren andauernden Massenmorden, die selbst vor Kindern nicht Halt machen, wie blutig ernst es ihnen ist? Natürlich sind nicht alle Muslime Terroristen, aber die meisten Terroristen sind nun mal Muslime. Oder kann sich jemand daran erinnern, wann ein Hindu, Buddhist oder Jude das letzte Mal als Selbstmordattentäter in Deutschland in Erscheinung getreten ist?

Eigentlich müßten Grüne und Linke täglich gegen Islamisten demonstrieren. Vor allem, wenn sie wirklich ein erneutes Jahrhundertverbrechen wie den Holocaust verhindern wollen. Denn wer fordert denn rund um die Welt am lautesten die Vernichtung der Juden? Und gerade diese Religion wird von Protestlern verteidigt? Noch dazu in Deutschland?

Und in Zeitungen lese ich schwachsinnige Überschriften wie: "Rock-am-Ring-Gäste setzen bewegendes Zeichen gegen den Terror". O.k., sie haben diszipliniert gekuschelt, sind zu Kreuze (bzw. zum Halbmond) und dann in ihre Zelte gekrochen. Aber ein bewegendes Zeichen wäre für mich gewesen, wenn die 90.000 am Nürburgring wenigstens einmal einen Protestmarsch gegen diese islamistischen Kultur-Zerstörer organisiert hätten!

Denn es ist höchste Zeit: Gerade wird in Nordafrika und im vorderen Orient der Rest der dort lebenden Christen durch den Islam vertrieben und ermordet. Wie Shisha-umnebelt muß ein Gehirn sein, um dies nicht wahr zu nehmen? Noch mal, weil ich es einfach nicht fassen kann: Selbst in Deutschland vergeht kein Tag, an dem nicht über eine Vergewaltigung, einen Mord, eine No-Go-Area, ein Messer-Attentat, andere "Einzeltaten" unserer zugewanderten "Gäste" berichtet wird. Und sogenannte Intellektuelle protestieren als Reaktion auf diesen Terror allen Ernstes am laufenden Band (nur) gegen "Nazis"? Wie "postfaktisch" kann man denn noch sein?

Es macht nur noch wütend: Nach jedem Anschlag beten Bessermenschen und Politiker immer wieder die gleiche Litanei herunter. Etwa das Märchen vom "Einzeltäter", der angeblich nichts mit dem Islam zu tun hat - selbst wenn er bei seinen Morden noch so laut "Allahu akbar" brüllt. Oder daß die Attentate der Islamisten lediglich "den Rechtsradikalen in die Hände spielen". Sind etwa "Rechte" am ständigen Terror des Islam und den Straftaten der Zuwanderer schuld? Und ist wirklich jeder, der sich über terroristische Killer und die dahinter stehende Religion aufregt, gleich ein "Nazi"?

Die Absurdität wird noch klarer, wenn wir dieses Szenario einfach einmal umdrehen: Man stelle sich vor, Nazis würden in diesem Jahr rund um den Globus Tausende von Menschen massakrieren. Würden Grüne und Linke dann auch für mehr "Weltoffenheit" gegenüber Nationalsozialisten demonstrieren? Würden sie ebenfalls argumentieren, daß aus einer "überwiegend friedlichen Mehrheit lediglich eine radikale Minderheit ..." diese Taten begangen hätte? "Einzelfälle" sozusagen? Und als Reaktion würde dann gegen Muslime demonstriert, weil die Taten der Nazis dem Islam "in die Hände spielen" könnten?

Liebe Grüne, Kirchentags-Besucher und andere Bessermenschen: Wann stellt Ihr Euch end-

lich einmal gegen die wirklichen Mörder? Wie viele Menschen wollt ihr noch auf dem Altar Eurer beschränkten linken Utopien opfern? Wäre es nicht ein Treppenwitz der Geschichte, wenn die Anhänger von PEGIDA in 50 Jahren als die "Stauffenbergs" (richtiger wäre wohl "Elsers") unserer Zeit bezeichnet würden? Weil diese Demonstranten eine religiöse Diktatur verhindern wollten, als es noch möglich war? Ich weiß, ganz provokant!

Daher nur kurz zur Klarstellung: Schon häufig habe ich sehr deutlich gemacht, daß ich keinerlei Sympathien für Extremisten jedweder Herkunft habe, weder von "rechts" noch von "links" (falls diese Kategorien heute überhaupt noch greifen). Deshalb bin ich aus einer ganzen Reihe von Gründen sowohl gegen die AfD als auch gegen die LINKE. Dies liegt an vielen politischen Aussagen sowie dem Personal BEIDER Parteien. Und jemand wie Lutz Bachmann ist für mich ohnehin völlig indiskutabel. Allerdings bezieht sich meine Ablehnung totalitärer Strukturen nicht nur auf Parteien, sondern eben auch auf Religionen - oder auf Denkrichtungen, die sich als solche bezeichnen.

Insofern kann jeder gegen die AfD, PEGIDA und andere Islamisierungs-Gegner demonstrieren. Gegen tatsächliche Neonazis sollte man es sogar! Aber: Haben AfD und PEGIDA immer Unrecht, wenn sie vor dem Islam warnen? Es gibt den Aphorismus: "Die Wahrheit wird nicht deshalb zur Unwahrheit, bloß weil ein Idiot sie sagt!" Und Voltaire wird (wohl fälschlicherweise) das Zitat zugeschrieben: "Du bist anderer Meinung als ich und ich werde Dein Recht dazu bis in den Tod verteidigen." Diesen Kern unserer Meinungsfreiheit sehe ich bei der Diskussion um den Islam gefährdet!

Als Negativ-Beispiel sei an die Proteste kürzlich in Köln erinnert. Dort demonstrierten naive Domstädter "gegen Rechts" und "für Weltoffenheit". Am Ende bewiesen die Protestler jedoch vor allem eines: Intoleranz gegenüber allen, die sich der links-grünen Indoktrination nicht unterwarfen! Steigbügelhalter einer eher totalitären Denkweise die sie eigentlich zu bekämpfen vorgaben. Gnadenlose Ausgrenzer mit einer "politisch korrekten", aber beschränkten Welt-sicht. Wenige Wochen später folgten gerade einmal ein paar Dutzend Muslime dem Aufruf, als es darum ging, gegen Gewalt im Islam zu demonstrieren. Beschämend und entlarvend! Insbesondere, wenn man an die Heerscharen von Jubel-Türken denkt, die vor Jahresfrist ihrem Diktator in der Rheinmetropole zujubelten.

Haben bei den letzten Wahlen nicht zwei Drittel aller teilnehmenden Türken in Deutschland für eine Diktatur gestimmt? (Wenn man Kurden und Christen abzieht, sieht die Zahl noch düsterer aus.) Ein Beweis dafür, wie krachend die demokratische Integration in Deutschland doch gescheitert ist! Wir haben es in Jahrzehnten nicht wirklich geschafft, diese Menschen in unsere Demokratie zu integrieren, ihnen Humanität und Menschenrechte beizubringen. Und jetzt soll das bei Menschen funktionieren, die obwohl auf der Flucht davor immer noch an eine totalitäre Ideologie glauben, die sich "Religion" nennt?

Zugegebenermaßen stellt sich mir hier die "Gretchenfrage". Da mir natürlich bewußt ist, was in Artikel 4 des Grundgesetzes steht - und ich noch dazu Klosterschüler war. Dort wurden mir christliche Werte beigebracht. Gleichzeitig hatte ich immer ein großes Problem mit der Kirche als Institution. Zynisch betrachtet: Handelt es sich dabei nicht um ein künstliches Konstrukt, das dazu geschaffen wurde, um alten Männern zur Macht zu verhelfen (bzw. sie dort zu halten)? Wurden nicht auch bei uns die fundamentalen Menschenrechte gegen enormen Widerstand nicht zuletzt der Kirche durchgesetzt?

Warum soll ich dann Respekt vor einer anderen Glaubensrichtung haben, die sich mittlerweile auf einen Stand vor ihrem eigenen Mittelalter zurück entwickelt hat (wenn ich an die großen Gelehrten des Islam wie Avicenna oder Averroes denke)? Was ist der Unterschied zwischen einer Religion und einer gefährlichen, menschenverachtenden Sekte? Lediglich die Zahl der Mitglieder? Kann man den Islam nicht auch als eine fehl geleitete Ideologie begreifen?

Ist am Ende nicht jede Religion eine Ideologie also ein System von Normen, das Gruppen zur

Rechtfertigung und Bewertung eigener und fremder Handlungen verwenden? Wenn ich jetzt annehme, daß mein System (basierend auf christlicher Erziehung und den Menschenrechten) besser ist: Warum soll ich die Normen einer Religion bzw. Ideologie tolerieren, die sich anschickt, meine Welt und meine Werte zu vernichten?

Ist der Islam heute nicht mindestens so gefährlich, wie der Nationalsozialismus es in den 1920er Jahren war? Schließlich beschreiben Anhänger des Islam ständig, wie sie uns assimilieren oder ausrotten wollen, noch deutlicher als es in "Mein Kampf" der Fall war. Mehr noch: Sie beweisen es unaufhörlich mit tausendfachem Mord. Habe ich dann nicht sogar die Pflicht als Demokrat, mich dagegen zu wehren?

Denn was tut die Politik? Unser Außenminister-Darsteller Sigmar Gabriel machte sich in der Türkei zum Kasper, indem er dem dortigen Diktator mitteilte, daß die Bundeswehr eine Parlamentsarmee sei. Du sozialdemokratische Geistesgröße: Meinst Du etwa, der wußte das nicht? Was muß Erdogan denn noch tun, bis einige deutsche Politiker endlich merken, daß sie am Nasenring vorgeführt werden?

Ganz zu schweigen von der grünen Politiker-Mischpoke und ich benutze hier ausdrücklich das hebräische Wort für diese Unterstützer antijüdischer Umtriebe. Offensichtlich fühlen sich Roth & Co. ausländischen Terroristen und Völkermord-Befürwortern näher als ihren Landsleuten. Ach, ich vergaß: Sie habe ja gar keine Landsleute. Denn das würde voraussetzen, daß sie Deutschland als ihr Vaterland anerkennen würden. Noch weiter treiben es natürlich die Hurra-Pazifisten auf dem Kirchentag: Dort ist ein Deutscher schon ein "Nazi", wenn er deutsche Eltern und Großeltern hat.

Irgendwie erinnern mich die aktuellen Diskussionen an die Friedensmärsche Anfang der 1980er Jahre. Damals wurden Menschen mit einem berechtigten Anliegen (dem Wunsch nach Frieden) als nützliche Idioten Moskaus mißbraucht. Wir hatten seinerzeit als RCDS darauf hingewiesen und wurden von linksorientierten Fachschaften deshalb als "Nazis" beschimpft und ausgegrenzt. Mittlerweile ist umfassend belegt, daß wir Recht hatten. Jetzt fordern wieder Menschen, die selbst keinerlei Toleranz für eine andere Meinung haben, Toleranz für eine völlig intolerante Religion. Damit passen sie natürlich wunderbar zum Islam!

Aber genauso wie es mir im säkularisierten Staat gestattet sein muß, die katholische Kirche zu kritisieren, sollte mir das beim Islam ebenfalls erlaubt sein. Oder hat diese Religion in Deutschland etwa Sonderrechte? Offen gibt sich der Islam doch nur, solange er in der Minderheit ist - um am Ende seine eigentlichen Ziele zu erreichen. Oder kann mir irgend jemand einen islamischen Staat nennen, in dem nicht zumindest die Menschen- und Frauenrechte mit Füßen getreten werden? Eine eher rhetorische Frage. Denn die Realität (z.B. nach "CIA Factbook" oder Peter Hammonds "Slavery, Terrorism and Islam") sieht doch weltweit zumeist folgendermaßen aus:

Solange die muslimische Bevölkerung in einem Land unter 2 % bleibt, wird sie sich zum größten Teil als friedliebende Minderheit präsentieren. Bei 2 % bis 5 % beginnt sie, sich von anderen ethnischen Minderheiten durch Einforderung von Sonderrechten zu unterscheiden. Ab 5 % übt der Islam im Verhältnis zu seinem Prozentsatz in der Bevölkerung einen überproportionalen Einfluß auf die Gesellschaft aus.

Zum Beispiel wird auf die Einführung von Halal-Nahrung gedrängt. Wenn Muslime 10 % der Bevölkerung entsprechen, greifen sie zu gesetzlosen Mitteln, um ihre Beschwerden zu untermauern. In Paris brennen schon ganze Stadtteile. Jede Muslim-kritische Aktion beleidigt den Islam und führt zu Drohungen, Aufständen und Schlimmerem.

Nach dem Erreichen von 20 % sind Miliz-Formationen, sporadische Tötungen und die Verbrennung christlicher Kirchen und jüdischer Synagogen zu erwarten. Bei 40 % erlebt das Land weitverbreitete Massaker, laufende Terrorangriffe und Milizkriegsführung. Ab 60 % werden ungehindert Nichtgläubigen aller anderen Religionen verfolgt (einschließlich nichtkonformer

Muslimen). Es kommt zu sporadischen ethnischen Säuberungen und die Scharia wird als Waffe eingesetzt.

Bei über 80 % Muslimen sind tägliche Einschüchterungen und gewalttätiger Dschihad verbreitet. Es kommt zu größeren ethnischen Säuberungen und sogar Völkermord. Sind nahezu 100 % erreicht, sollte eigentlich Frieden herrschen, denn dann ist (fast) jeder ein Muslim. Leider wird der Frieden nie erreicht, da in diesen Staaten dann die radikalsten Muslimen die weniger radikalen Glaubensbrüder einschüchtern und töten.

Warum demonstrieren in Deutschland dann so viele FÜR mehr Toleranz und nicht GEGEN Auswüchse einer mörderischen Religion und deren Intoleranz? Demonstranten fordern damit letztlich Verständnis und Offenheit für ein System, das ständig Menschen umbringt. Deutschland ist außerdem das einzige Land der Welt, in dem sich die Einwohner den Zuwanderern anzupassen und ihre eigene Kultur aufzugeben haben, statt umgekehrt. Und wenn ich hierzulande als Warner vor dem Islam auftrete, hätte ich wahrscheinlich als Cassandra im alten Troja einen leichteren Stand gehabt.

Aber wie blind muß der deutsche Michel sein, um nicht zu sehen, wie der Islam und die Zuwanderung schon jetzt die Gesellschaft negativ verändert haben. Wie unsere Freiheit immer mehr beschnitten und Unfrieden gesät wird. Dazu reicht doch schon ein Blick auf die Überschriften der Tageszeitung DIE WELT eines einzigen Tages (31.7.17):

- Messerstecher Ahmad A.: "In unseren Akten taucht der Name nicht auf"
- Gefährliches Asyl: Die Kultur der Duldung zermürbt unser Land
- Attacke in Supermarkt: Das Regal mit den Messern ist jetzt leergeräumt
- Islamistischer Terror: "Ich mache euch fertig."
- Nach Messerattacke: "Wenn es um Sicherheit geht, steht der Senat auf der Bremse"
- Verfassungsschutz: Herrmann kritisiert steigende Enthemmung bei Gewalt
- Nach Hamburg-Attentat: Bosbach fordert Paßpflicht für Asylbewerber
- Ausreisepflichtige: Abschiebungen scheitern vermehrt an Widerstand der Migranten
- Terrorbekämpfung: CSU verheißt bayerische Sicherheit für den Rest der Republik
- Grüne über Migration: "Flüchtlinge werden nicht weniger, nur weil wir wegschauen"
- Flüchtlinge: Dann laßt uns doch eine Luftbrücke nach Afrika einrichten
- Sinfonie der Gewalt: 76 Stunden im Hamburger G20-Chaos
- World Trade Center: Weshalb die Türme einstürzten

Und sogar aus den Reihen der Träumer:

- Hamburg und Konstanz: Sehr nachdenkliche Töne von Dunja Hayali

Bei den Linken käme sicher keiner auf die Idee, daß rechtsradikale Taten nichts mit der Nazi-Ideologie zu tun haben könnten. Warum nehmen sie dann aber sakrosankt an, daß die Morde der Islamisten nichts mit dem Islam zu tun hätten? Die Realität ist doch: Der Islam greift ständig den Westen an. Wir befinden uns im Krieg. Und jeder der sehen will, kann das (wenn schon nicht in deutschen Medien) tausendfach im Internet verfolgen. Aber der Deutsche schaut sich lieber Katzen- und Pornovideos an. Vielleicht hat der Islam ja Recht, daß wir uns mit unserer Ignoranz selbst zu Grunde richten werden?

Apropos Internet und Medien: In Talkshows profilieren sich Sprecher islamischer Organisationen gerne als Vertreter eines friedlichen, toleranten Islams. Deshalb ein paar (zugegebenermaßen sehr vereinfachte) Begrifflichkeiten, die über die angeblich friedlichen Absichten des Islam nachdenken lassen:

"Islam" heißt nicht "Frieden", sondern "Unterwerfung"!

Schon Mohammed lehrte: "Kampf ist Täuschung". Lüge und Betrug sind anerkannte Bestandteile des Dschihad. Was ist demzufolge von der aktuellen "Friedfertigkeit" des Islam in Deutschland zu halten? Und waren zuletzt nicht (angeblich) gut integrierte Schläfer die schlimmsten Terroristen?

Der arabische Begriff "Haus des Krieges" bezeichnet alle Gebiete der Welt, in denen der Islam noch nicht Staatsreligion ist. Synonym kann man auch den Begriff "Gebiet des Unglaubens" gebrauchen. Nach traditioneller islamischer Auffassung kann es keinen Frieden mit diesem "Gebiet des Unglaubens" geben, sondern nur eine zeitlich begrenzter "Waffenstillstand". Der Dschihad gegen die Ungläubigen ist deshalb eben NICHT das Werk einiger durchgeknallter "Einzeltäter", sondern sogar heilige Pflicht für die Gesamtheit der Muslime. usw.

Wer also spitzfindig zwischen Islam und islamistisch unterscheidet, liebe Exegeten: Ein konsequent islamischer Staat ist IMMER islamistisch! Und wer sagt, daß es bei uns keine Islamisierung gebe, sollte sich einmal die Fakten betrachten etwa die Zunahme der Muslime und Moscheen in Deutschland innerhalb der letzten 50 Jahre.

Zusätzlich verstärkt durch die laufend sinkende Zahl der christlichen Kirchen. Außerdem können die Islamisierungs-Leugner offensichtlich kein Deutsch. Denn bei der Islamisierung handelt es sich um einen Prozeß und nicht um eine Momentaufnahme. Daher ist es völlig irrelevant, ob die Muslime in Deutschland NOCH in der Minderheit sind. Und nein, wir sind nicht erst dann islamisiert, wenn Frauen in Deutschland gesteinigt werden - um es sehr zuge-spitzt zu formulieren.

Apropos: Eine Steinigung kennt der Deutsche eigentlich nur aus Filmen wie "Das Leben des Brian", in dem eine Hinrichtung offenbar eine lustige Sache ist. Ähnlich niedlich und folkloristisch scheint auch das Bild des Islam bei vielen Landsleuten zu sein. Sie wollen gar nicht anders, als an Märchen aus 1001 Nacht zu glauben. Nur, wer diese Märchen historisch-realistisch betrachtet, gewinnt ein anderes, blutiges Bild.

Denn was steckt denn beispielsweise hinter den Eunuchen, die auch in musikalischen Werken wie Mozarts "Entführung aus dem Serail" nur als niedliche Männlein dargestellt werden: Millionen Sklaven, bei denen einfach die Geschlechtsteile abgeschnitten wurden - worauf der größte Teil jämmerlich verblutet ist. Und da wir gerade bei Leibeigenen sind: Selbst heute gibt es in islamischen Staaten noch Sklaverei. Liebe Träumer, sind euch solche Fakten bekannt?

Um zu wissen, wohin wir gehen, müssen wir wissen, woher wir kommen: Vieles läßt mich momentan an Gespräche mit meinen Großeltern zurück denken: Wer wollte, konnte schon im Nazi-Reich erfahren, was mit den Juden und anderen "unerwünschten" Personen geschah. Warum zum Beispiel der Rauch aus der nahen "Irrenanstalt" so "komisch" roch. Aber viele wollten sich einfach nicht der Realität stellen. Das gilt auch heute wieder! Denn wer die Flüchtlingsströme aus Krisengebieten im Moment nicht als Gefahr ansieht, sollte sich einmal das Buch "Massenmigration als Waffe" ("Weapons of Mass Migration", Cornell University) durchlesen.

Die letzten Jahre haben gezeigt: Islamistische Mörder können heute immer und überall zuschlagen. Unsere Gesellschaft hat sich schon jetzt merklich verändert. Es herrscht ein Klima der Angst, wie die "Rock am Ring-Unterbrechung" und die Panik in Turin gezeigt haben. Selbst die Multikulti-Gesellschaft muß ihren "Karneval der Kulturen" unter massivem Polizeischutz feiern.

Mich persönlich stört es einfach, wenn ich mittlerweile noch nicht einmal mehr einen Rucksack zum Open-Air-Konzert mitnehmen kann: Eine Beschneidung meiner Freiheit in jedem Sektor des Lebens. Als weiteres Beispiel könnte ich diesen immer größer werdenden Irrsinn an den Flughäfen aufzählen. Alleine damit stehlen mir diese Religions-Fanatiker doch das wertvollste, was ich besitze: meine Lebenszeit!

Mittlerweile ist selbst in Deutschland nachgewiesen, daß wir uns Mörderbanden ins Haus geholt haben. Oder wie soll ich es anders nennen, wenn sich "Flüchtlinge" selbst als ehemalige Taliban-Kämpfer outen? Und von verschiedenen Attentätern wissen wir inzwischen sicher, daß sie mit den Zuwanderern nach Europa gekommen sind. Ich behaupte, da sind noch viel

mehr Killer drunter. Oder ist die umgekehrte Annahme nach den bisherigen Erfahrungen etwa wahrscheinlicher?

Ist nicht die Ermordung des 17jährigen Niklas in Godesberg ein Fanal und ein Beispiel, was uns auch im Rest von Deutschland bald bevorstehen könnte? Aus dem einstmals mondänen Diplomaten-Ort ist innerhalb weniger Jahre eine zweifelhafte Heimat geworden: Am und um den Bahnhof lungern nachts "südländischen Gestalten" herum - und das Messer sitzt locker. Am Moltkeplatz hilft eher die türkische und arabische als die deutsche Sprache weiter. Natürlich gibt es im Restaurant nebenan keinen Alkohol mehr, schließlich bestimmen andere Kulturen schon längst, was in Deutschland erlaubt ist und was nicht. Würstchen-Verbote in Kindergärten lassen grüßen.

Ein weiteres Beispiel unter vielen für die Veränderung unserer Gesellschaft: Neulich wurden Besitzer von Metzgereien in Köln von Muslimen angepöbelt und bedroht, nur weil Deko-Schweine aus Pappe im Schaufenster standen. Gilt das Bilder-Verbot des Islam jetzt schon für Borstenvieh? Warum nicht gleich die Geschäfte kennzeichnen? Ich würde gelbe Ringelschwänzchen vorschlagen ...

Mir ist klar, daß ich sicher mit folgender Äußerung nicht den Preis für Nächstenliebe gewinnen werde. Aber als Einwohner eines Landes, in dem mir zumindest laut Grundgesetz die freie Meinungsäußerung gestattet ist, muß ich auch sagen dürfen: Nein, ich möchte diese Menschen nicht hier haben! Ich will zumindest keine Personen in Deutschland, die sich nicht eindeutig für unsere Demokratie aussprechen, unsere Art zu leben und unsere Grundwerte. Ich brauche keine Betrüger, die ihre Papiere "verlieren", ihr Handy aber nicht. Ich will in meiner Heimat keine Menschen, die Frauen verprügeln, Christen und Juden angreifen, uns Deutsche als "Opfer" sehen.

(Letzteres gilt übrigens nicht nur für Zuwanderer, sondern natürlich auch für linke und rechte Schläger, "die schon immer hier waren".)

Es könnte alles so einfach sein, gälte der gesunde Menschenverstand inzwischen nicht als politisch unkorrekt. Das sagt zumindest Klaus-Jürgen Gadamers. Oder anders ausgedrückt: Möglicherweise bin ich gar nicht islamophob, ich denke bloß selbst. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 9. August 2017: >>>**Mehr Patriotismus wagen!**

Deutschland ist ein großartiges Land. Warum tun wir uns so schwer damit, stolz auf dieses Land zu sein? Kaum ein Volk hat das schlechte Gewissen wegen seiner eigenen Identität so verinnerlicht wie die Deutschen. Die perfektionierte Selbstverleugnung und der ängstliche Eifer, bloß nicht "typisch deutsch" daherzukommen, wirken auf andere genau so: typisch deutsch. Und das macht uns in der Welt nicht beliebter, sondern läßt das Mißtrauen wieder wachsen.

Für einen Italiener oder Briten, einen Franzosen oder Polen ist Stolz auf das eigene Land eine Selbstverständlichkeit. Es ist die Grundlage eines Zusammengehörigkeitsgefühls, über das man nicht erst diskutieren muß.

Sie stehen zu ihrem Land, mit allen historischen Höhen und Tiefen, und sind gerade deswegen gute Europäer, weil sie ihren festen Platz kennen.

Die Sehnsucht, den eigenen Staat und die eigene Identität in einem nebulösen europäischen Superstaat auflösen zu wollen und nur noch "gute Europäer" zu sein, ist eine deutsche Besonderheit. Sie kommt den Nachbarn verdächtig vor - mit gutem Grund. Denn sie alle verfolgen ihre eigenen nationalen Interessen, wenn sie sich auf die europäische und internationale Bühne begeben.

Je mehr die seltsamen deutschen Politiker beteuern, nur dem europäischen Gedanken, den Menschenrechten und dem Weltfrieden zu dienen und dabei keine eigenen Interessen im Sinn zu haben, desto argwöhnischer unterstellt man ihnen, einen Geheimplan zur Weltherrschaft in

der Schublade zu haben.

Denn der Nationalstaat ist alles andere als überholt. Politik ist auch im globalen 21. Jahrhundert Staatenpolitik. Die Staaten sind die handelnden Figuren auf der politischen Bühne, auch wenn sie sich - als EU oder UNO, als afrikanische, nordamerikanische, asiatische oder eurasische Organisationen - zu überregionalen Staatenbündnissen zusammenschließen.

Denn nur die Staaten haben völkerrechtliche Legitimität und nur im Nationalstaat kann es auch Demokratie und Sozialstaat geben.

Ohne Nationalstaat kein Staatsvolk, ohne Staatsvolk keine demokratische Legitimation und Willensbildung und keine soziale Solidarität.

Wenn die Kanzlerin behauptet, jeder gehöre zum Volk, und die SPD auch noch jedem Immigranten das Wahlrecht nachwerfen will, legen sie die Axt an die Wurzeln der Demokratie.

Nationalstolz ist normal und kein Verbrechen

Wir Deutschen haben keinen Grund, unseren Staat und das, was Generationen aufgebaut haben, leichtfertig an alle Welt zu verschenken und zu verschleudern. Fast ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es höchste Zeit, die deutschen Nationalneurosen zu überwinden.

Auch die Deutschen haben eine Geschichte, auf die sie stolz sein können, ohne die finsternen Jahre des Nationalsozialismus und seine Verbrechen dabei auszublenden. Die deutsche Einheits- und Freiheitsbewegung, die in der Aufklärung wurzelt, die Reformer und Freiheitskämpfer des 19. Jahrhunderts, das Hambacher Fest und die Märzrevolution von 1848 hervorgebracht hat, die Republik von 1919, der Widerstand gegen Hitler und gegen die kommunistische "DDR-Diktatur" bis zur friedlichen Revolution und zum Mauerfall 1989 bieten Anknüpfungspunkte genug, um selbstbewußt in die Zukunft zu gehen.

Der "German Genius", dem ein britischer Historiker unlängst ein respektvolles Standardwerk gewidmet hat, wird in der Welt ebenso geschätzt wie deutsche Tüchtigkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Effizienz, eine der Grundlagen des weltweiten Erfolgs unserer Industrieprodukte und damit unseres Wohlstands.

"Typisch deutsch" ist in weiten Teilen der Welt noch immer ein Ausdruck der Anerkennung.

Wir sollten uns nicht selbst schlechter machen, als andere uns sehen und endlich mehr Patriotismus wagen.

Verspielen wir nicht unser Erbe!

Erinnert sich noch jemand an das "Sommermärchen" 2006? Deutschland als Austragungsort der Fußball-WM in einem fröhlichen Meer von Schwarz-Rot-Gold, die Welt zu Gast bei Freunden, Erleichterung im europäischen Ausland: Die Deutschen sind endlich normal geworden und haben ein entspanntes, positives Verhältnis zu ihrem Land und ihren Nationalsymbolen gefunden.

Das war gerade mal ein halbes Jahr nach Angela Merkels erster Wahl zur Bundeskanzlerin. Nach zwölf Merkel-Jahren hat sich das Bild dramatisch geändert. Die Szene, wie die Parteichefin nach ihrem dritten Wahlerfolg 2013 ihrem linkischen damaligen Generalsekretär Hermann Gröhe am Wahlabend ein Deutschlandfähnchen entwindet und es verärgert von der Bühne wirft, steht dafür als Symbol: Deutschland ist zur Abwicklung freigegeben.

Mit einer Mischung aus ungläubigem Staunen, verhaltenem Entsetzen und da und dort auch heimlicher Schadenfreude beobachtet die Welt seit Jahren, wie Deutschlands politische Klasse das eigene Land und seine Stärken demontiert:

- wie sie den Wohlstand und das Volksvermögen der eigenen Bürger verpfändet, um gescheiterte Krisenstaaten in der Euro-Währungsunion zu halten und sich dafür auch noch als "Unterdrücker" beschimpfen läßt;

- wie sie mit einer irrationalen "Energiewende" die sichere deutsche Energieversorgung zerschlägt, Bürgern und Industrie unerträglich hohe Energiekosten aufbürdet und die europä-

ischen Stromnetze bis an die Belastungsgrenze strapaziert;

- wie sie noch eine "Mobilitätswende" obendrauf setzen will und im Griff grün-linker Öko-Ideologen einen Vernichtungsfeldzug gegen den Dieselmotor und damit gegen die eigene Automobilindustrie führt;

- wie sie die Kontrolle über die eigenen Grenzen aufgegeben hat, millionenfache Einwandererströme eingeladen hat und andere EU-Staaten moralisch erpressen will, sich an der Aufnahme dieser Ströme zu beteiligen.

Dieser Moralimperialismus hat Deutschland politisch isoliert und einen tiefen Keil zwischen die europäischen Staaten getrieben. Noch 2013 bewunderte der damalige Londoner Bürgermeister Boris Johnson Deutschland als Vorbild für Europa. Inzwischen ist Großbritannien wegen der Berliner Asylpolitik aus der EU ausgetreten, Austrittsbefürworter Johnson ist Außenminister, und der britische Politologe Anthony Glee schüttelt den Kopf über den "gefühlsgeliteten Hippie-Staat" Deutschland, der alle Regeln bricht.

Mit ihrer "Willkommenskultur" hätten die Deutschen "ihr Gehirn verloren".

Im Norden und Osten der EU formiert sich erbitterter Widerstand gegen die Merkel-Politik, weil Dänemark das Land der Dänen, und Polen das Land der Polen bleiben soll. Damit wir als Deutsche die Achtung der Welt nicht vollends verlieren, müssen wir diesen Sonderweg aufgeben, uns zur eigenen Identität bekennen und zu einem gesunden Patriotismus zurückfinden.<<
Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 9. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Die Wahlen im September sind entschieden. Wenn die Meinungsforscher recht haben. Und die haben immer recht. Fragen ja nur die Meinung ab, die sie hören wollen. Gut, manchmal kommt ein Brexack dazwischen. Oder ein Drecksack mit Fönwelle.

Aber sonst? Felix FPÖ konnte den GRÜNEN-Präsidenten nicht verbellen. Die holländischen Tulipane haben nur links Kleinholz gemacht. Und die Guillotine-Gallier lavierten ihre Marine nicht mal an einem "Monsieur Null Ouvert" vorbei in den Präsidentenpalast.

Jetzt also die Germanen!! Merkel zum Ersten - zum Zweiten - zum Dritten - und zum ...Vierten! And the Michel goes to... Angela!

Wenn also klar ist, wie die "Deutschland-Auktion" ausgeht - wer das Land der Kapitalisten und Kaputtmacher die nächsten vier Jahr weiter in den Schlaf lullen darf - warum noch wählen gehen? Weil es unsere demokratische Pflicht ist? Ist es nicht. Nur unser Recht! Pflicht war es bei der "Deutschen Demokratischen" SED. Weil die Völker die Signale hören sollten: 97,8 Prozent der Werktätigen wollen Sozialismus. So etwas schaffen heute nur noch die Sozis im kleinen Kreis, wenns um den Kanzlerkandidaten geht. Dann sogar zu 100 Prozent.

Wohin das führt, sehen wir: SPD im Keller. SED-LINKE, GRÜNE noch tiefer. FDP etwas nach oben geföhnt. CSU drehhofert sich ins "Aus". Also wieder Angela v. Watschel, Reichsverweser/in von Kohls Gnaden! Und alles bleibt, wie es war: Grenzen als Hülle, Moslems die Fülle. Und nie mehr Not, für immer Rot. Und Rotkäppchen, klar, Rot kann man eines Tages nur noch Blau ertragen.

Die AfD ist blau, farblich! Alternative für Deutschland. In Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen, Brandenburg ist sie es schon. In Bayern, Baden Württemberg, Rheinland-Pfalz auch. In NRW, wo es was bringen würde, holt derzeit nur ein Bergmann und Ex-SPD-Genosse richtig Stimmen. "Richtig"? Um die 20 Prozent. Bis jetzt nur in Essen.

Also doch: Wählen!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 9. August 2017: >>Die Goldene Hoftrompete für den Monat Juli geht an: Die ARD

Spötter meinen schon länger, daß die "ARD-Tagesschau" sich von der "Aktuellen Kamera" des "DDR-Fernsehens" vor allem dadurch unterscheidet, daß Letztere die Zuschauer doppelt so lange gelangweilt hat. Dafür gibts heute Propaganda-Lautsprecher wie die Merkel-Ver-

ehrerin Sabine Rau aus dem rot-grünen WDR-Stall.

Da erklärt der Europäische Gerichtshof (EuGH) die EU-Asylregeln des Dublin-III-Abkommens weiterhin für gültig - und was kommentiert "Expertin" Sabine Rau in der "Tagesschau"? Die Bundeskanzlerin habe ja bereits "konkrete Maßnahmen eingeleitet" - im CDU-Wahlprogramm stehe doch schon der Satz, "was 2015 passiert ist, darf sich nicht wiederholen".

"Passiert" ist, daß die Kanzlerin das Recht gebrochen hat und bis heute bricht. So wie die Versprechen in ihren Wahlprogrammen übrigens. Frau Rau juckt so was nicht. Zum Lobe Merckels legt sie sogar noch die steile Behauptung drauf, an der "deutsch-ungarischen Grenze" gebe es jetzt ja "stärkere Kontrollen". So viel geballte und geographische Medienkompetenz muß uns schon acht Milliarden Euro Zwangsgebühren jährlich wert sein.

Die Anfrage eines aufmerksamen Rechtsanwalts, wo diese "ungarisch-deutsche Grenze" denn verlaufe, blieb übrigens unbeantwortet. Die "Tagesschau" hat das peinliche Video auch eilig gelöscht. Macht nichts: Das Internet vergißt nichts, wir auch nicht. Das ARD-Hauptstadtstudio steht zu dem grotesken Auftritt seiner Mitgründerin und zeigt den Kommentar – zumindest bis Redaktionsschluß - weiter auf seinem Blog. Die "Goldene Hoftrompete" haben sie sich damit redlich verdient.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 10. August 2017 (x892/...): >>Erscheinungsformen des Sozialismus

Buchbesprechung Igor R. Schafarewitsch: Der Todestrieb in der Geschichte.

"Demographisch, demokratisch, kulturell, moralisch und ökonomisch zehrt der Westen heute von der Vergangenheit. Und lebt auf Kosten der Zukunft. So ist das im Sozialismus." So beginnt der Text auf der Rückseite eines Buches, das wir unbedingt und ohne Einschränkung empfehlen wollen.

Es ist ja eine leicht nachweisbare Tatsache, daß der Sozialismus, wo immer er ausbrach, letztlich gescheitert ist. Das wäre gut, wenn er nicht nach den jeweiligen Zusammenbrüchen immer wieder Ruinen, Trümmer und Wüsteneien hinterlassen hätte, und das auch in Ländern, die alle Voraussetzungen für blühendes Leben haben: denken wir an die DDR, denken wir aktuell an das gerade zusammenbrechende, an Erdöl reiche Venezuela. Und ein weiteres Übel kommt hinzu.

Wenn in einem wissenschaftlichen Labor ein Experiment 142 mal scheitert, wird der leitende Wissenschaftler irgendwann zu dem Schluß kommen, daß an dem Experiment etwas nicht in Ordnung ist. Er wird es abbrechen, wenn der Schaden so unermesslich groß zu werden droht.

Nicht so im Sozialismus. Die unzähligen gescheiterten Versuche entmutigen die jeweiligen Adepten des Menschenversuchs "Sozialismus" keineswegs, und unvergessen ist der ungehörte Ausspruch eines solchen Adepten im höheren Lehramt, der nach 1989 und den vermuteten Scheitern des Sozialismus in der DDR lächelnd fragte, welcher Sozialismus denn da gescheitert sei.

Und, ja: der eine oder andere fragt sich inzwischen wohl doch, ob denn die BRD von heute nicht doch eher eine DDR mit Bananen, Videorekordern, Reisefreiheit und etwas bequemeren Autos sei.

Der 1923 geborene russische Mathematiker und Philosoph Igor Rostislawowitsch Schafarewitsch hat 1975 auf französisch das Buch veröffentlicht (englisch und deutsch erschien es 1980), über das wir hier reden. Erst nach dem Ende der Sowjetunion konnte es auf russisch erscheinen.

Es handelt sich um eine fundierte und bestens belegte Studie über die Grundzüge der tödlichen sozialistische Ideologie, die im Laufe der Geschichte, so Schafarewitsch, nicht isoliert in der Neuzeit auftauchen, sondern als fester Bestandteil der Menschheitsgeschichte schon seit der europäischen Antike wie auch in anderen, außereuropäischen Kulturen. Schafarewitsch macht das an leicht nachvollziehbaren Kriterien fest: es ist der die Geschichte

durchziehende Kampf gegen Privateigentum, Tradition, Familie und Religion.

Daß dieser zerstörerische Kampf gegen die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft heute zumindest in Europa in ein entscheidendes Stadium eingetreten ist, läßt sich an allseits bekannten Beispielen ganz einfach nachweisen.

Der historische Teil seiner Studien ist höchst informativ - und daß auch Heilige solchen Anwendungen teilweise unterliegen können, zeigt nur, daß Heiligkeit nicht zwangsweise mit (politischer) Unfehlbarkeit einhergehen muß.

Das Glanzstück aber ist unserer Ansicht nach der dritte Teil, die Analyse, in der Schafarewitsch mit mathematischer Genauigkeit und Gründlichkeit (uns sind keine linken, gar revolutionären Mathematiker bekannt, das liegt anscheinend in der Natur der Sache) dem Sozialismus auf den Grund geht, Konturen, Betrachtungsweisen, "Verwirklichungen" untersucht, Sozialismus und Individualität als Gegensätze erläutert und letztlich, am Schluß, gegen das Ziel des Sozialismus immunisiert. Und zwar nachhaltig.

Das wichtige Buch war, wen wundert es, lange vergriffen. Dem Lichtschlag-Verlag sei für die Neuauflage gedankt, die Lektüre wird (gerade in diesen Vorwahl-Zeiten!) unbedingt empfohlen.

Igor R. Schafarewitsch: Der Todestrieb in der Geschichte. Erscheinungsformen des Sozialismus. Lichtschlag Edition Klassiker, Grevenbroich 2016, 469 S. ... <<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 12. August 2017: >>Wenn die AfD klingt wie die antiimperialistischen Linken

In der Schlange vor dem "Halber 85" vertreibt man sich die Zeit mit Gesprächen übers Wetter. Der Himmel über Magdeburg ist grau, es nieselt. Und einige Leute wissen genau, warum: "Es werden Schwermetalle in die Luft geblasen. Von Flugzeugen aus. Dadurch bilden sich Wolken. Und dadurch werden wir lethargisch. Es gibt ja in Deutschland keine Männer mehr." Aber wer macht das? Wissendes, mitleidiges Lächeln: "Wer wohl? Die, die man nicht nennen darf. Sagen wir: Amerikaner." Willkommen in der Welt der Teilnehmer des "AfD-Rußland-Kongresses".

Geladen hat die AfD-Landtagsfraktion von Sachsen-Anhalt. Gekommen sind mindestens 250 Menschen, der Saal ist bis auf den letzten Platz besetzt. Die meisten entsprechen dem Klischee: Männer in dem, was man euphemistisch "besten Alter" nennt. Es sind aber auch viele junge Männer dabei. Kaum Frauen. Viele Teilnehmer sind Rußlanddeutsche.

Moderatorin Katrin Ziske vom "Compact Magazin für Souveränität" begrüßt sie auf Russisch. Die AfD ist die einzige Partei, die gezielt die Rußlanddeutschen anspricht, mit eigenen russischsprachigen Medien, über Interviews im russischen Staatssender "RT Deutsch", und seit Kurzem mit einer "Interessengemeinschaft der Rußlanddeutschen in der AfD".

Deren Vorsitzender Waldemar Birkle, der in Kasachstan geboren wurde und sich in seinem Pforzheimer Wahlkreis um ein Direktmandat für den Bundestag bemüht, vergleicht in seiner Rede die Rolle der Aussiedler für die AfD mit der angeblich bestimmenden Rolle der Türken in der SPD. Freilich würden die Rußlanddeutschen wie die Russen, aber anders als die Türken, noch die deutschen Tugenden verkörpern, die heute aber hierzulande als spießig belächelt würden.

Durch die Umerziehung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg seien sie zu einem Volk ohne Geschichte geworden, so Birkle - oder mit nur einer Geschichte, der Nazigeschichte. "Wer aber die eigene glorreiche Geschichte nicht kennt, kann darauf nicht stolz sein." Diese Geschichtslosigkeit diene den "Strippenziehern hinter dem großen Teich". Für diese amerikanischen Strippenzieher habe Rußland "zwei Probleme: Bodenschätze und einen gesunden Patriotismus", der nicht zulasse, daß Fremde sie ausbeuten. Rußland werde heute von den Amerikanern für alles verantwortlich gemacht, wie früher Deutschland. Schon darum gehörten diese beiden Völker zusammen.

Rabiate Antiamerikanismus und Fremdenhaß

In der Tat wäre es ehrlicher gewesen, den Rußland-Kongreß einen "Antiamerika-Kongreß" zu nennen - oder wie es Robert Farle ausdrückt, jahrelanger Funktionär der moskautreuen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in Nordrhein-Westfalen, heute Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD in Sachsen-Anhalt: einen Kongreß "gegen den Versuch des US-Imperialismus, Europa zu unterjochen". Das Vokabular jedenfalls mußte Farle beim Parteienwechsel nicht ändern.

Schließt man die Augen (denn die Teilnehmer wären jünger und weiblicher, die Männer behaarter und mit einer Neigung zu Lederjacken und Jeans), könnte man sich tatsächlich auf einem Kongreß der Außerparlamentarischen Opposition Ende der 1960er Jahre oder der anti-imperialistischen Linken heute wähnen.

Hans-Jörg Müller etwa, Bundesvorsitzender des AfD-Mittelstandsforums, wettet gegen die "Neoliberalen und Neocons um Jeffrey Sachs", die nach dem Ende der Sowjetunion Rußlands Industrie im geopolitischen Auftrag der USA zerstört hätten. Seit hundert Jahren sei es Politik der USA, Deutschland und Rußland gegeneinander zu hetzen, um die amerikanische Herrschaft über Europa aufrechtzuerhalten, das habe der Geostratege George Friedman zugegeben. Und Condoleezza Rice, Beraterin von George W. Bush, habe empfohlen, Krisen in Europa zu provozieren, um einen sich abzeichnenden deutsch-russischen Block zu zerstören.

An diesem Punkt wird die Illusion, man befinde sich auf einer linken Veranstaltung, jäh zerstört, als mein Nachbar unter allgemeinem Lachen in den Saal hineinruft: "Nicht alle Neger sind blöd!" Tatsächlich verbindet ein Mann wie Müller, der als Vertreter diverser deutscher Firmen - darunter VW - in Rußland gearbeitet hat und regelmäßig nach Moskau fährt, um mit der russischen Industrie- und Handelskammer einen "Meinungsaustausch" zu pflegen und dortigen Medien Interviews zu geben, einen rabiaten Antiamerikanismus mit einem ebenso rabiaten Fremdenhaß.

731 Konzerne der "US-Finanzindustrie", so Müller in einer Rede am 13. August 2016, würden die Welt beherrschen und alle europäischen Politiker kontrollieren. Sieben Milliarden Menschen würden zu "Arbeits- und Konsumsklaven" dieser Finanzkonzerne gemacht. Der von der Europäischen Union eingeleitete "Bevölkerungsaustausch" durch Masseneinwanderung und der "kommende Bürgerkrieg" in Deutschland dienen dem Ziel der "Gleichschaltung der Welt" im Interesse dieser Finanzmagnaten: "Wenn von Moral gesäuselt wird, geht es immer nur um Macht und Geld."

Man mag all diese Verschwörungstheorien abtun als überzogene Rhetorik, die wenig zu tun habe mit der realen Politik der AfD. Als jedoch André Poggenburg, Landesvorsitzender der AfD, Fraktionsvorsitzender im Landtag und Mitglied des Bundesvorstands gefragt wird, wie man denn politisch unabhängig handeln könne, da Deutschland eine "Kolonie" sei, weist er die Unterstellung nicht etwa zurück, sondern erklärt:

"Wir verlieren die Frage der Souveränität nicht aus den Augen. Wir sind für den Abzug der US-Truppen aus Deutschland. Und in einer nur von den USA geführten Nato wollen wir als Deutsche nicht bleiben. Zurzeit gibt es nur noch einen, der den Ton angibt, und drum herum nur Vasallen. Wir haben das als AfD ganz fest im Auge."

Der Kampf um die Stimmen der Rußlanddeutschen

Früher wählten die Rußlanddeutschen in Berlin die CDU, jetzt könnte sogar die AfD hoch im Kurs stehen. Grund ist offenbar auch mangelndes Vertrauen in Merkels Flüchtlingspolitik.

Damit geht der Kongreß in die Mittagspause. Es gibt, passenderweise, Soljanka. Nach der Pause ist Algis Klimaitis angekündigt. Der Sohn eines litauischen Paramilitärs und Nazi-Sympathisanten, der unter deutscher Führung an Judenpogromen beteiligt war, meint, Vertreter der satanistischen und okkulten Eliten wollten über ein "Programm der Rassenvermischung" die Beseitigung der Nationen, Religionen und Familie bewerkstelligen, mittels ei-

ner gezielten Masseninvasion von Muslimen.

Wenn für Müller die Bösewichter Sachs und Friedman heißen, sind es für Klimaitis "Adorno-Wiesengrund", Max Horkheimer und Ernst Bloch. Daß alle Genannten jüdische Wurzeln haben, ist natürlich kein Zufall. Gemessen an solchen Haß-Exegesen wirkt die Vorstellung einer Ruhigstellung der Deutschen per Schwermetalle in den Flugzeugkondensstreifen beinahe harmlos.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. August 2017: >>**Planwirtschaft läßt grüßen**

Erich Honecker hätte am "Dieselgipfel" seine helle Freude gehabt: Die Autohersteller müssen antreten, um sich von der Politik sagen zu lassen, unter welchen Bedingungen sie weiter Autos bauen dürfen - und welche. Daß man nur ein weiteres überschaubares Lösegeld an die Umverteilungspolitiker bezahlen muß und Massenenteignungen der Kunden durch Fahrverbote noch mal abgewendet werden konnten, feiern sie schon als Erfolg.

Nach der faktenfreien Panik, mit der zuletzt Atomausstieg und "Energiewende" inszeniert und übers Knie gebrochen wurden, offenbart die geschürte Hysterie um Feinstaub und Diesel-Emissionen ein weiteres Mal den bedenklichen Geisteszustand der tonangebenden Kräfte in einem Land, das immer noch zu den führenden Industrienationen der Welt zählt.

Der "Diesel-Skandal" ist ein Phantomproblem

Die Zutaten sind skrupellose Öko-Lobbyisten und bornierte Sektierer in Politik und Medien, die bedenkenlos den industriellen Kern demontieren; eine opportunistische Regierungspartei, die vom Fürsprecher ökonomischer Vernunft und unternehmerischer Freiheit zum Handlanger ideologiegetriebener Wirtschaftshasser und Technikfeinde geworden ist; hasenfüßige Fachleute und Konzernlenker, die sich in ihrer Subventionsmentalität weiter an die Politik klammern und vor dem grün-linken Zeitgeist einen Kotau nach dem anderen vollführen, statt seinen Zumutungen energisch und rational zu widersprechen.

Der "Diesel-Skandal" ist ein Produkt dieser Konstellation. Nüchtern betrachtet ist er ein Phantomproblem: Die Luft in Deutschland ist rein wie nie zuvor in einem Industrieland, die Autoabgase schadstoffärmer denn je, allein die vor allem bei Dieselaggregaten anfallenden Stickoxid-Emissionen sind im letzten Vierteljahrhundert um 70 Prozent gesunken.

Trotz aller Erfolge mißbrauchen Lobbyisten mit Öko-Etikett und die von ihnen getriebene Politik ihre gewachsene Macht, um die Autoindustrie mit immer schärferen Grenzwerten zu treiben, die längst jedes vernünftige Maß hinter sich gelassen haben. Die zulässige Stickoxid-Belastung im Straßenverkehr ist inzwischen zwanzigmal niedriger als am Arbeitsplatz.

Die Autos, die die Kunden kaufen wollen und mit denen die Industrie Geld verdienen kann, können diese Anforderungen objektiv kaum erfüllen. Die Hersteller haben sich trotzdem auf das Spiel eingelassen und das Nicht-Machbare versprochen. Mit dem Hintergedanken, sich mit Trickereien aus der Affäre zu ziehen, und in der Hoffnung, die Politik werde sie schon decken, um die Kuh nicht zu schlachten, an der die wichtigste Wertschöpfungskette im Lande hängt.

Auf dem Weg in die automobilen Planwirtschaft

Diese Strategie ist an der Gnadenlosigkeit der Öko-Lobbyisten und Grün-Ideologen und an der Unterwürfigkeit der Politik gegenüber ihrer medialen Deutungsmacht grandios gescheitert. Denn bei der Panikmache mit absurden Grenzwerten und aus fiktiven Annahmen errechneten Horrorstatistiken über "Feinstaub- und "Dieseltote", die in letzter Konsequenz jedes Fahrzeug zur mörderischen Dreckschleuder stempeln, geht es längst nicht mehr um vorgegebene hehre Ziele wie Luftreinhaltung und öffentliche Gesundheit.

Mit der massiven Kampagne gegen den Dieselantrieb ist Deutschland auf Siebenmeilenstiefeln auf dem Weg in die automobilen Planwirtschaft. Nicht nur ein vermeintlich "umweltschädlicher" Antrieb soll verdrängt und aus dem Verkehr gezogen werden, die individuelle Mobili-

tät und damit ein wesentliches Stück Bürgerfreiheit selbst steht zur Disposition. Die Bürger sollen umerzogen und gezwungen werden, bestimmte Fahrzeuge zu kaufen und andere nicht, und die Hersteller sollen ebenfalls ans Gängelband gelegt werden und ihr Angebot an ideologischen und politischen Vorgaben ausrichten.

Dem gelernten "DDR-Bürger" mag das seltsam bekannt vorkommen. Der "Trabant" der grünen Planwirtschaft ist das Elektroauto. Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen bleibt es ein Prestigespielzeug für Wohlhabende, das noch dazu von der Allgemeinheit zwangssubventioniert werden muß. In Flexibilität, Reichweite und individueller Bewegungsfreiheit ist der E-Antrieb dem Verbrennungsmotor unterlegen und wird es auf absehbare Zeit auch bleiben.

China ist kein Vorbild

Man mag den Furor belächeln, mit dem von Lehrern, Politologen und Studienabbrechern dominierte Grünen-Parteitage Totalverbote für Verbrennungsmotoren fordern oder der Sozialpädagoge Cem Özdemir der Autoindustrie erklären will, wie das Auto der Zukunft aussehen soll, und Bundeskanzlerin Merkel noch vor kurzem das Planziel von einer Million Elektroautos in ein paar Jahren ausgegeben hat.

Der rasante Vormarsch des Ungeists der sozialistischen Planwirtschaft in Politik und Öffentlichkeit sollte indes ebenso entschiedenen Widerspruch wecken wie die Begeisterung, mit der die Propagandisten der Elektromobilität die kommunistische Einparteiendiktatur China als Vorbild preisen. Peking geht es um handfeste wirtschaftliche Interessen: Ein Drittel der Wertschöpfung beim Bau eines Elektroautos findet in der Akkuproduktion statt. Und da hat das Reich der Mitte gegenüber den europäischen Motorenherstellern die Nase vorn.

Wie der Autoantrieb der Zukunft aussehen könnte, wird nicht in Politbüros und staatlichen Planungskommissionen entschieden, sondern im von dirigistischen Bevormundern möglichst ungehinderten freien Spiel von Markt und Forschergeist. Kaiser Wilhelm II. glaubte noch, die Zukunft gehöre dem Pferd; er war aber klug genug, nicht alles andere verbieten zu wollen. Planwirtschaft bedeutet schlechtere Versorgung zu höheren Preisen, das können die Nachwendedeutschen gerade an der "Energiewende" lernen. Diesem Fehlgriff auch noch eine verordnete "Mobilitätswende" folgen zu lassen, könnte Deutschland das industrielle Rückgrat brechen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 16. August 2017: >>**Merkels Flüchtlinge!**

Es war das übliche Beschwichtigungsritual: Als Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) im Frühjahr die Kriminalstatistik für das Jahr 2016 vorstellte, besänftigten die Berliner Schalmeibläser: Alles nicht so schlimm, die Gesamtzahl der Straftaten (rd. 6,3 Millionen) habe sich im Vergleich zum Vorjahr nicht erhöht. Tatsächlich aber dürfte keine Kriminalstatistik so brisant sein wie die aktuelle.

- 100 Prozent mehr Morde
- 130 Prozent mehr Gruppenvergewaltigungen
- 93 Prozent mehr Körperverletzungen

Fakt ist: Die Zahl tatverdächtiger Zuwanderer stieg 2016 um 52,7 Prozent auf 174.438 Asylbewerber, sogenannte (nicht anerkannte) Flüchtlinge und Personen mit unerlaubtem Aufenthalt stellten damit 8,6 Prozent aller rund 2 Millionen Tatverdächtigen (2015: 5,7 Prozent). Tendenz stark steigend!

Im Einzelnen: Bei Taschendiebstählen betrug der Zuwanderer-Anteil 35 Prozent, bei Ladendiebstählen waren es 16,8 Prozent aller Tatverdächtigen, bei Raubdelikten 14,3 Prozent, bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung sowie gefährlicher und schwerer Körperverletzung je 14,9 Prozent.

Die wahre Brisanz der Statistik offenbart sich jedoch erst beim Lesen des Kleingedruckten (Deliktzunahmen):

- In der Rubrik "Mord" stieg die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber um 100 Prozent!
- Bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung waren 120 Prozent mehr Asylbewerber tatverdächtig!

- Noch extremer der Anstieg beim Delikt "Gruppenvergewaltigung": plus 130 Prozent!

- Gefährliche und schwere Körperverletzung nahmen um 93 Prozent zu.

Vollends deutlich wird die Aussagekraft dieser Zahlen aber erst, wenn man sie unter Berücksichtigung des jeweiligen Bevölkerungsanteils ins Verhältnis zur Zahl der deutschen Tatverdächtigen setzt. Dann ergibt sich folgendes Bild:

- Asylbewerber waren 2016 in Bezug auf die Gesamtkriminalität (alle Straftaten) mehr als 600 Prozent auffälliger als Deutsche. Wobei unter "kriminellen Deutschen" auch solche mit Migrationshintergrund und Doppelpaß erfaßt sind.

- Bei der Gewaltkriminalität waren "Flüchtlinge" sogar 1.400 Prozent auffälliger als Deutsche

- also 14-mal so oft!

Aber "Flüchtlinge" waren auch doppelt so kriminell wie alle anderen Ausländer:

Unter 100.000 Deutschen waren 1.913 Tatverdächtige, unter 100.000 Ausländern 6.847 Tatverdächtige und unter 100.000 "Flüchtlingen" 13.930 Tatverdächtige - Verstöße gegen das Ausländerrecht nicht mitgerechnet.

Die offizielle Statistik dürfte nur die Spitze eines Eisberges sein. Der maßgebliche Begriff "Tatverdächtiger" ist nämlich dahingehend definiert, daß es sich um polizeilich gründlich ermittelte Tatbeteiligte handelt, die der Justiz zur Anklageerhebung übergeben werden können. Die Fälle werden also polizeilich als gelöst ad acta gelegt.

In der Statistik schon gar nicht enthalten sind die vielen "Einzelfälle", wie sie tagtäglich in fast jedem Polizeibericht und in Fahndungsaufrufen vorkommen: "Gesucht wird / tatverdächtig ist ... ein Mann mit dunkler Hautfarbe, dunklem Teint, südländischem Aussehen usw." Da kann man nur ahnen, woher der Nafri-Wind weht.

In der Statistik ebenfalls nicht erfaßt: In vielen Städten wie z.B. Lübeck ist der Drogenhandel inzwischen fest in der Hand von "Flüchtlingen".

Bei nüchterner Analyse wird klar: Der extreme Anstieg der Straftaten von "Flüchtlingen" läßt sich nicht damit erklären, daß die Zahl der Asylbewerber 2016 um "nur" 25 Prozent angestiegen ist. Die alarmierende Zunahme von - um im Bilde zu bleiben - "Verbrechen mit Migrationshintergrund" offenbart nach Auffassung von Kriminologen vielmehr eine zunehmende Brutalität, Gewaltbereitschaft und Habgier unserer "Gäste".

Dazu eine aktuelle einmonatige Momentaufnahme: Allein zwischen dem 12. Juni und dem 10. Juli stellte die Bundespolizei 6.125 Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht, 4.546 unerlaubte Einreisen und 812 Drogendelikte fest. Außerdem wurden in diesem Zeitraum 782 Haftbefehle vollstreckt. In dem Bericht heißt es: "Allein schon diese Ergebnisse sprechen für einen Mehrwert der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den deutschen Binnengrenzen". Der Innenminister soll Weisung erteilt haben, den Bericht nicht zu veröffentlichen. Offenbar, weil die Bundesregierung vor der Wahl eine Debatte über neue Grenzkontrollen vermeiden will.

Schmunzelnd zeigt sich Kanzlerin Merkel mit Pustemund und Knautschgesicht auf den CDU-Wahlkampfmotiven. Umhüllt von den Nationalfarben Schwarz, Rot und Gold blickt die Kanzlerin auf ihrer zentralen Broschüre versonnen nach links unten, in Richtung des CDU-Mottos: "Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben". Die Botschaft der 20 Millionen Euro teuren Kampagne: "Weiter so!"<<

Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach schrieb am 16. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Verfolgung von Christen und Andersgläubigen - auch in Deutschland

Seit vielen Jahren sehe ich mit großer Sorge die zunehmende Verfolgung von Christen und

anderen religiösen Minderheiten. Mittlerweile beziffert die Hilfsorganisation "Open Doors" die Anzahl der Christen unter Verfolgungsdruck auf weltweit 200 Millionen Menschen. Die Anzahl hat sich in den vergangenen Jahren verdoppelt.

Der Zustand der Religionsfreiheit gilt als ein deutlicher Indikator für die allgemeine Menschenrechtslage in einem Staat. Wo es Religionsfreiheit gibt, sind in der Regel auch andere zentrale Freiheitsrechte weniger in Gefahr. Jedoch werden viele Christen und zahlreiche weitere religiöse Minderheiten wie die Jeziden und die Bahai, die Tibeter in China und auch Muslime in Indien systematisch diskriminiert, verfolgt und ermordet. Die Anzahl der Christen ist jedoch weltweit besonders häufig von Unterdrückung und Verfolgung betroffen.

Der Weltverfolgungsindex zeigt, daß es insbesondere in muslimischen Ländern zur systematischen Unterdrückung, Diskriminierung und Verfolgung kommt.

Woher resultiert die enorme Gewalt gegen Christen in muslimischen Ländern und die Einschränkung der Glaubensfreiheit? Beides resultiert aus dem islamischen Recht, der Scharia. Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam als Willenserklärung der Mitgliedsstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz stellt alle ihre Artikel, auch den zur Glaubensfreiheit, unter den Vorbehalt der Scharia.

In dieser steht die Apostasie, damit ist der Abfall vom Islam gemeint, unter Todesstrafe. Die Praktizierung des eigenen Glaubens - außer dem Islam - sei es privat oder im öffentlichen Bereich, ist verboten. Bereits geäußerte Kritik am Islam kann dazu führen, daß man verhaftet oder gar getötet wird. Die Verfolgung ist spürbar, wenn Christen ihren Glauben praktizieren, wenn sie sich nicht den religiösen muslimischen Ritualen wie dem Fasten des Ramadan unterwerfen.

Der Bau von Kirchen ist vielerorts beinahe unmöglich, es kommt vielmehr zu Enteignungen und Zerstörung jahrhundertealter Heiligtümer.

Christliche Geistliche schweben in Lebensgefahr, wenn sie als solche durch ihre Kleidung erkennbar sind. Predigten dürfen nur an bestimmten Tagen abgehalten werden.

Für Deutschland müssen wir darüber hinaus mit großer Sorge erkennen, daß als Folge der großen Migrationsbewegungen global beobachtete Defizite religiöser Toleranz inzwischen auch verstärkt bei uns spürbar sind. So sind vor allem in den letzten Jahren Menschen aus Gesellschaften nach Europa und Deutschland gekommen, in denen sie ohne religiöse Toleranz aufgewachsen sind.

Wir erleben in Folge die Zunahme antisemitischer Strömungen und unverhohlener Aggressivität gegenüber Christen und Jeziden in deutschen Asylunterkünften. Berichte über Spannungen zwischen verschiedenen religiösen Gruppen, selbst zwischen unterschiedlichen muslimischen Glaubensrichtungen wie Sunniten und Schiiten zeigen uns, daß dieses religiöse Konfliktpotential in Deutschland angekommen ist und uns vor erhebliche Herausforderungen stellt.

Verkennen dürfen wir dabei nicht, daß es auch bei uns in Deutschland islamistische Versuche gibt, Religion als politisches Vehikel zu mißbrauchen, z.B. das Tragen ausgrenzender Kleidung wie Kopftuch, Burka oder Niquab als religiös zu begründen, obwohl religiöse islamische Führer dies als reine traditionelle Kleidung bewerten.

Gerade aufgrund der Entwicklungen, die Christen vielerorts erdulden müssen, müssen wir in Deutschland wachsam sein und Intoleranz zu Lasten unserer Rechts- und Wertvorstellungen nicht nur klar widersprechen, sondern auch konsequent unterbinden. Leider geschieht das fahrlässig nicht.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 16. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>War eine kurze Überfahrt ... Ihre Leiber glänzen in der Sonne ... Ihre Boote machen längsseits fest ... Und schon ist die Party im Gange ...

Achim Reichel, "Aloha He", verballhornt. Der Hit beschreibt in etwa, was sich derzeit im Mit-

telmeer abspielt. Hundertfach am Tag. Tausendfach im Monat. Bis jetzt 93.000 "glänzende Leiber. Nicht 1910 vor Sansibar". Jetzt, 2017 vor Libyen: Afrikaner auf dem Weg zu "Mama Afrika" in Alemania.

Das Schrecklichste kommt am Anfang: In Libyen warten nicht 400.000, sondern 1 Million auf die deutschen Wasser-Taxen. "Rettungsschiffe", von "Jugendlichen" in Berlin oder greisen Milliardären wie Soros bezahlt. Radar, Funk, GPS, Halal-Snacks - alles an Bord. Schwimmwesten zuhauf an Deck. Der "Skandal": Die Italiener haben jetzt die deutsche "Juventa" (Jugend Rettet) in Lampedusa an die Ankerkette gelegt, beschlagnahmt.

Der blaue NGO-Pott hatte wie "SOS Mediterranee", "Seewatch", "Ärzte ohne Grenzen" nicht selten "in 48 Stunden 11.000 Afrikaner" aus den "tosenden" Fluten "gerettet" ("Sagt Muttchen, s'ist Ali!" ...). Dramatische Fotos von schreienden, jungen Frauen, das Haar in Draidhairstreifen, millimetergenau und teuer aufs Köpfchen geflochten. Natürlich sagen die Schranzen-Schreiber nicht, daß über 95 Prozent der "Flüchtlinge" junge Männer sind. Daß die Seelenfänger fette "Heuer" kassieren - aus den Klingelbeuteln der Kirchen. Aus den schwarzen Schatullen von Gewerkschaften und Parteien. 500.000 Euro für Juventa ... 1,5 Millionen für Seewatch ... 3.276 für Ärzte ohne Grenzen ...

4 Millionen für SOS Mediterranee. 13 Millionen monatlich. Sie schreiben auch nicht, daß ihre Wasser-Taxen per GPS, Smartphone und Blinkzeichen von den Schleppern "gerufen", geleitet werden. Daß die Sklavenhändler in Libyen jährlich 31 Milliarden Dollar mit der Ware Mensch machen ...

Und natürlich schreiben sie nicht, daß in Lampedusa, in ganz Italien das "Boot" restlos voll ist. Sie sagen auch nicht, daß See- und Menschenrecht vorschreiben, Schiffbrüchige auf schnellstem Weg an Land zu bringen.

Das wäre Libyen, gerade mal 12 Meilen (21 km) nah. Die Retter "retten" lieber quer durch das schäumende Mittelmeer ins 300 km ferne Italien. Denn von da geht's mit kurzem Zwischenstopp unter Palmen direkt weiter zu "Mama Afrika".

Freilich, die Kanzlerin machte übellaunig mit "Deutschlands First Mann" Urlaub im schönen Tirol. Aber der 24. September ist nah. Danach kann "Mama Afrika" wieder machen, was sie jetzt noch vor dem Wahl-Pack verbergen muß - ein freundliches Welcome-Gesicht. Danach beginnt ihr nächster 4-Jahres-Plan: "Wir schaffen das". Und Deutschland ab ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 17. August 2017:
>>Scheinflüchtlinge machen weiter Urlaub im Herkunftsland! Abkassiert wird in Deutschland!

Ausländerbehörden in Baden-Württemberg haben rund 100 Asylanten erfaßt, die seit 2014 teilweise mehr als einmal in ihre Herkunftsländer reisten und nach der Rückkehr ins Sozialamt Deutschland ihren Schutzstatus als Asylbewerber behalten durften.

Auf Anfrage der AfD-Fraktion, hat das baden-württembergische Innenministerium nun erstmals Zahlen über die Urlaubs-Asylanten vorgelegt: Die kommunalen Ausländerbehörden haben seit 2014 rund 100 Fälle erfaßt. Es sei aber von einer "gewissen Dunkelziffer auszugehen", glaubt Amtschef Julian Würtenberger (CDU). Zielländer waren nach Angaben eines Sprechers etwa Syrien und der Irak. Das berichtetet am Donnerstag unter anderem der *Mannheimer Morgen*.

Der AfD-Landtagsabgeordnete Anton spricht von "unglaublichen und unhaltbaren Zuständen". Daß Reisen in ein "Verfolgerland" nicht dazu führen, daß die Asylberechtigung in Deutschland nach der Rückkehr erlischt, sei empörend.

Die Anerkennung als Asylberechtigter erlösche nur, "wenn sich der Ausländer freiwillig in seinem Heimatstaat niedergelassen hat", erklärt Amtschef Würtenberger die EU-Asyl-Richtlinie. Davon könne ausgegangen werden, wenn er sich dort dauerhaft aufhält. "Reisen in den Verfolgerstaat sind damit kein Erlöschensgrund, können aber nach einer Einzelfallprüfung zur

Aberkennung des Schutzstatus führen."

Der Mann aus der Merkel-Partei fügt hinzu: "Wenn anerkannte Schutzberechtigte trotz einer Verfolgung oder Bedrohung zu Urlaubszwecken wieder in ihr Heimatland reisen, stellt sich zu Recht die Frage nach der Schutzbedürftigkeit dieser Ausländer."

Skepsis auch bei CDU-Innenpolitiker Thomas Blenke: "Für mich ist das völlig unverständlich. Wenn man in einem Land Urlaub machen kann, ist man wohl kaum verfolgt", zitiert ihn der Mannheimer Morgen.

Pläne des Landesinnenministeriums, die Kriterien für sogenannte Schutzbedürftigkeit zu lockern, seien schon Ende letzten Jahres an Bundesinnenminister Thomas De Maizière gescheitert. Das europäische Recht habe Vorrang.

Ein Berliner Jobcenter hatte im September 2016 die Vermutung bestätigt, daß anerkannte Asylanten in ihren Heimatländern Urlaub machen. Bei den bereisten Herkunftsländern handele es sich u.a. um Syrien, Libanon und Afghanistan. Aus datenschutzrechtlichen Gründen dürfe das Jobcenter das Reiseziel jedoch nicht den Asylbehörden melden, hieß es damals. Nach damaliger Aussage des Innenministeriums wolle man das aber ändern. ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 17. August 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer-wordpress.com" über die systematische Verharmlosung des Islam (x965/...): >>**Gezielte Verharmlosung des Islam**

Täglich erleben wir, daß der Islam von den politischen Blockparteien des Bundestages und ihren willfährigen Propagandamedien verharmlost wird. Er wird als eine Religion wie jede andere dargestellt, ähnlich gelagert wie das Christentum. Es liege quasi nur an unserer Überzeugungsarbeit, daß alle Muslime unsere westliche Gesellschafts- und Lebensform übernehmen. Bis zu 4,7 Millionen sollen gegenwärtig in Deutschland leben, so daß es für die Frau mit dem angeblich weltweiten Herzen, die die Richtlinien der deutschen Politik bestimmt, offenkundig ist, *"daß der Islam inzwischen unzweifelhaft zu Deutschland gehört."*

Die Kanzlerin, schrieb der Münchner Merkur, *"verwies vor Vertretern verschiedener Glaubensrichtungen auf die weltweiten Gewalttaten im Namen einer Religion - zu oft leider im Namen des Islams. Doch jede Ausgrenzung von Muslimen in Deutschland, jeder Generalverdacht verbiete sich, sagte Merkel. Die allermeisten Muslime seien rechtschaffene und verfassungstreue Bürgerinnen und Bürger."* Also alles bestens.

Der altgediente Dukaten-Schäuble, auch von der CDU, der vor einem Jahr die Deutschen vor Abschottung gewarnt hatte, da diese das sei, *"was uns kaputt machen würde, was uns in Inzucht degenerieren ließe,"* denn für uns seien *"Muslime in Deutschland eine Bereicherung unserer Offenheit und unserer Vielfalt"*, setzte vor kurzem erneut noch eins drauf. Er sieht das Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland als Chance für die Bundesrepublik. *"Wir können von ihnen auch lernen"*, sagte er im Deutschlandfunk. Im Islam würden *"sehr viele menschliche Werte sehr stark verwirklicht"*.

Damit meine er *"auch die Toleranz"*. Die Aussage, der Islam sei *"ein Teil Deutschlands geworden"*, sei *"eine nüchterne Sachverhaltsfeststellung"*. *"Wer sie bestreitet, bestreitet die Wirklichkeit und ist deswegen kein tauglicher Politiker"*, sagte Schäuble.

Wie man sieht, arbeitet er mit dem Schüren von absurder Angst, mit Täuschung und Verdrehung - ein echter Demagoge. Ob der Islam zu Deutschland gehört oder durch die dem Volk aufgezwungene Einwanderung faktisch ein Teil Deutschlands geworden ist, das ist ein großer Unterschied.

Die SPD stellt in seltsamer Realitätsferne fest: *"'Den politischen Islam' gibt es nicht. Was es gibt, sind Parteien, die sich auf den Islam berufen. Dazu zählen beispielsweise Ableger der sunnitischen Muslimbruderschaft oder die Schiiten-Parteien im Irak. Einige dieser Parteien messen religiösen Grundsätzen einen höheren Wert zu als individuellen Freiheitsrechten. Die meisten von ihnen befürworten demokratische Prinzipien. ... Der Islam ist eine Religion wie*

das Judentum oder das Christentum und kann wie jede Religion politisch instrumentalisiert werden."

Das Grundmuster des Islam

Gehen wir den Dingen auf den Grund. Fundamentale Lehre des Islam ist, wie auch der renommierte Islamwissenschaftler Tilman Nagel darlegt, daß alles, was existiert und was in jedem Augenblick geschieht, unmittelbar durch Allah geschaffen wird.

Das bedeutet: *"Jeder Mensch wird durch Allah im Mutterleib gebildet und kommt folglich als Muslim zur Welt. Nur negative Einflüsse bewirken, daß ein Neugeborenes später zu einem Juden, Christen oder gar zu einem Atheisten wird."*

Allah hat dem Satan gestattet, die Menschen zum Ungehorsam zu verführen, so daß viele in Widerspruch zur Daseinsordnung Allahs geraten. *"Tut der Mensch einen Schritt, dann nicht dank seiner eigenen körperlichen Beschaffenheit, seiner eigenen Kraft und seinem eigenen Entschluß, sondern allein deshalb, weil Allah in eben diesem Augenblick in ihm alle Voraussetzungen für diesen Schritt schafft; nur dem äußeren Anschein nach ist der Mensch der Akteur."*

Neben Allah gibt es keine unabhängig wirkende Macht. Alles, was im Diesseits erscheint, ist in jedem Augenblick unmittelbar von Allah abhängig und wird durch ihn genau so und nicht anders festgelegt.

Daher besteht eine tiefe, unüberbrückbare Kluft zwischen dem allmächtigen Allah und seinen total von ihm abhängigen Kreaturen, die sich ihm unverwandt verehrend und anbetend hinzugeben haben. Dies kommt in dem arabischen Wort "Islam" zum Ausdruck, das ein Verbalsubstantiv zu dem arabischen Verb *aslama ist* und wörtlich das "Sich-Ergeben" (in den Willen Gottes), "Sich-Unterwerfen" (unter Gott), "Sich-Hingeben" oder "Sich-Preisgeben" (an Gott) bedeutet.

Indem der Muslim bekennt: "Es gibt keinen Gott außer Allah", bezeugt er, daß es keine eigenständige Kraft neben Allah gibt und vermeidet streng jegliche "Beigesellung". Diese sei die schlimmste Verfehlung, die der Mensch begehen kann.

Der Mensch ist in das überwältigende Kraftfeld Allahs eingegliedert, aus dem er sich nicht lösen kann, wenn er nicht zugrunde gehen soll. Der Wille Allahs ist ihm unausweichliches Gesetz, demgegenüber dem Menschen keine Selbständigkeit und Freiheit zukommen. Allah hat keinen Sohn, der als Vermittler die Kluft zum Vater überbrücken könnte. Er thront alleine in ferner Transzendenz und erwartet absolute Unterwerfung, unbedingten Gehorsam von seinen Geschöpfen, denen sein Tun unerforschlich ist.

Daher heißt es in der 19. Sure: *"Keiner in den Himmeln und auf Erden darf sich dem Erbarmer anders nahen denn als Sklave."* Und auf die wahren Gläubigen wird mit den Worten hingewiesen: *"Du siehst sie sich verneigen und niederwerfen, Huld begehrend von Allah und Wohlgefallen. Ihre Merkzeichen auf ihren Angesichtern (der Staub) sind die Spur der Niederwerfung"* (Sure 48). Allah gegenüber gibt es nur Sklaven, die sich vor ihm niederwerfen. Der einsam im Jenseits Thronende schaut nur auf die Rücken seiner im irdischen Staub liegenden untertänigen Geschöpfe und Befehlsempfänger herab.

Die totale Daseinsordnung

Da in der Welt alles nach Allahs Willen abläuft und auch das menschliche Dasein vollkommen durch Allah bestimmt ist, gibt es für den Muslim keine Grenze zwischen Religion und Gesellschaft, zwischen sakralen Handlungen und profanem Alltag. Es kann für ihn nur eine alle Regungen des Menschen umfassende einheitliche Daseinsordnung geben, in der sich Allahs Wille manifestiert.

Die Einzelheiten können im Koran, der unmittelbaren Rede Allahs, die er durch seinen auserwählten Gesandten Mohammed der Menschheit übermittelt, nachgelesen und sowohl daraus, als auch aus dem Hadith, den Überlieferungen vom göttlich inspirierten Reden und Handeln

Mohammeds, abgeleitet werden.

"Das Resultat ist die Scharia - der nach islamischer Vorstellung immer und ausnahmslos alles zu unterwerfen ist: die Herrschaft und das Gemeinwesen, die Gesellschaft sowie das Denken, Reden und Tun des Einzelnen. Schließlich unterliegt das gesamte Diesseits sowieso dem fortwährenden Bestimmen und Schaffen Allahs. Der Geltungsbereich der Scharia wird entsprechend als unbegrenzt aufgefaßt."

Die Scharia, das islamische (göttliche) Recht, will erreichen, *"daß die religiösen Verpflichtungen des Einzelnen gegenüber Gott erfüllt werden und alle Beziehungen des Einzelnen zu seinen Mitmenschen - Vermögensrecht, Familien- und Erbrecht, Strafrecht unter anderem - stets diesem Gesetz entsprechen. ... Der Mensch hat das islamische Recht mit seinen Bestimmungen und Widersprüchen kritiklos zu akzeptieren. Das Forschen nach der Bedeutung und inneren Logik der göttlichen Gesetze ist nur zulässig, soweit Gott selbst den Weg dazu weist. Somit ist die religiöse Wertung aller Lebensverhältnisse die Grundtendenz der Scharia."*

Daraus ergibt sich zwingend, daß es für den Islam grundsätzlich keine von Menschen gemachte Rechts- und Gesellschaftsordnung geben kann, die mit dem göttlichen Recht der Scharia nicht in völligem Einklang steht. Es kann für ihn kein von Menschen gemachtes Recht geben. Das wäre Empörung gegen Allah und größte Ketzerei.

Dabei ist der in der FAZ z.B. geschilderte Streit darüber, ob die Demokratie mit dem Islam vereinbar ist, ein Scheingefecht. Demokratie wird dort formal als ein Verfahren kollektiver Willensbildung behandelt, das ja auch im Quasi-Gottesstaat des Iran z.B. angewandt wird. Entscheidend für den Islam ist es, daß die Beschlüsse mit der Scharia übereinstimmen, daß sie Ausführung des göttlichen Willens sind.

Der Islam ist daher von seinen Fundamenten her eine durch und durch politische Religion, die auf die totale Gestaltung auch der weltlichen Lebensbereiche Anspruch erhebt. Wenn daher die SPD behauptet, es gebe keinen politischen Islam, er werde nur, wie das mit jeder Religion möglich sei, politisch instrumentalisiert, ist das entweder disqualifizierende Unkenntnis oder bewußte Lüge und Täuschung der Bevölkerung.

Entscheidend für Europa ist demgegenüber, daß die demokratischen Verfahren auf der freien, aus eigener Erkenntnis sich selbst bestimmenden Individualität beruhen. Das Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen kennzeichnet die gesamte europäische Entwicklung, durchpulst die Kultur Europas. Und auf diese Entwicklung hat das Christentum maßgeblichen Einfluß gehabt.

In der göttlichen Trinität des Christentums steht im Gegensatz zum Islam der "Sohn" dem "Vater" als ein eigenes, freies Wesen gegenüber, das weiß, was dieser will und tut und mit dem es in der Erkenntnis verbunden ist. *"Denn der Vater hat den Sohn zum Freunde und zeigt ihm alles, was er selber tut", sagt Christus nach Joh. 5, 20.*

Entsprechend will Christus das Verhältnis der Menschen zu ihm gestalten. *"Ich nenne euch nicht mehr Knechte (Sklaven); denn der Knecht weiß nicht, was sein Herr tut. Euch habe ich Freunde genannt; denn alles, was ich von meinem Vater gehört habe, das habe ich euch zu erkennen gegeben"* (Joh. 15, 15). *"Und ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen"* (Joh. 8, 32).

Freiheit bedeutet auch Freiheit und Unabhängigkeit von Gott. Die moralischen Gebote Gottes sind nach christlicher Auffassung nicht zwingend. Ob der Mensch in der göttlichen Ordnung leben will oder nicht, ist seiner Einsicht und freien Entscheidung anheim gegeben.

Daher erhebt Christus auch nicht den Anspruch, daß die göttlichen Gesetze unmittelbare Gültigkeit für das gesellschaftliche und staatliche Leben haben, denn das würde die Freiheit des Menschen aufheben. Das irdische Recht ist menschliches Recht, und ob göttliche Moralität in dieses einfließt, ist in die Freiheit des Menschen gestellt. In der gesellschaftlichen Gestaltung gehören deshalb Staat und Religion getrennten Lebensbereichen an.

Zwischen dem völlig unfrei der religiösen Totalität der islamischen Lebensgestaltung hingebenen Muslim und dem nach Freiheit strebenden Menschen Europas besteht der denkbar größte Gegensatz. Wie soll der Islam zu Deutschland gehören? Es wird offensichtlich alles getan, diesen fundamentalen Gegensatz zu vertuschen.

Reformversuche des Islam

Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts drängte sich der islamischen Welt immer mehr auf, daß die europäische Zivilisation der eigenen überlegen war. Und man mußte sich fragen, wie die Deutungshoheit der Scharia-Gelehrten, ja der Islam selbst vor einer Kultur bestehen konnten, in der Welt und Gott klar getrennt sind und aus der eine alles Leben verändernde Naturwissenschaft und Technik hervorging. Doch alle Überlegungen führten praktisch zu nichts, da für eine islamische Aufklärung und Säkularisierung prinzipiell keine Möglichkeit besteht.

Denn wie dargelegt, *"gehört es zu den Grundlagen des Islams, daß Allah niemals ruht, und das 'Reich Gottes', das die christliche Tradition erst am Ende der Zeit erwarte, existiere bereits: Es ist das fortwährend durch Allah geschaffen werdende Diesseits. Einen von Menschen in eigener Verantwortung zu gestaltenden Daseinsbereich gibt es nicht."*

Daher gab es im 19. Jahrhundert wieder gegenläufige Bewegungen, *"die die Kernbotschaft des Islam von allen Trübungen befreien sollten. 'Es gibt keinen Gott außer Allah' - insbesondere dieser Satz sollte nicht mehr beeinträchtigt werden durch die 'Beigesellungen', die ... um sich gegriffen hätten."*

Dies sah man besonders in den komplizierten Verfahren der Scharia-Gelehrten, mit denen diese die Scharia-Normen herleiteten. Man müsse sich wieder streng an den Koran und den Hadith halten, wurde gefordert.

Doch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann erst so recht die intellektuelle Auseinandersetzung mit Europa, wie Tilman Nagel weiter schildert, *"und nun wurden diese Reformideen wieder aktuell."*

Einer ihrer wichtigsten Vertreter war der Ägypter Muhammad Abduh (1849-1905), der von 1899-1905 das Amt des einflußreichen Großmufti von Ägypten bekleidete. Er verarbeitete die Reformideen zu einem Gedankengebäude, *"das bis heute die politisch-religiösen Machtansprüche des Islam prägt."*

Er stellte den Islam *"als eine rationale Religion dar, die zu modernen Entwicklungen wie Wissenschaften und Technik keinesfalls im Widerspruch stehen müsse. ..."* Der Islam sei *"kein Hindernis für moderne Entwicklung, Technologie und Wissenschaft. Abduh war davon überzeugt, daß der Islam sogar die besten Voraussetzungen für Modernität besäße - Traditionalisten und Orthodoxie, vor allem in der konservativen al-Azhar-Universität, vermittelten seiner Auffassung nach eine veraltete und teilweise falsche Version des Islam."*

Da der Islam die Daseinsordnung des Verstandes sei und nur der Verstand nach Allahs Willen den Menschen zum Menschen mache, sei er die Religion, die für die gereifte Menschheit bestimmt sei. Andere Religionen wie das Christentum paßten lediglich zu vorausgehenden Entwicklungsstadien.

Dies scheine nur in der Moderne noch anders zu sein, da der Islam, so Muhammad Abduh, über Jahrhunderte wie ein Arzt gehandelt, der die Leiden seiner Patienten, z.B. des Christentums, behandelt und sich dabei angesteckt habe. *"Er habe den Christen im Mittelalter die rationale Naturforschung vermittelt, sei aber mit dem Bazillus der 'Beigesellung' infiziert worden. Er habe Menschen als Mittler zwischen Mensch und Allah akzeptiert."*

"Ein von solchen Beimengungen befreiter, reformierter Islam ist für Muhammad Abduh nicht nur die Grundlage für einen Wiederaufstieg der islamischen Welt; er sei die Religion und Daseinsordnung für die ganze gereifte Menschheit, eine Daseinsordnung, in der Religionsausübung und Alltagsleben gerade nicht voneinander getrennt sind. Das bedeute, daß der Islam als die künftige Menschheitsreligion die uneingeschränkte Herrschaft der Scharia etablieren

müsse, die die weltlichen Gesetze einer freiheitlich-demokratischen Ordnung restlos zu ersetzen habe. ...

Muhammad Abduhs Gedanken wurden stilbildend für die Auseinandersetzungen der Muslime mit der westlichen Zivilisation, aber auch für die Hoffnung auf eine zukunftsfähige Gestaltung islamischer Gesellschaften und Staaten. Bis heute werden diese Vorstellungen vielfältig variiert; sie liegen Strömungen des Islams zugrunde, die man als gemäßigt bzw. liberal charakterisiert, aber auch solchen, die sich den Kampf mit der Waffe auf die Fahnen geschrieben haben."

Es ging also Muhammad Abduh darum, den Islam mit der modernen Naturwissenschaft und Technik des Westens in Einklang zu bringen, nicht aber für dessen freiheitliche Lebensgestaltung. An diesem Sachverhalt müssen alle Illusionen eines liberalen Euro-Islam und alle Lügen von im Islam vorbildhaft verwirklichter Toleranz zerschellen. Dabei ist die grundsätzlich im Islam verankerte Gewalt gegen die "Ungläubigen" und der daraus legitimierte Terrorismus hier noch nicht einmal ins Auge gefaßt. ... Aus dem vorstehend Geschilderten ergibt sich in klarer Konsequenz, daß alle Muslime, die hier am Islam festhalten, nicht integrierbar sind.

Täuschung und Wirklichkeit

Wenn daher der Bundesinnenminister de Maizière (Spötter sagen "de Misère") kürzlich schwärmte, *"der Islam, wenn er ein aufgeklärter, europäischer und der Demokratie zugewandter Islam ist, ist auch Kitt der Gesellschaft"*, dann ist das eine substanzlose Illusion oder eben arglistige Täuschung derjenigen, "die schon länger hier leben". Und wenn der Dukaten-Schäuble im Islam angeblich vorbildhaft für uns neben vielen menschlichen Werten auch die Toleranz verwirklicht sieht und die Mutter aller Gläubigen behauptet, die allermeisten Muslime seien verfassungstreue Bürger, kann das ebenfalls nur als Verharmlosung und vorsätzliche Täuschung bezeichnet werden.

Eine Ende 2007 erschienene wissenschaftliche Studie über die Muslime in Deutschland, die vom Bundesinnenministerium in Auftrag gegeben war, kam zu dem Ergebnis, das die Islamwissenschaftlerin Christine Schirmmayer so zusammenfaßte:

46,7 % stimmen "eher" oder "völlig zu", daß 'die Befolgung der Gebote meiner Religion ... für mich wichtiger (ist) als Demokratie', was ungefähr den Ergebnissen früherer Umfragen entspricht, daß rund die Hälfte der muslimischen Bevölkerung in Deutschland den Koran und die Demokratie für unvereinbar hält. 33,6 % befürworten die Todesstrafe."

Die Studie selbst hält in einem ersten Resümee fest: *"Fundamentale Orientierungen, die eine enge religiöse Bindung, hohe Alltagsrelevanz der Religion, starke Ausrichtung an religiösen Regeln und Ritualen verbinden mit einer Tendenz, Muslime, die dem nicht folgen, auszugrenzen sowie den Islam pauschal auf- und westliche, christlich geprägte Kulturen abzuwerten, zeigen eine enorme Verbreitung. In der (muslimischen) Allgemeinbevölkerung sind etwa 40 % einem solchen Orientierungsmuster zuzuordnen."*

Auch eine Befragungen türkischstämmiger Einwanderer, der mit über 3 Millionen größten Gruppe der Muslime, über Integration und Religiosität, die das Exzellenzcluster "Religion und Politik" der Universität Münster 2016 vorgelegt hat, kommt zu dem Ergebnis, daß *"der Aussage 'Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe', 47 Prozent der Befragten zustimmen. 50 Prozent bejahen "stark" oder "eher" die Einstellung "Es gibt nur eine wahre Religion". 36 Prozent sind darüber hinaus überzeugt, daß nur der Islam in der Lage ist, die Probleme unserer Zeit zu lösen."*

"Der Aussage "Muslime sollten die Rückkehr zu einer Gesellschaftsordnung wie zu Zeiten des Propheten Mohammeds anstreben", stimmen laut der Ennid-Umfrage 32 Prozent der Befragten "stark" oder "eher" zu. Auch wenn vorausgesetzt werde, daß vielen Befragten nähere Kenntnisse der soziokulturellen Bedingungen des siebten Jahrhunderts fehlen: Ein Drittel der türkischen Migranten hegt demnach eine Sehnsucht nach einer archaisch islamisch geprägten

Gesellschaft."

Die Strategie der Täuschung

Es kann also keine Rede davon sein, daß *"die allermeisten Muslime verfassungstreue Bürger"* seien, wenn etwa die Hälfte die Scharia über die deutschen Gesetze, also auch über die Verfassung stellt. Von der anderen Hälfte ist nur ein geringer Teil wirklich voll integriert, aber auch nur dadurch, daß sie sich vom Islam innerlich emanzipiert haben und in die europäische individualistische, freiheitliche Kultur eingetaucht sind. Der größte Teil der anderen Hälfte sind die Lauen, die mit ihrer ererbten Religion still vor sich hinleben, aber z.T. sicher jederzeit für den wahren Islam erwärmt, erhitzt, fanatisiert werden können.

Die meisten Gläubigen haben den Koran und den Hadith kaum oder gar nicht selbst gelesen, sondern deren Inhalte letztlich von den Imamen und Scharia-Gelehrten empfangen. Das religiöse Leben des Islam ist ganz auf Autoritäten gebaut: von Allah, zu Mohammed, zu den Kalifen, Imamen, Schriftgelehrten und den Clan- und Familienoberhäuptern. Natürlich halten die Imame ihre Schäfchen dazu an, sich in der Fremde, solange sie dort in der Minderheit sind, den Gesetzen notgedrungen äußerlich anzupassen. Ein ehemaliger Professor für islamische Geschichte an der Universität Kairo weist eindringlich darauf hin:

"Sind Muslime wie in Europa (noch) in der Minderheit, ist es Dschihad-Strategie, den Islam als friedlich und harmlos zu präsentieren, um so Türen zu öffnen und politischen Einfluß zu gewinnen. Mohammeds Aussage 'Kampf ist Täuschung' ist in der ganzen islamischen Welt bekannt. ... Der Islam lehrt, daß Lüge, Betrug und Täuschung existentielle Werkzeuge des Dschihad sind, nach dem Grundsatz: 'Der Zweck heiligt die Mittel'.

'Gläubige, die sich in einem nichtmuslimischen Land in einer unterlegenen Situation, in der Minderheit befinden, sollen den Leuten des Buches (Juden und Christen) vergeben und geduldig mit ihnen sein, wenn diese Allah oder seinen Propheten auf irgendeine Art beleidigen. Die Gläubigen sollen die Leute des Buches anlügen, um ihr Leben und ihre Religion zu schützen.' (Ibn Taymiyah 1263-1328) *Ein muslimisches Sprichwort sagt: Wenn du die Hand deines Feindes nicht abhacken kannst, dann küsse sie."*

Vor diesem Hintergrund wird die Rolle islamischer Organisationen wie des "Zentralrats der Muslime in Deutschland", der "Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB)" oder des "Verbandes der Islamischen Kulturzentren" durchsichtig.

Der Islam bietet in der Minderheit nie sein wahres Bild. *"Das Wesen einer Religion und Ideologie wird nicht dort glaubhaft erkennbar, wo sich dieser 'Glaube' in der Minderheit befindet, sondern da, wo diese Glaubensweise das Sagen hat."*

Der Islam ist in 25 Ländern Staatsreligion (Wikipedia). Diese "islamischen Republiken" werden teilweise oder überwiegend nach Prinzipien des Islam regiert, und in der Gesetzgebung findet in Teilen oder als Ganzes die Scharia Anwendung. Es ist weltweit kein islamischer Staat bekannt, in dem freie, umfassende Religionsausübung für andere Religionen gewährleistet ist. Im Gegenteil: Weltweit werden ca. 100 Millionen Christen ihres Glaubens wegen verfolgt, insbesondere in islamischen Staaten.

Wenn die Grenzen Deutschlands für alle unaufhörlich heranströmenden Immigranten ohne Obergrenze weiter geöffnet bleiben und die Geburtenrate der überwiegend islamischen Immigranten so hoch bleibt, wie sie in ihren Herkunftsländern ist - bei weiterhin niedriger Geburtenrate der Deutschen - werden in absehbarer Zukunft die Muslime die Mehrheit in Deutschland bilden.

Bayerische Politiker prognostizierten 2015 unter dem Eindruck der 1,5 Millionen Eindringlinge bis zum Jahr 2020 unter Einbeziehung des Familiennachzuges sogar rund 20 Millionen Menschen mit muslimischem Hintergrund in der Bundesrepublik. Es geht zwar jetzt etwas langsamer, aber ein Anschwellen des stetigen Zustromes wird bereits wieder erwartet. Immerhin haben bereits 35,9 Prozent aller Kinder unter 5 Jahren in Deutschland Migrationshinter-

grund.

Es ist ganz klar, daß die Muslime mit wachsendem Anteil an der Gesamtbevölkerung und erst recht in der Mehrheit ganz andere Ansprüche an die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens stellen werden - unter Berufung auf die Demokratie. Unter welchen, gelinde gesagt, Schwierigkeiten die deutsche Minderheit dann zu leben hat, mag sich jeder selber ausmalen. Wer als Politiker solche prognostischen Überlegungen nicht anstellt, handelt unverantwortlich.

Es ist schier ausgeschlossen, daß die Regierung und die großen Parteien mit ihren wissenschaftlichen Apparaten den wahren Islam nicht genau kennen und diese Entwicklung nicht auch voraussehen würden. Alles deutet daher darauf hin, daß sie - man muß es so bezeichnen - mit ungeheurer krimineller Energie die Bevölkerung permanent bewußt täuschen, um Unruhen und Widerstand zu vermeiden.

Sie sind offensichtlich Komplizen der UNO- und EU-Vorgaben, Millionen und Abermillionen asiatischer und afrikanischer Migranten nach Deutschland und Europa mit der Intention einwandern zu lassen, die europäischen Völker und ihre homogenen Staaten zu Gunsten eines angestrebten Weltstaates aufzulösen. Das ist das übergeordnete Ziel, zu dem offenbar auch der Islam seine zersetzende Rolle zu spielen hat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 20. August 2017: >>**Zwischen Marx und Mohammed**

Von Gastautor *Stefan Allgaier*

Eines ist uns erspart geblieben: Daß gleichzeitig zum linksradikalen Höllensturm während des G20-Gipfels in Hamburg die Schläfer des Islamischen Staates (IS) in anderen Städten zuschlügen. Die Polizei, die aus allen Bundesländern Kräfte an die Elbe abgeordnet hatte, wäre kalt erwischt worden. Die schwarzen Fahnen, die in der Hansestadt geschwenkt wurden, waren die der Anarchisten - nicht die des IS.

Noch trennt ein Graben wesentliche Teile der Revoluzzer von den Dschihadisten. Die theoretische Avantgarde der Krawallanten, die sogenannte Interventionistische Linke, fühlt sich zwar den Terroristen verbunden - aber nicht denen des IS, sondern denen der kurdischen PKK und seines Ablegers YPG in Syrien, die zumindest derzeit an vorderster Front gegen die salafistischen Kopfab-Milizen kämpfen und im Nordwesten des Landes ihren eigenen Protostaat, Rojava genannt, proklamiert haben.

Die nützlichen Idioten

Immerhin gab es im Vorfeld der hanseatischen Feuernächte einen Schnupperkurs für Islamliebhaber: "Im Panoramaraum der Hamburger Katholischen Akademie haben sich am Freitag (30.6.2017) mehr als 100 Jugendliche katholischer, evangelischer und muslimischer Glaubensrichtungen zu einem bemerkenswerten Dialog eingefunden. Eingeladen hatte die christlichen und muslimischen Jugendlichen neben der Schura Hamburg der Fachrat Islamische Studien, die katholische Akademie, das Zentrum für Mission und Ökumene, die Junge Islam Konferenz und das Jugendforum St. Georg/Borgfelde.

Unter dem Motto "G20: Was tust Du für Deine Welt? - Hamburger Jugend macht's vor!" wurden Inputs gegeben, Diskussionen angeregt und ein Workshop für konkrete Ideen durchgeführt", berichtete das Islam-Portal *dunia.de*.

Der IS hofft jedenfalls auf den Schulteranschlag mit den Roten und proklamierte schon 2015 in seiner Kampfschrift "Black Flags from Rome - Armed Gangs & Missiles": "Es ist höchst wahrscheinlich, daß es zu Bündnissen zwischen Muslimen und linken Aktivisten kommen wird. ... Ein Teil wird realisieren, daß ... der bewaffnete Kampf die Alternative ist." Die nützlichen Idioten für diese Strategie finden sich in der hiesigen Friedensbewegung. Im November 2015 organisierten Pax Christi und die Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK in Frankfurt eine Veranstaltung unter dem Titel "Islamischer Staat - vernichten oder diplomatisch anerkennen?".

Kurz nach den mörderischen Anschlägen in Paris mit 130 Toten und dem Abschluß eines russischen Passagierflugzeuges durch den IS empfahl DFG-VK-Bundessprecher Thomas Carl Schwoerer einen Schmusekurs: "Wir müssen mit dem IS verhandeln. Das wird schwierig, aber es wird gehen."

Drei Wochen später, Mitte Dezember 2015, verwüsteten Antifa-Horden die Leipziger Südvorstadt. Selbst Leipzigs OB Burkhard Jung (SPD), der bisher im "Kampf gegen Rechts" die Linksradiكالen als Bündnispartner begrüßt hatte, war über den "offenen Straßenterror" entsetzt. "Diese Gewalt von Anarchisten und sogenannten Autonomen ist schockierend", erklärte der Oberbürgermeister. "Hier waren Kriminelle am Werk, die vor nichts zurückschrecken." Pikant: Eine der Antifa-Demonstrationen fand unter der Überschrift "Nieder mit dem Baath-Regime in Syrien!" statt und bewegte sich damit auf der Linie der Dschihadisten.

Unterstützung für die Mudschaheddin gibt es auch von der linken Bundestagsabgeordneten Christine Buchholz, die der fundamentalmuslimischen Opposition gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Baschar al-Assad parlamentarischen Flankenschutz gewährt. Ihr Projekt nennt sich Adopt a Revolution und unterhält gute Beziehungen zum Syrischen Nationalrat, der eng mit der Freien Syrischen Armee (FSA) verbunden ist und fortwährend ein militärisches Eingreifen der NATO fordert. Die FSA wiederum gilt im Westen als moderat, hat aber an den Fronten des Bürgerkrieges immer wieder militärisch mit dem IS und dem al-Qaida-Ableger al-Nusra-Front kooperiert.

Das Anbandeln zwischen Islamismus und Linksradikalismus ist kein neues Phänomen. In den Nachwehen der Roten Armee Fraktion entstand 1992 die linksterroristische Gruppierung Antimperialistische Zellen (AIZ). Bis 1996 verübten die AIZ neun Brand- und Sprengstoffanschläge, so gegen ein GSG-9-Mitglied (1993, Solingen), die Geschäftsstelle der CDU Düsseldorf (1994), den CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Breuer (1995, Siegen) sowie das Konsulat von Peru (1995, Düsseldorf). Die einzigen bekannten AIZ-Mitglieder Bernhard Falk und Michael Steinau wurden im Februar 1996 verhaftet und später wegen Mordversuchs verurteilt. Die AIZ erfreute sich an der "islamischen Vorstellung von einem einfachen und gerechten Leben".

Zudem empfahl sie die Scharia als kulturelles Erbe für eine Entwicklung einer egalitären Gesellschaft und den Koran als Werk mit "allgemeinen humanistischen und ethisch-moralischen Prinzipien". Während der 13- beziehungsweise 9-jährigen Haft orientierte sich Steinau - so die linke Wochenzeitung Jungle World - am ebenfalls einsitzenden Neonazi Kay Diesner, während sich Falk nach der Haftentlassung 2008 im Raum Dortmund in salafistischen Kreisen herumtrieb und in einem Pamphlet mit Terror gegen die US-Basis Ramstein drohte. Zudem betreut er laut Verfassungsschutz und LKA Islamisten im Knast, wobei der Begriff Gefangenbefreiung gefallen sein soll.

Falk ist kein Einzelfall. Der Dschihadisten-Aussteiger Irfan Peci nennt in einem Beitrag des Bayerischen Rundfunks vom März 2017 weitere Beispiele. So hat der IS-Terrorist und frühere Rapper Denis Cuspert aka Deso Dogg geäußert, daß er früher mit linksmilitanten Freiheitsbewegungen sympathisierte. Sein Weggefährte, der österreichische Terrorist Mohamed Mahmud, soll laut Terrorexperte Thomas Schmidinger in der SPÖ-nahen Aktion kritischer Schüler_innen gewesen sein. Über die antiimperialistische Linke und den Antiamerikanismus habe er zum Dschihad gefunden.

Dschihadisten und Linksradiكالe treffen sich auf halbem Weg in der Kapitalismuskritik. Al-Qaida-Chef Osama Bin Laden soll eifriger Leser des roten Starintellektuellen Noam Chomsky gewesen sein. Und wie Al Gore sorgte sich auch der Saudi um den Klimawandel: "Aber die Verschwendung der Energie ... wird zu Chaos, Schande und Niederlage führen."

Öko ist bei den Gotteskriegern ohnedies ein Muß. So weist das 2015 erschienene IS-eBook Hijrah to the Islamic State die Terroristen an, zum Schutz der Umwelt ein Solarladegerät mit

in den heiligen Krieg zu nehmen. Auch in der Militärstrategie gibt es Parallelen zwischen Mudschaheddin und Linksrevolutionären.

Der Weggefährte Bin Ladens, Abu Musab al-Suri, bezieht sich in seinem Buch *The Global Islamic Resistance Call* (2005) auf Mao Tse Tung, Che Guevara, den vietnamesischen General Giap und Fidel Castro. Sein Kalkül: Als Reaktion auf islamistischen Terror entsteht eine rechtsreaktionäre Gegenbewegung, welche die Konfrontation mit den Dschihadisten sucht und dadurch Europa destabilisiert. ...<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 22. August 2017: >>**Amtsgericht Hakenkreuz-Urteil gegen Stürzenberger**

Der vom Verfassungsschutz als islamfeindlich eingestufte Politiker und Blog-Schreiber Michael Stürzenberger ist jetzt vom Münchner Amtsgericht zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Der Münchner hatte im Sommer vergangenen Jahres in sozialen Netzwerken einen Text veröffentlicht, mit dem er laut Anklageschrift den Islam als faschistische Ideologie bezeichnete und dies als Tatsache darstellte.

Am Ende seiner Ausführungen war ein Bild zu sehen, das einen Mann mit einer Hakenkreuz-Armbinde zeigt. Das Gericht sah in den Veröffentlichungen eine Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungen in Tateinheit mit dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und verurteilte Stürzenberger zu einer Haftstrafe auf Bewährung. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 23. August 2017: >>**Gehört Merkel hinter Gitter?**

"Wer vor Gericht oder vor einer anderen zur Abnahme von Eiden zuständigen Stelle falsch schwört, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft." So steht es in Paragraph 154, Absatz 1, des Strafgesetzbuches (StGB). Dreimal hat Angela Merkel (CDU) im Deutschen Bundestag die Hand zum Kanzler-Eid gehoben, hat vor dem deutschen Volk feierlich geschworen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden. Das Ergebnis ihrer Politik ist sattsam bekannt. Daher stellt sich die Frage: Gehört Merkel ins Gefängnis? ...

Eigentlich sollte man meinen, daß der Kanzler-Eid ein rechtskräftig verpflichtender Eid ist wie jeder andere. Zumal sich Angela Merkel bei ihr passender Gelegenheit selbst auf ihn berufen hat. Am 27. Februar 2012 erklärte sie in Bezug auf die Euro-Rettung und einen möglichen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone: "**Abenteuer einzugehen, verbietet mein Amtseid.**"

HÖRT, HÖRT!

Ein Verbot ist nach gängiger Rechtsauffassung eine Anweisung zur Unterlassung einer Handlung. Diese Anweisung kann in Regeln, Richtlinien, Befehlen oder Rechtsnormen näher definiert sein, Letztere etwa als gesetzliches Verbot.

Frau Merkel scheint ihren Amtseid selbstherrlich auszulegen. Jedenfalls hat er ihr offenbar nicht "verboten":

- mit dem überhasteten und opportunistischen Ausstieg aus der Kernenergie 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima dem deutschen Volk ganz erheblichen Schaden zuzufügen. Laut Bundesverfassungsgericht steht den Stromversorgern eine "angemessene Entschädigung" zu. Diese beziffern ihren Schaden auf mindestens 20 Milliarden Euro. Den eigentlichen und weit größeren Schaden können alle Stromkunden auf ihrer seit Jahren dramatisch steigenden Stromrechnung ablesen.

Jedenfalls hält es Frau Merkel offenbar mit ihrem Amtseid auch für vereinbar, daß die Bundesregierung mit der illegalen Grenzöffnung fortlaufend gegen geltendes Recht verstößt; daß sie mit der Verpfändung deutscher Sparguthaben zugunsten südeuropäischer Euro-Länder den Schaden und nicht den Nutzen des deutschen Volkes mehrt; daß die Regierung mit der hunderttausendfachen Duldung von Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten auf Kosten

deutscher Steuer- und Beitragszahler keinesfalls "Gerechtigkeit gegenüber jedermann" ausübt. **Und trägt die Kanzlerin nicht zumindest indirekt politische Mitverantwortung dafür, daß islamistische Terroristen nicht rechtzeitig abgeschoben wurden?**

Man reibt sich verwundert die Augen: Wieso wurde Angela Merkel bislang nicht wegen Verletzung ihres Amtseides belangt? Müßte sie - eigentlich - nicht längst im Gefängnis einsitzen? Hat sie doch vor der höchsten Instanz überhaupt - der Vertretung des deutschen Volkes! - feierlich geschworen: "So wahr mir Gott helfe."

Fakt ist: Jeder, der vor einem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages oder eines Landtages falsch aussagt, ob eidlich oder uneidlich, macht sich strafbar.

Ist der Kanzler-Eid also nur eine hohle Phrase? Hätte Merkel ebenso gut auf das CDU-Wahlprogramm oder die Speisekarte eines Berliner Promi-Restaurants schwören können?

LEIDER JA!

Denn der strafbewehrte Meineid betreffe nur falsche Zeugenaussagen vor Gerichten oder Untersuchungsausschüssen.

So sehen es die überwiegende Mehrheit der Verfassungsjuristen und auch der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages. Nach dieser Auslegung ist der Kanzler-Eid lediglich ein feierliches Versprechen, im Sinne einer politischen Beteuerung. Also: Wie versprochen, so gebrochen! ...<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krah schrieb am 23. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Heute Ceuta, morgen Ihr Haus!

In der spanischen Exklave Ceuta gelang mehr als 200 jungen afrikanischen Männern ein "gelungener Grenzübertritt" ('Welt'). Der 'Spiegel' schrieb von einem "erfolgreichen Massenansturm". Tatsächlich haben die Eindringlinge den spanischen Grenzposten gestürmt, dabei einem Polizisten, der nicht rechtzeitig zur Seite springen konnte, das Bein gebrochen und sind anschließend unter Siegesgebrüll durch den Ort gezogen.

Die spanische Regierung hat nicht etwa sofort Polizeiverstärkung geschickt, um die Illegalen wieder aus dem Land zu werfen; nein, die jungen Afrikaner haben es geschafft: sie dürfen bleiben und werden rundum versorgt. Während bislang Grenzverletzungen durch ein Überklettern des Zaunes verübt wurden, wird nun ganz offen und ungeniert die Grenzstation durchschritten: legal, illegal, scheißegal.

Die Eindringlinge wissen ganz genau: Europa ist so unglaublich schwach, daß es die Gesetzesbrecher belohnt. Sie bekommen, was sie wollen, wenn sie nur das Gesetz brechen. Heute Einlaß nach Spanien und Versorgung - und morgen? Ihr Haus, Ihre Frau, Ihr Vermögen?

Ein offener Angriff auf eine Grenzstation und ein gewaltsames Eindringen ins Land war früher auch hier und ist heute im Rest der Welt ein kriegerischer Akt, der notfalls militärisch abgewehrt werden muß. Im spätdekadenten Westeuropa ist es die Berechtigung zur Teilhabe am Sozialsystem.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 23. August 2017: >>Goldreserven wieder zur Hälfte in Deutschland

Die Bundesbank hat einen Teil der deutschen Goldreserven vorzeitig aus dem Ausland zurückgeholt. "50,6 Prozent der deutschen Goldreserven lagern nun in Deutschland", teilte die Bundesbank am Mittwoch mit. Dieses Ziel hätte bis spätestens 2020 erreicht werden sollen.

"Das gesamte Lagerstellenkonzept wurde damit insgesamt rund drei Jahre vor dem geplanten Termin abgeschlossen", sagte Bundesbankvorstand Carl-Ludwig Thiele. Seit 2013 wurden dazu rund 300 Tonnen Gold aus New York und etwa 374 Tonnen Gold aus Paris nach Frankfurt am Main gebracht.

Die deutschen Goldreserven belaufen sich auf 3.378 Tonnen. Davon lagern nun 1.710 Tonnen in Frankfurt, 1.236 Tonnen bei der Federal Reserve Bank in New York und 432 Tonnen bei

der Bank of England in London. Die Banque de France bewahrt kein deutsches Gold mehr auf. Wie die Bundesbank weiter mitteilte, hätten Experten die Echtheit sowie Feingehalt und Gewicht der Goldbarren beim Erhalt kontrolliert. Eine aktualisierte Goldbarrenliste solle im Frühjahr 2018 veröffentlicht werden.<<

Die österreichische Tageszeitung "Der Standard" berichtete am 25. August 2017: >>**IS-Terror als "False Flag": Aufregung um österreichische Ministeriumsmitarbeiterin**

Monika Donner, umstrittene Vertragsbedienstete des Verteidigungsministeriums, sorgt mit neuem Buch für heftige Kritik

In der rechten Szene hat sich Monika Donner bereits einen Ruf erarbeitet. Sie gibt etwa dem Rechtsaußen-Magazin "Info-Direkt" Interviews (wo sie als regelmäßige (Gast-)Autorin geführt wird) oder trat bei Veranstaltungen der rechtsextremen "Partei des Volkes" auf - um "zwischen rechts und links zu vermitteln", wie Donner sagt. Dabei verweist sie immer wieder auf ihren Arbeitgeber: Das österreichische Verteidigungsministerium. Auf der Autorenhomepage bei ihrem Verlag nennt sich die Autorin etwa "studierte Juristin, strategische Analytikerin sowie Ministerialrätin im österreichischen Verteidigungsministerium". Außerdem gibt Donner an, eine "psychosoziale Nebentätigkeit beim Heerespsychologischen Dienst" auszuüben.

Der Job im Verteidigungsministerium bringt Donner Glaubwürdigkeit in der Szene: "Klarerweise verleiht der Hinweis, daß Donner in einem österreichischen Ministerium arbeitet, das ihre Umtriebe offenkundig toleriert, ihren Aussagen eine höhere Autorität - hätte sie diesen Job nicht, müßte sie schließlich als die Obskurantin auftreten, die sie ist", sagt etwa der Politikwissenschaftler Bernhard Weidinger vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) zum STANDARD.

"Warum Deutschland sterben soll"

Im Herbst dürfte Donner für neue Aufmerksamkeit sorgen. In "Krieg, Terror, Weltherrschaft" will Donner analysieren "warum Deutschland sterben soll" - so der Untertitel des Buches. In dessen Beschreibung, die nun veröffentlicht wurde, wird etwa von einer "anglo-amerikanischen Globalisierungsclique, die die Weltherrschaft anstrebt", gesprochen. "Adolf Hitler hatte also im Großen und Ganzen Recht, als er sagt: 'Es ist eine kleine wurzellose internationale Clique, die die Völker gegeneinander hetzt'", heißt es.

Zwar wird angegeben, daß die "Kriegstreiberclique nicht nur geschweige denn aus Juden" bestand sowie "niemand den germanischen Geist der Freiheit mehr gequält hat als Hitler", die Novemberpogrome 1938 werden gleich darauf als vom NS-Regime "inszeniertes und konzertiertes Ereignis" bezeichnet, das der "anglo-amerikanischen Globalisierungsclique" diene. Außerdem fällt der Satz, daß Hitler "und sein Regime eine Schande für die Grundidee des Nationalsozialismus" gewesen seien.

"Die Grundidee des Nationalsozialismus war selbstverständlich die Herstellung der Vorherrschaft der "arischen Rasse" im Weltmaßstab. Wie dieser Idee Schande angetan werden kann, ist nicht nachvollziehbar, es sei denn, man hängt einem wohlwollenden falschen Bild des Nationalsozialismus an, das die erwähnte Grundidee leugnet", erklärt der Historiker Bernhard Weidinger vom DÖW. Donners Thesen seien "zweifelloso revisionistisch", da sie "die Deutschen von Aggressoren zu Opfern macht", so Weidinger weiter.

"Deutsche Reich fiel Globalisierungsclique zum Opfer"

Donner sieht das naturgemäß anders. Als Wurzeln des Nationalsozialismus bezeichnet sie in E-Mails an den STANDARD den "Nationalsozialen Verein", der 1896 von einem evangelischen Pfarrer gegründet und 1903 wieder aufgelöst worden war und etwa mit dem Antisemitismus der Nationalsozialisten nichts zu tun hatte. Unter Historikern ist der Einfluß des Nationalsozialen Vereins auf die NSDAP jedoch äußerst umstritten.

Donner gibt an, das NS-Regime "schärfstens zu verurteilen". Ihr sei wichtig, daß "das Deut-

sche Reich im 1. Weltkrieg nachweislich der Globalisierungsclique zum Opfer gefallen" sei, im Zweiten Weltkrieg wurde dann "nicht das deutsche Volk, sondern das verbrecherische NS-Regime nach Hitlers Putsch anlässlich des Reichstagsbrands zum Täter". "Historiker, die diese Basics nicht verstehen können oder wollen, sollten den Beruf wechseln – Schmiernippelwart bei der Royal Navy bietet sich an", so Donner.

Aber Donner beschäftigt sich auch mit der aktuellen politischen Lage. In einem YouTube-Interview mit dem Blog "Quer-denken.tv" bezeichnet die Ministerialrätin die Anschläge des IS in Paris vom November 2015 als "False Flag-Operation". "13. November mittags wurde der Befehl an den französischen Flugzeugträger De Gaulle gegeben, Richtung Naher Osten auszulaufen. Acht Stunden später war der Anschlag", sagt Donner. Im Gespräch mit dem STANDARD sagt Donner, man müsse fragen, wem der Anschlag genutzt habe: "Cui Bono". Sie gibt an, "gewissenhaft recherchiert" und ihre Hypothesen "bestens belegt" zu haben. Der erste Band von "Krieg, Terror, Weltherrschaft" soll über 2.200 Fußnoten aufweisen.

Öllinger: "Völlig wahnsinnig"

Der grüne Abgeordnete Karl Öllinger beschäftigt sich bereits seit Längerem mit Donner. Er bezeichnet ihre Thesen zum Attentat im Pariser Bataclan oder zu den Anschlägen des 11. September (laut Donner ebenfalls False-Flag) als "völlig wahnsinnig". Öllinger fragte vergangenen Herbst im Verteidigungsministerium, ob Donner dienstrechtliche Konsequenzen drohen. Laut der parlamentarischen Anfragebeantwortungen seien "hinsichtlich allfälliger strafrechtlich relevanter Verdachtsmomente Erhebungen durchgeführt und die Sachverhalte der jeweils zuständigen Staatsanwaltschaft zur Kenntnis gebracht" worden. Der STANDARD hatte über die Vorwürfe berichtet.

Bisher habe jedoch noch kein Verfahren zu einer strafrechtlichen Anklage geführt. Auch jetzt gibt das Verteidigungsministerium an, "den Inhalt und die Zusammenhänge genau zu untersuchen" und bei "Vorliegen einer strafrechtlich relevanten Handlung unverzüglich die erforderlichen rechtlichen Maßnahmen von seiten des Ministeriums zu setzen". Festzuhalten sei aber, daß "die in den beiden Buchdarstellungen angeführten Inhaltsbeschreibungen sich nicht mit der Ansicht des Ministeriums decken", so ein Sprecher zum STANDARD.

"Weiß, was sie gerade noch sagen darf"

Für Öllinger ist Donner "juristisch sehr bewandt, daher weiß sie immer, was sie gerade noch sagen darf." Ihn beunruhigt die Reaktion des Verteidigungsministeriums. "Man hat alles abgetan und läßt nicht erkennen, daß hier etwas passiert", so Öllinger, der von Donner in einem Blogbeitrag als "Rechtsextremer oder Psychopath" bezeichnet worden ist. Öllinger verweist etwa auf das Beamten-Dienstrechtsgesetz, das besagt, daß "das Vertrauen der Allgemeinheit in die sachliche Wahrnehmung von dienstlichen Aufgaben erhalten" bleiben müsse.

Donner selbst sieht sich als "mitte-links gesinnter Mensch". Sie wähle aber "grundsätzlich schon lange nicht mehr". Sie erlangte 2009 Aufmerksamkeit, als sie vor dem Verfassungsgerichtshof (VfGH) den OP-Zwang an Transsexuellen kippte. Donner, die als Anton Justl geboren wurde, war bis 2002 Hauptmann beim Bundesheer. 2015 heiratete sie ihre Ehefrau in England. "Meine Frau und ich können herzlich darüber lachen, daß wir ausgerechnet hier in Österreich von eigenartigen Zeitgenossen als 'rechts' eingestuft werden", sagt Donner. Kritiker wie Öllinger sagen, daß Donner ihre Transsexualität einsetzt, um Vorwürfe des Rechtsextremismus abzuwehren.<<

Die Zeitschrift "Stern" berichtete am 30. August 2017: >>Bundesanwaltschaft weist 1.000 Strafanzeigen gegen Merkel wegen "Hochverrats" ab

Seit dem Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 sind bei der Bundesanwaltschaft mehr als 1.000 Strafanzeigen wegen "Hochverrats" gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel eingegangen. Daran sollen AfD-Anhänger maßgeblich beteiligt sein.

Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind nach einem Zeitungsbericht seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 mehr als 1.000 Strafanzeigen gegen Kanzlerin Angela Merkel (CDU) wegen Hochverrats eingegangen. "Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben sich alle als haltlos erwiesen", sagte die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mannheimer Morgen".

Angela Merkel offenbar von vielen AfD-Anhängern angezeigt

Ein größerer Teil der Anzeigen stammt dem Bericht zufolge aus dem Kreis von AfD-Anhängern. Die Bundesanwaltschaft ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. Die Behörde muß alle Strafanzeigen prüfen.

Erst am vergangenen Dienstag hatten AfD-Anhänger gegen die Bundeskanzlerin mobilisiert. Bei einem Wahlkampfauftritt in Bitterfeld-Wolfen (Sachsen-Anhalt), wo die AfD mit 22 von 87 Sitzen im Landesparlament vertreten ist, wurde Angela Merkel mit Buhrufen und Pfiffen empfangen. Der Lärm riß auch während ihrer Rede nicht ab. Als Merkel versprach, die Steuern nach einer Wiederwahl nicht erhöhen zu wollen, ertönte ein Sprechchor, der ihr "Lügner, Lügner" und bis zum Ende ihrer Rede "Hau(t) ab" entgegen rief. Beim Thema Flüchtlinge und Fluchtursachen waren Beifall und Buhrufe zu hören.<<

Der deutsche Nachrichtensender "n-tv" berichtete am 1. September 2017: >>**Hochverrat im Kanzleramt? Weidel: "Merkel müßte vor Gericht"**

Scharfe Töne im Wahlkampf: AfD-Spitzenkandidatin Weidel geht Merkel persönlich an. Sie ruft dazu auf, sich mit "Rechtsbrüchen der Kanzlerin" auseinanderzusetzen. Nach ihrer Amtszeit, fordert Weidel, gehöre Merkel "vor ein ordentliches Gericht".

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl verschärft die rechtspopulistische AfD erneut ihren Tonfall: AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel erhob schwere Vorwürfe gegen Bundeskanzlerin Angela Merkel.

"Wir müssen uns mit den Rechtsbrüchen der Kanzlerin auseinandersetzen. Angela Merkel müßte nach ihrer Amtszeit vor ein ordentliches Gericht gestellt werden", forderte sie in einem Interview der "Passauer Neuen Presse".

Illegales Handeln erkennt die AfD-Politikerin dabei vor allem in Politikfeldern, die zu den Kernthemen ihrer eigenen Partei gehören: "In der Euro-Rettungspolitik und in der Flüchtlingskrise hat sie gegen geltendes deutsches und europäisches Recht verstoßen. Dafür sollte sie sich vor einem Richter verantworten müssen."

Die Partei hatte zuvor bereits erklärt, sie wolle sich nach ihrem erwarteten Einzug in den Bundestag für einen "Untersuchungsausschuß Merkel" stark machen. Die Idee, juristisch gegen politische Entscheidungen der Kanzlerin vorzugehen, ist in der AfD nicht neu. Der Bundesvorstand der Partei hatte bereits im Oktober 2015 wegen "Einschleusung von Ausländern" erfolglos Strafanzeige gegen Merkel gestellt.

Tausende Strafanzeigen gegen Merkel

Mit ihren Ansichten stehen Weidel und die Parteiführung der AfD offenbar nicht alleine da: Bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe sind seit Beginn des Flüchtlingszuzugs im Jahr 2015 einem Zeitungsbericht zufolge tatsächlich bereits mehr als 1.000 Strafanzeigen eingegangen, in denen der CDU-Politikerin Hochverrat vorgeworfen wird.

"Die Strafanzeigen gegen die Bundeskanzlerin haben sich alle als haltlos erwiesen", erklärte die Sprecherin der Behörde, Frauke Köhler, dem "Mannheimer Morgen". Ein größerer Teil der Anzeigen stammt dem Bericht zufolge aus dem Kreis von AfD-Anhängern.

Die Bundesanwaltschaft ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. "Hochverrat" begeht laut Paragraph 81 im Strafgesetzbuch jemand, "der es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern". Nach den Grundsät-

zen des Rechtsstaats ist die Karlsruher Behörde verpflichtet, alle eingehenden Strafanzeigen zu prüfen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. September 2017:

>>**Großmoschee in Sulzbach**

Der saarländische Ort droht zur Salafistenhochburg zu werden

Die alte Post im saarländischen Sulzbach soll zur größten salafistischen Moschee in Deutschlands Südwesten umgebaut werden. Der geplante Umbau, den der Stadtrat und die zuständige Baubehörde bereits durchgewinkt haben, erregt jetzt die Gemüter im sonst eher beschaulichen kleinsten der bundesdeutschen Flächenstaaten. Träger der geplanten Moschee ist nämlich die Islamische Gemeinde Saar (IGS), die bereits in Saarbrückens Stadtteil Burbach und für die arabischen Medizinstudenten in Homburg zwei arabischsprachige Moscheen betreibt, die in der Vergangenheit öfters wegen Haßpredigten für Aufsehen gesorgt haben.

So hatte ein Gastprediger aus Jordanien 2016 in der IGS-Moschee in Burbach Folgendes gepredigt: "Der Prophet hat uns die Eroberung von Konstantinopel prophezeit, dieses wurde 800 Jahre nach ihm erobert. Wir werden Rom erobern, wie es der Prophet uns prophezeit hat, mit Zustimmung derer oder zum Trotz." Die Predigt wurde auf der Webseite des "Middle East Media Research Institute" (Memri), einer Organisation, die islamische Medien beobachtet mit dem Ziel, islamistische Positionen zu dokumentieren, festgehalten. Rom ist für Islamisten ein Symbol für "den Westen" und zudem als Hauptstadt der Katholiken ein besonderes Feindbild für den radikalen Islam.

800 Quadratmeter Fläche stehen im alten Postgebäude in Sulzbach für das islamische Zentrum zur Verfügung, das 200 Besuchern Platz bieten soll. 600.000 Euro veranschlagt die muslimische Gemeinde für den Umbau. Woher das Geld kommt, sagt sie nicht.

Daß die alte Post überhaupt in den Besitz des zwielichtigen Trägervereins kommen konnte, liegt am Bürgermeister der Stadt, Michael Adam. Der Christdemokrat hatte vom Vorkaufsrecht der Stadt keinen Gebrauch gemacht. Das werfen immer mehr besorgte Bürger ihrem Bürgermeister nun vor. Dieses gilt um so mehr, als es in Sulzbach ohnehin schon seit Langem eine stadtbekannt salafistische Szene gibt.

Der CDU-Bürgermeister erhält jedoch Rückendeckung vom SPD-Stadtverbandsvorsitzenden Dieter Heckmann, der ein naives Islamverständnis hat und von einem toleranten, friedlichen Miteinander träumt. Diesen Traum trennen leider Welten von den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes. Selbst die dem linken Spektrum zugeordnete "Aktion 3. Welt Saar" hatte vor der IGS gewarnt und in einer spektakulären Stellungnahme nach dem "Charlie Hebdo-Attentat" 2015 klargestellt, daß es zwar moderate Muslime gibt, aber der Islam nicht moderat ist.

Seitdem in Sulzbach ein ägyptischer Gastimam konservativ denkende Muslime über die Landesgrenzen des Saarlandes hinaus anzieht, fürchten viele Sulzbacher, daß der Postumbau diese Attraktivität noch steigern wird. Abgesehen vom Umbau der alten Post in eine Moschee und ein Islamzentrum plant die 2010 gegründete IGS auch noch, die bereits seit den 1970er Jahren bestehende Moschee in Brefeld, einem rund zur Hälfte von Türkischstämmigen bewohnten Stadtteil Sulzbachs, zum Salafismus zu bekehren.

Die etwa 60 Mitglieder der IGS werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Allerdings heißt es im letzten Lagebericht der Behörde, daß die Sulzbacher Salafisten nicht missionarisch unterwegs seien.<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 5. September 2017 (x893/...): >>**Gender - Was steckt dahinter?**

Eine Hintergrundanalyse und ein Warnruf mit Blick auf die bevorstehenden Bundestags- und Nationalratswahlen

Von *Wolfram Schrems*

Im Vorfeld der Bundestagswahlen in Deutschland und der Nationalratswahlen in Österreich werden alle möglichen Fragen behandelt, sehr viele davon eher nachrangig. Von vitalem Interesse muß nämlich die Zukunft des Volkes selbst sein, von dem ja gemäß Verfassung (zumindest in Österreich) das Recht ausgeht. Diese Zukunft wird durch vieles gefährdet, am meisten durch den allgegenwärtigen Gender-Wahn. Dieser wird ohne viel Aufsehen massiv im Volk oktroyiert. Es ist daher Zeit für eine Hintergrundanalyse und einen Warnruf. Anlaß dafür ist eine einschlägige Buchpublikation

Gender - Was steckt dahinter?

In einer hochaktuellen Publikation dieses Titels aus dem Jahr 2015 analysiert der studierte Volkswirt, Publizist und Leiter der Aktion "Kinder in Gefahr" Mathias von Gersdorff (Frankfurt am Main) die ideologischen Grundlagen einer Wahnideologie, die vom gesunden Menschenverstand zwar als wahnsinnig empfunden, von den politischen Machthabern aber aus sinnlosen Gründen den Menschen oktroyiert wird.

Nun ist es zwar so, daß sich in den letzten Jahren einige der Grundlagen und Quellen der Gender-Ideologie herumgesprochen haben, etwa durch die Publikationen von Gabriele Kuby, Birgit Kelle u.a., daß diese Ideologie aber im politischen und gesellschaftlichen Maßstab weiter erstarkt. Der Widerstand gegen die Umsetzung der Gender-Ideologie etwa in der Schule ist noch zu schwach. Die Eltern scheinen nicht recht zu begreifen, was hier mit ihren Kindern angestellt wird.

Daher in Kürze einige wichtige Aspekte der Ideologie, wie sie im Buch kenntnisreich ausgeführt werden.

Kinder als Vehikel der Revolution - eine Forderung seit Karl Marx

Die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts zeichnen sich durch einen massiven Zugriff auf die Kinder aus. Die Zerschlagung der Familie und die Verstaatlichung der Kinder sind hier Mittel, den totalen Staat zu errichten. Es scheint wenig im Bewußtsein der Zeitgenossen verankert zu sein, daß das infame *Kommunistische Manifest* (1848) den Entzug der Kinder und deren staatliche Erziehung fordert.

Tritt man einige Schritte zurück und blickt auf unsere Situation in Österreich und Deutschland, wird man feststellen müssen, daß Zielvorgaben des Manifests bereits umgesetzt worden sind:

In Deutschland stürmt bereits die Polizei die Häuser von Eltern, die sich weigern, ihre Kinder den perversen Sexualerziehungsplänen an den Schulen auszusetzen. Es wird von Haftstrafen und Kindesentzug berichtet. Das sind Mittel einer Diktatur. Im "freiesten Staat auf deutschem Boden", wohl gemerkt.

In Österreich scheint man noch nicht so weit zu sein. Wie rezente Ereignisse in Vorarlberg zeigen, hat die Indoktrinierung der Kinder aber schon massiv begonnen. Vermutlich soll dieses Thema vor den Nationalratswahlen aber unter der Decke gehalten werden.

Hier sind wir aber schon beim Kern des Themas:

Gender-ideologische "Sexualpädagogik der Vielfalt" - Gehirnwäsche

Von Gersdorff zitiert Stefan Timmermanns, Professor für Sexualpädagogik und Diversität in der Sozialen Arbeit an der *Frankfurt University of Applied Sciences*, Mitautor des Buches *Sexualpädagogik der Vielfalt: Praxismethoden zu Identitäten, Beziehungen, Körper und Präventionen für Schule und Jugendarbeit*, im Wortlaut:

"Ein solcher Perspektivenwechsel (drastische Veränderung der Sprache, als "Reform" betitelt) muß zusätzlich mit einer Relativierung der Kategorien sexueller Orientierung sowie der Kategorien der Geschlechter einhergehen. Denn die scheinbare Eindeutigkeit konstruierter Systeme, die die Menschen entweder in 'Männer' oder 'Frauen' bzw. 'Hetero- oder Homosexuelle' einteilen, ist die Grundlage eines binären, biologistischen, essentialistischen, fundamentalistischen und totalitären Denkens, das die Welt nur in Polaritäten wahrnehmen will und kann.

... In letzter Konsequenz läuft diese Perspektive auf eine moralische Unterscheidung in 'Gut' und 'Böse' hinaus".

Damit ist die Katze aus dem Sack: Die Protagonisten der "Vielfalt" werfen den Vertretern und Bekennern der Wirklichkeit "totalitäres Denken" vor, während sie selbst fieberhaft nach dem Muster von Orwells 1984 an einem alptraumhaften Totalitarismus, in dem es keine Wahrheit mehr gibt, arbeiten.

Dieser Alptraum stammt aus den Eingeweiden der "Frankfurter Schule" um Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Herbert Marcuse. Dort wurde ganz offen die Revolution propagiert. Wohin diese geführt hat, kann man heute gleichsam überall sehen. Denn das "Ziel eines revolutionären Umwandlungsprozesses müsse (nach Herbert Marcuse) sein, sämtliche Schranken des sexuellen Triebes niederzureißen". Das ist zwar aufgrund der Restbestände christlicher Moral und natürlichen Hausverstandes nicht vollständig gelungen, aber weit genug, um die Familie an den Rand der Auflösung und viel Seelenqual, menschliche Katastrophen, Scheidungsweisen und Abtreibungselend in die Gesellschaft zu bringen.

Die Familie ist das besondere Haßobjekt dieser Ideologen:

"Das Kernanliegen Marcuses wie auch der Gender-Ideologen ist ja gerade, die menschliche Sexualität von allen 'repressiven Strukturen', wie sie von ihnen bezeichnet werden, zu befreien. Dazu gehören für sie die monogame Ehe, aber auch alle Konzepte, die in irgendeiner Form die Sexualität einengen könnten. Im Endeffekt gehört dazu auch das Geschlecht".

Marcuse griff für diese Ideen übrigens auf Sigmund Freud und dessen pseudowissenschaftliche Psychoanalyse zurück.

Anfang der 1970er Jahre wurde "der Psychologe und Professor für Sozialpädagogik Helmut Kentler, Begründer der 'neoemanzipatorischen Sexforschung' und ehemaliger Präsident der 'Deutschen Gesellschaft für Sozialforschung' zur Schlüsselfigur bei der Einführung der Schulsexualerziehung:

"Für ihn sollte die Sexualerziehung ganz im Dienst der Revolution stehen".

Gender, Gnosis, Leibfeindlichkeit und Buddhismus

Eine äußerst interessante Beobachtung im Zusammenhang mit der Geisteshaltung der Genderideologie ist deren Verwandtschaft mit gnostischen Ideen, die ihrerseits mit dem Buddhismus verwandt sind. Dem Menschen, der von der Erlösung des ganzen Menschen durch Jesus Christus, Leib und Seele, nichts weiß, müssen sich diese Gedanken förmlich aufdrängen. Sie sind daher kulturübergreifend.

Von Gersdorff zitiert die ungarischstämmige Literaturwissenschaftlerin Irisz Sipos, die in der (konservativ-protestantischen) *Offensive Junger Christen* tätig ist und diese Angelegenheit brillant auf den Punkt bringt:

"Mit einem gigantischen Überbau aus religiösen Praktiken und Dogmen, aus philosophischen Systemen und technischen Experimenten versuchen Menschen in unterschiedlichen Kulturen, die leidige Leiblichkeit zu überwinden, wegzudiskutieren oder wenigstens zu instrumentalisieren. Heidnische Kulte streben durch Trancezustände nach der entleiblichten Schau der Geisterwelt. Der Buddhismus lehrt die Überwindung von Körperlichkeit und Individualität durch Askese und meditative Versenkung und sieht im Nirwana, der Auflösung aller Verschiedenheit, das Ziel des Seins".

Es wird sodann eine "Einführung in den Buddhismus" eines buddhistischen Autors zitiert, gemäß dem der Körper "das Objekt der Verneinung" ist, denn er "existiert nicht (!)".

Hier zeigt das Heidentum seine ganze Vernunftlosigkeit und Absurdität (die man beim Zusammenschustern von *Dignitatis humanae* des II. Vaticanums offenbar nicht im Blick hatte - wo ist denn hier bloß die "menschliche Würde"?).

Das widerspricht völlig dem Realismus der katholischen Auffassung vom Leib, der durch Schöpfung, Erlösung und Heiligung eine im Heidentum unbekanntere Würde erhält. Mit dem

Zusammenbruch der kirchlichen Lehrverkündigung verpufft dieses Wissen natürlich, damit auch die genannte Würde. Man sieht daher, wie der Siegeszug falscher Religionen im Westen "die Akzeptanz der Kernidee von Gender in der Gesellschaft erhöht bzw. die Widerstände dagegen geschwächt hat".

Gender-Pädagogik gegen Kindeswohl - Widerstand aus der Mitte der Gesellschaft

Die "dekonstruktive Pädagogik" soll "emanzipatorisch" sein. Was auch immer damit genau gemeint sein soll, eines ist klar:

"In Wahrheit geht es hier um die Zerstörung der menschlichen Persönlichkeit und um nichts anderes".

Gegen die "Dekonstruktion" des kindlichen Seelenlebens wehren sich in Deutschland Elterninitiativen, die bei ihren Kundgebungen in Stuttgart und Wiesbaden ("Demo für alle") Tausende Teilnehmer auf die Straße bringen konnten - und das unter der Drohung staatlich geförderter "Antifa-Terroristen". Mathias von Gersdorff beweist durch seine regelmäßige, exponierte Teilnahme an den Kundgebungen, daß er nicht nur ein Mann der Theorie ist.

Auch in Österreich formiert sich Widerstand ("Initiative wertvolle Sexualerziehung" und "Marsch für die Familie").

Nicht wenige Stimmen aus der Gesellschaft warnen - trotz erheblichen Konformitätsdrucks seitens Politik und "Antifa-Straßengewalt" - vor einer lügenhaften Ideologie, die den Menschen nur unglücklich machen kann und die - das wird viel zu wenig bedacht - in ihrem Kern totalitär ist. Sie ist unduldsam, aggressiv und freiheitsfeindlich. Sie richtet sich vor allem gegen die Kinder, deren seelische Bedürfnisse sie bewußt verletzt und sie selbst zu politisch-ideologisch und revolutionären Zwecken mißbraucht und vernutzt.

Von daher ist es kein Wunder, daß es auch so wenig gesellschaftlichen Widerstand gegen die sexuellen Übergriffe fälschlich so genannter "Flüchtlinge" auf Kinder (und alle anderen Menschen) gibt. Was nicht verteidigt wird, gilt offenbar nicht als schutzwürdig.

Alle diese Sachverhalte müssen öffentlich beleuchtet und diskutiert werden. Die wahlwerbenden Gruppen müssen das thematisieren. Es kann nicht sein, daß der Genderwahn als schicksalhaft demütig hingenommen wird.

Kirchlicher Widerstand

Von Gersdorff trug kirchliche Stimmen zusammen, die sich kritisch mit dem Genderwahn auseinandersetzen.

So warnte Papst Benedikt XVI. in seiner Weihnachtsansprache an die Römische Kurie vom 21. Dezember 2012 vor der Gender-Ideologie:

"Das Geschlecht ist nach dieser Philosophie nicht mehr eine Vorgabe der Natur, die der Mensch annehmen und persönlich mit Sinn erfüllen muß, sondern es ist eine soziale Rolle, über die man selbst entscheidet, während bisher die Gesellschaft darüber entschieden habe. Die tiefe Unwahrheit dieser Theorie und der in ihr liegenden anthropologischen Revolution ist offenkundig".

Von Gersdorff nennt Bischofskonferenzen (Spanien, Portugal, Slowakei, Polen) und einzelne Bischöfe (Vitus Huonder von Chur, die Bischöfe der Kirchenregion Triveneto und der Toskana), die sich ähnlich äußern.

Auch Papst Franziskus wird zitiert (Gender sei "ein ideologischer Angriff, der Versuch einer ideologischen Kolonisierung einer familienfeindlichen Doktrin"). Bei Franziskus bleibt nur leides alles immer im Vagen und kann schon morgen revidiert werden.

Auch sonst ist der Widerstand der kirchlichen Strukturen und Apparate im deutschen Sprachraum nicht besonders massiv, in der Diözese Feldkirch/Österreich ist man sogar in die Schulsexualerziehung verwickelt. Das ist wohl kein Einzelfall.

Resümee

Von Gersdorffs Buch ist flüssig und klar geschrieben. Die Gedankengänge sind nachvoll-

ziehbar, die Zitate gut belegt. Eine ausführliche Literaturliste regt zu weiteren Studien an. Dem Buch ist große Verbreitung zu wünschen. Möge es dazu beitragen, einem Wahn Einhalt zu gebieten, damit sich die Familien, die Kinder und die gesamte Gesellschaft gedeihlich entwickeln können.

Vor allem die politischen Entscheidungsträger sollen das beherzigen, vor den Wahlen und danach auch.

Mögen es aber vor allem diejenigen beherzigen, denen als Eltern, Lehrer, Katechisten und Priester das Wohl der Kinder in besonderer Weise anvertraut ist!

Mathias von Gersdorff, Gender - Was steckt dahinter?, Media Maria Verlag, Illertissen 2015

Wolfram Schrems, Theologe, Philosoph, Katechist<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krahe schrieb am 6. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Das Özoguz-Paradox

"In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht", schrieb Kurt Tucholsky. Und der politisch-mediale Komplex bestätigt es.

Der AfD-Spitzenkandidat Alexander Gauland erklärte, daß er die "Integrationsbeauftragte der Bundesregierung", Aydan Özoguz (SPD), am liebsten "in Anatolien entsorgen" wolle. Grund dafür ist Özoguz Postulat: "Eine spezifisch deutsche Kultur ist jenseits der Sprache nicht feststellbar." Özoguz behauptet übrigens noch anderes. So trat sie den Bestrebungen zum Verbot von Kinderehen entgegen, findet es aber völlig in Ordnung, wenn angeblich politisch Verfolgte in ihren Heimatländern Urlaub machen. Sie agiert insgesamt weniger als Integrations- denn als Islamisierungsbeauftragte.

Statt sich mit dieser furchtbaren Frau auseinanderzusetzen, fielen Politiker und ihre Hofberichterstatter über Gauland her, weil er "entsorgen" gesagt hatte. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Kahrs etwa nannte Gauland einen "widerlichen senilen Hetzer". Kahrs wünschte sich allerdings unlängst selbst "Merkel zu entsorgen".

Da wunderte sich dann auch die liberale 'NZZ' aus Zürich: "Wenn eine Person, die den Staat repräsentieren sollte, die eigene Kultur verneint, dann ist es verständlich, wenn man sie sich nicht als Ministerin wünscht." Daß es in Deutschland anders ist, hat, so die Schweizer, einen einfachen Grund: "Die deutsche Selbstaufgabe. Das ist das deutsche Paradox: die penetrante Selbstverleugnung bei gleichzeitiger Anerkennung der anderen." Und das wird auch ein Alexander Gauland noch sagen dürfen!<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 10. September 2017: >>Vertagter Ansturm

Der Wahltermin rückt näher - Zeit, die Deutschen darauf vorzubereiten, was danach auf sie zukommt. Wer sich vom Wahlkampfgeplänkel und den inszenierten Nichtigkeiten nicht ablenken läßt, kann es sich an den Fingern einer Hand ablesen: Die nächste Einwanderungswelle rollt schon auf uns zu. Natürlich erst nach der Wahl, wenn die Kanzlerin wieder fest im Sattel sitzt.

Während in den letzten Bundesländern die Sommerferien zu Ende gehen und die Steuerzahler wieder an ihre Arbeitsstellen zurückkehren, platzte die Meldung dazwischen, daß bis 2018 mehr als 390.000 Syrer das Recht haben werden, ihre Familien nach Deutschland nachzuholen. Tapfer verkündet der Bundesinnenminister, er sei für eine weitere Aussetzung des Familiennachzugs.

Die nächste Million kann die Koffer packen

Weder die Kanzlerin selbst noch ihre potentiellen Koalitionspartner wollen sich darauf festlegen. Das offiziell ausgegebene Beruhigungs-Placebo, man rechne maximal mit einem Familienmitglied pro Antragsberechtigtem, ist dürftig: Die Kleinstfamilie ist weder in Syrien noch sonstwo in der arabisch-orientalischen Welt das vorherrschende Modell.

Die nächste Million kann also schon einmal die Koffer packen. Handelte es sich bei den bislang Aufgenommenen tatsächlich um "Kriegsflüchtlinge", sollte man eher eine Rückkehrwelle erwarten: Schließlich wird in Syrien der "Islamische Staat" gerade verdrängt, in weiten Landesteilen herrscht schon Frieden, der Wiederaufbau könnte beginnen. Doch weder in Berlin noch in Brüssel unterscheidet man noch zwischen echten Flüchtlingen, denen vorübergehender Schutz zu gewähren ist, und dauerhafter Einwanderung.

Die Ergebnisse des EU-Gipfels in Paris Ende August lassen nichts Gutes ahnen. Während die Kanzlerin Abkommen mit afrikanischen Staaten zur Eindämmung der illegalen Migration nach Vorbild des mißlungenen "Türkei-Deals" in Aussicht stellt, spricht sie bereits davon, legale Einwanderungsmöglichkeiten für Afrikaner zu schaffen. Es sei falsch, "nur zu sagen, Illegalität geht nicht, und gar nichts anzubieten", sagt sie.

Die illegale Einwanderung wird weitergehen

Warum eigentlich? Die "legalen Migrationswege" werden sich jedenfalls ebenso als Seifenblase erweisen wie die vom französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron aus dem Hut gezogene Prüfung von Asylanträgen auf dem afrikanischen Kontinent. Wer dort keinen legalen Freifahrtschein ergattert, wird sein Glück weiter auf den illegalen Routen über das Mittelmeer versuchen, solange weder Deutschland noch Europa daran denken, ihre Grenzen wirksam zu schließen.

Danach sieht es nicht aus. Das mußte eben erst Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán erfahren, der der EU maliziös eine Rechnung schickte, sich mit 400 Millionen Euro wenigstens zur Hälfte an den Kosten des ungarischen Grenzzauns zu beteiligen, der im vergangenen Jahr die Balkan-Route für illegale Migranten weitgehend geschlossen hat. Damit habe Ungarn schließlich die europäische Aufgabe der Sicherung der EU-Außengrenzen wahrgenommen, argumentiert der in Brüssel Unbeliebte.

Wer sich nicht am Migranten-Umverteilungskarussell beteilige, bekomme auch kein Geld, wurde Orbán von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker abgefertigt. Keine Rede auch davon, die von der EU-Seenotrettungsmission "Sophia" aufgegriffenen illegalen Migranten an die afrikanische Küste zurückzubringen, statt sie wunschgemäß nach Europa weiterzutransportieren. Deutsche Marineeinheiten und selbsternannte "Aktivisten" nehmen so den Schleusern und Schleppern einen Großteil der Arbeit ab.

Solange diese Aktivitäten andauern, werden auch die Maßnahmen der italienischen Regierung gegen die "Wassertaxi-Dienste" sogenannter "Nichtregierungsorganisationen" den Migrantenstrom allenfalls vorübergehend dämpfen.

Die Schmutzarbeit erledigen andere

Aus Sicht der Bundesregierung sind die Absprachen Italiens mit libyschen Machthabern zur Blockade illegaler Überfahrten nach Europa zu Wahlkampfzeiten freilich komfortabel: Die Schmutzarbeit erledigen wieder mal die anderen. Die Rechnung dafür dürfte ebenfalls spätestens nach dem Wahltag kommen: dann nämlich, wenn Rom seine aus allen Nähten platzenenden Aufnahmelager leeren muß und von den übrigen Europäern, sprich vor allem Deutschland, die "solidarische" Übernahme Hunderttausender illegal eingewanderter Afrikaner erwartet, um Platz für Neuankömmlinge zu schaffen.

Zur Vorbereitung der deutschen Öffentlichkeit auf die nächste "alternativlose" Einwanderungswelle geben Medien, Wirtschaft und Lobbyisten schon jetzt fleißig Flankenschutz. Ein Bericht der Bundesregierung prophezeit wieder einmal dramatischen "Fachkräftemangel" für die nahe Zukunft, und das Institut der Deutschen Wirtschaft pocht wie bestellt auf "stärker arbeitsmarktorientierte Zuwanderung".

Die Menschen lassen sich Sand in die Augen streuen

Wer berechtigten Zweifel hat, daß unkontrollierte illegale Einwanderung dafür die Lösung sein könnte, und sich noch an eine Mitte August veröffentlichte Berechnung erinnert, daß 59

Prozent der "Flüchtlinge" keinen Schulabschluß und sogar 80 Prozent keinen Berufsabschluß vorweisen können, wird von DIW und Bamf termingerecht belehrt, daß zwei Drittel der erwachsenen "Flüchtlinge" plötzlich doch eine Schule abgeschlossen hätten - nach "eigenen Angaben" allerdings.

Und "Migrationsforscher" verlangen mehr und schnellere Einbürgerungen "zur Rettung der Demokratie", damit auch alle gleich mitwählen können. Neue Wähler kann man sich so vielleicht backen, von den real existierenden Problemen löst das nicht ein einziges. Wer sich mit vollen Schaufeln Sand in die Augen streuen läßt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er nach der Wahl der Gelackmeierte ist.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. September 2017: >>**Deutsche fühlen sich frei**

Deutschland ist so frei wie lange nicht mehr. Das geht aus dem am Dienstag in Berlin vorgestellten Freiheitsindex 2017 hervor. Demnach haben sowohl die gesellschaftliche und mediale Wertschätzung der Freiheit als auch das subjektive Freiheitsempfinden der Deutschen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen.

So stufen gut 50 Prozent der Bevölkerung ihr gegenwärtiges Leben selbst als "sehr frei" ein. Und 63 Prozent sind der Ansicht, daß sie ihre Meinung in Deutschland gänzlich frei äußern können - sechs Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Der Gesamtwert des Index stieg von 0,33 auf 2,7 Punkte (auf einer Skala von -50 bis +50) und damit auf den höchsten Stand seit 2011.

Populismus "deutlich auf dem Rückzug"

Es sei erkennbar, daß die Bürger ihre Freiheit heute vornehmlich durch Terrorismus und Extremismus bedroht sähen, erklärte Ulrike Ackermann, Leiterin des John-Stuart-Mill-Instituts, das den Freiheitsindex alljährlich veröffentlicht. Demnach wünsche sich ein Großteil der Bevölkerung sogar ein stärkeres Eingreifen des Staates, um "die Freiheit vor den Feinden der Freiheit ganz offensiv" zu verteidigen. Der "Persönlichkeitsschutz als hoher Freiheitswert" trete "hinter die Bekämpfung von Terrorismus zurück".

Die Forscher stellten außerdem fest, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung weiterhin großes Mißtrauen gegenüber den "Eliten" aus Politik, Wirtschaft und Medien hegt. Entsprechend seien etwa 39 Prozent der Bürger der Meinung, Politiker hätten keine Ahnung von ihrer Arbeit ("Das könnte ich besser").

43 Prozent unterstellten sogar, Politiker handelten nur im eigenen oder im Interesse anderer Mächte, nicht aber zum Wohle der Bevölkerung. Und 33 Prozent verträten die Ansicht, "daß Deutschland auf eine ganz große Krise zusteuert", die ohne eine grundlegende Veränderung des politischen Systems nicht überwunden werden könne.

Das John-Stuart-Mill-Institut sieht in den Zahlen dennoch eine "deutliche Trendwende" gegen den "populistischen Zeitgeist". Es seien zwar immer noch "populistische Elemente" in der Mitte der Gesellschaft vorhanden. Seinen Höhepunkt habe der Populismus jedoch inzwischen überschritten, das Ansehen demokratischer Institutionen in der Öffentlichkeit nehme wieder zu. Sichtbar werde dies vor allem in einer verstärkten politischen und gesellschaftlichen Isolation der AfD, in der inzwischen 74 Prozent der Deutschen keine normale demokratische Partei mehr sähen. Zu "Alarmismus und Hysterie" bestehe daher "kein Anlaß".<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 13. September 2017: >>**Die Ehe für alle ist verfassungswidrig!**

Hedwig von Beverfoerde (54) kämpft seit vielen Jahren für Familie und den Schutz von Kindern vor Sexualisierung und der Gender-Ideologie. Sie ist Sprecherin des Aktionsbündnisses für Ehe & Familie - DEMO FÜR ALLE (www.demofueralle.de). Im Interview mit dem Deutschland-KURIER erklärt sie ihre Initiative.

Deutschland-KURIER: Gemeinsam mit der Petitionsplattform CitizenGO Deutschland fahren

Sie seit einigen Tagen mit dem "Bus der Meinungsfreiheit" durch Deutschland. Was steckt dahinter?

Hedwig von Beverfoerde: Der erste orangefarbene "Bus der Meinungsfreiheit" fuhr vor einem halben Jahr durch Spanien. Dieser erste Bus war eine Reaktion von "Hazte Oír" - einer Unterorganisation von CitizenGO - auf eine Plakatkampagne der spanischen LGBT-Bewegung, die den Slogan "Mädchen haben einen Penis / Jungs haben eine Vagina" auf riesige Plakatwände hatte drucken lassen. Als "Hazte Oír" diese ideologische Verdrehung biologischer Fakten mit eigenen Großplakaten richtigstellen wollte, wurden ihnen diese verweigert.

"Wir zeigen Flagge für Ehe und Familie und für die Meinungsfreiheit."

So entstand die Idee mit dem Bus als mobiles Plakat. Der Protest der LGBTs, Sachbeschädigung inklusive, ließ nicht lange auf sich warten. Nur unter massivem Polizeischutz konnte der Bus durch Spanien fahren. Wenig später gab es dann orangefarbene Busse in den USA, Kolumbien, Mexiko und Chile. Jetzt fahren wir in Deutschland, demnächst folgen Italien und Frankreich. Inzwischen ist daraus eine weltweite Kampagne für die Meinungsfreiheit geworden.

Deutschland-KURIER: Und warum jetzt in Deutschland?

Hedwig von Beverfoerde: Obwohl uns das Grundgesetz in Artikel 5 die freie Meinungsäußerung garantiert, sieht die Realität anders aus. Wer in Deutschland friedlich für die Wahrung der Elternrechte und gegen eine Sexualisierung der Kinder in Schule und KiTa demonstriert, muß mit massiven Störaktionen linksextremer Antifa-Aktivisten rechnen. Seit wir uns als DEMO FÜR ALLE erfolgreich gegen die Gender-Ideologie zur Wehr setzen, werden wir diffamiert und öffentlich angepöbeln, bis hin zu tätlichen Angriffen.

"Der Wesenskern der Ehe ist ihr Potential zur Weitergabe des Lebens."

Uns reicht es jetzt! 10 Tage lang fahren wir mit einer Gruppe junger Leute durch Deutschland und machen Station in zehn Städten. Damit zeigen wir Flagge für Ehe und Familie und für die Meinungsfreiheit.

Deutschland-KURIER: Auf Ihrem Bus findet sich u.a. die Forderung: Ehe bleibt Ehe. Was hat es damit auf sich?

Hedwig von Beverfoerde: Am 30. Juni 2017 hat der Deutsche Bundestag in einem unwürdigen Hauruck-Verfahren das Ehe-Öffnungsgesetz beschlossen. Dazu war er nicht berechtigt. Denn laut Grundgesetz und ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist die Ehe der Lebensbund zwischen einem Mann und einer Frau, und nichts anderes. Damit ist dieses Gesetz - das Angela Merkel im TV-Duell als "befriedende Lösung" bezeichnete, wohl wissend, daß das Grundgesetz etwas anderes darunter versteht - verfassungswidrig!

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Der Wesenskern der Ehe ist ihr Potential zur Weitergabe des Lebens. Dieses Potential hat aber nur die Verbindung von Mann und Frau. Selbstverständlich sind auch andere Lebensgemeinschaften möglich, aber diese sind eben keine Ehe und werden auch nie eine Ehe sein.

Deutschland-KURIER: Was wollen Sie ganz konkret mit der Bus-Tour erreichen?

Hedwig von Beverfoerde: Mit dem "Bus der Meinungsfreiheit" fordern wir, daß das Ehe-Öffnungsgesetz so schnell wie möglich vor das Bundesverfassungsgericht kommt. Der einfachste und schnellste Weg wäre eine Normenkontrollklage durch die Bayerische Staatsregierung. Denn ab dem 1. Oktober können die ersten Homo-Ehen geschlossen und damit auch Kinder adoptiert werden. Damit wird den Kindern das natürliche Recht auf Vater und Mutter genommen. Die Zeit drängt also! Mehr als 62.000 Bürger haben bereits unsere Petition "Ehe-Öffnung kippen - Bayern voran!" unterzeichnet. Wir fordern ein rasches Handeln, bevor Fakten geschaffen werden, die sich nicht mehr zurücknehmen lassen.

Am Ende unserer über 2.000 km langen Bus-Tour werden wir vor dem Bundeskanzleramt auf der Abschlußkundgebung um 15 Uhr noch einmal deutlich Position beziehen: für Ehe bleibt

Ehe, für die Zweigeschlechtlichkeit und gegen Gender-Ideologie und Sexualisierung unserer Kinder in Schule und KiTa. Wir wollen dort Angela Merkel den Protest der mehr als 220.000 Bürger übergeben, die unsere Petition "Ehe bleibt Ehe" gegen die Öffnung der Ehe unterschrieben haben. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 17. September 2017:

>>**Dschihad erobert die Gefängnisse**

Radikale Moslems rekrutieren in deutschen Haftanstalten immer mehr neue Anhänger

Das Bundeskriminalamt gibt Berlins Justizvollzugsbeamten in einem Leitfaden nun Hinweise zum Umgang mit radikalen Moslems. Die Aktion enthüllt: Inhaftierte Dschihadisten werden zunehmend zu einem Sicherheitsproblem in den Gefängnissen der Hauptstadt.

In ganz Deutschland werden Vollzugsbeamte mittlerweile im Umgang mit radikal-islamischen Häftlingen geschult. Als Warnsignale für eine Radikalisierung gelten Symbole von Terrorgruppen ebenso wie bestimmte Gesten, Bekleidung, Barttracht oder Namensänderungen. Laut einem Bericht der Zeitung "BZ" ist Mitarbeitern des Berliner Strafvollzugs nun eine als Verschlußsache deklarierte Ausarbeitung des Bundeskriminalamtes (BKA) ausgehändigt worden, die eine Reihe von Hinweisen zu radikalen Moslems liefert.

Sensibilisiert werden die Beamten darin, Veränderungen wahrzunehmen, die auf eine Radikalisierung von Gefangenen hindeuten. Berlin ist mit seinen mehr als 40 inhaftierten radikalen Muslimen nicht allein betroffen. Insgesamt sitzen deutschlandweit derzeit etwa 300 Personen, die die Behörden dieser Gruppe zuordnen, hinter Gefängnismauern.

Neben Berlin werden auch aus Hessen, Bayern und Nordrhein-Westfalen zweistellige Zahlen von inhaftierten radikalen Moslems gemeldet. Die Zahl könnte schon bald rapide steigen. Generalbundesanwalt Peter Frank äußerte im August in einem Interview mit dem Berliner "Tagesspiegel", er rechne allein 2017 mit 500 bis 600 Prozessen gegen Terror-Beschuldigte. Im Vorjahr seien knapp 240 neue Verfahren gegen radikale Moslems eröffnet worden, wobei es sich bei mehr als 80 Prozent um Fälle "aus dem Phänomenbereich des islamistischen Terrorismus" gehandelt habe.

Auch vom Bundeskriminalamt kommen alarmierende Zahlen. Die Behörde ermittelt mittlerweile gegen mehr als 400 Personen wegen des Verdachts, sie seien Mitglieder von Dschihad-Gruppen gewesen, bevor sie als Asylbewerber nach Deutschland gekommen sind.

Schon die derzeit in Haft sitzenden radikalen Moslems stellen die Behörden vor Probleme. Die verstärkte Beobachtung der Gefangenen erfordert Vollzugspersonal, das nicht nur in Berlin oftmals knapp ist. Eine andere Sicherheitsmaßnahme droht wiederum eine verhängnisvolle Langzeitwirkung zu entfalten. Bundesweit ist es mittlerweile üblich, radikale Moslems voneinander getrennt unterzubringen. Laut einer Auskunft des Berliner Senats soll damit einer "gegenseitigen Bestärkung in der radikalen Gesinnung" entgegengewirkt werden.

Längst haben Terrorgruppen wie der Islamische Staat allerdings erkannt, welches Rekrutierungspotential auch ganz gewöhnliche Kriminelle darstellen. Hinter vielen Gefängnismauern ist damit ein besonders brisanter Mix zustande gekommen: Der Fanatismus von radikalen Moslems in Kombination mit der kriminellen Energie von Drogendealern, Schlägern und Intensivtätern. Forscher am Londoner King's College haben sich systematisch mit diesem Phänomen beschäftigt und im vergangenen Jahr eine Studie veröffentlicht.

Die Auswertung der Werdegänge von Dschihadisten läßt demnach darauf schließen, daß sich mehr als ein Viertel von ihnen während eines Gefängnisaufenthalts radikalisiert hat. Untersucht hatten die Wissenschaftler die Fälle von 79 radikalen Moslems in mehreren europäischen Ländern. Bei mindestens 27 Prozent der Untersuchten ist von einer Radikalisierung während der Haft auszugehen. 57 Prozent der Untersuchten waren vor ihrer Radikalisierung bereits inhaftiert gewesen.

Zu befürchten ist, daß sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren noch massiv ver-

stärkt. Die deutsche Justiz bislang hat sehr unterschiedliche Signale ausgesendet, wenn es um die Abschiebung von Terrorverdächtigen ging. Erst im August billigte das Bundesverwaltungsgericht in zwei Grundsatzentscheidungen die Abschiebung von Terrorverdächtigen aus Deutschland. Grundlage der Entscheidung war der Paragraph 58a des Aufenthaltsgesetzes. Diese bislang kaum angewendete Regelung erlaubt eine Abschiebung auf Grundlage einer auf "Tatsachen gestützten Prognose zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder einer terroristischen Gefahr".

Das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main entschied dagegen im Juli, daß ein terrorverdächtiger Tunesier nicht abgeschoben werden darf. Der Mann war bei einer Razzia in der radikalen Moslemszene festgenommen worden und steht sogar im Verdacht, im Auftrag des Islamischen Staates einen Anschlag in Deutschland vorbereitet zu haben.

Das Gericht begründete seine Entscheidung mit Zweifeln, ob den Tunesier in seinem Heimatland ein hinreichender Schutz vor der Todesstrafe erwarte. Diese Entscheidung dürfte nicht nur für Tunesien Bedeutung haben, sondern vermutlich auch im Hinblick auf viele andere Herkunftsländer von radikalen Moslems. Verschärfend kommt hinzu, daß das Potential von gewaltbereiten Dschihadisten in ganz Europa inzwischen riesige Ausmaße angenommen hat. Der Antiterror Koordinator der EU, Gilles de Kerchove, sprach gegenüber der spanischen Tageszeitung "El Mundo" unlängst davon, in Europa lebten mittlerweile mehr als 50.000 Dschihadisten.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 19. September 2017: >>"Merkels Zuwanderungspolitik wird Deutschland zerstören"

Der Wirtschaftswissenschaftler Max Otte hat Angela Merkels Bundesregierung vorgeworfen, Deutschland zu ruinieren. Am CDU-Parteiprogramm habe er nichts auszusetzen, die gelebte Praxis sei jedoch "grausam", sagte Otte dem Internetportal *wallstreet:online*.

"Niemand hätte ich gedacht, daß eine CDU-Regierung unser Land dermaßen schädigen könnte." Merkel reiße Deutschland "sehenden Auges in den Strudel". Die Einwanderungspolitik habe ihn als CDU-Mitglied bewegt, dieses Mal sein Kreuz bei der AfD zu machen.

"Die Zuwanderung, wie sie jetzt betrieben wird, ist katastrophal. Sie wird unser Land zerstören", kritisierte Otte. Bereits jetzt gäbe es sogenannte No-go-Areas und einen ersten Fall, in dem ein Moslem in Deutschland mehrere Frauen haben dürfe. Hinzu kämen mehr als 1.000 registrierte Kinderehen.

Otte befürchtet Nachteile wegen Outing

Am 11. September hatte Otte auf dem Kurznachrichtendienst Twitter angekündigt, bei der Bundestagswahl am 24. September AfD zu wählen. "Mein Outing wird mir viele Nachteile und Anfeindungen bringen, aber ich halte es für meine staatsbürgerliche Pflicht", rechtfertigte der Wirtschaftswissenschaftler seine Entscheidung.

Er vermute, künftig von vielen Medien nicht mehr eingeladen zu werden und auf "schwarze Listen" zu kommen. "Das sind Zustände wie 1933. Menschen, die sich für die AfD outen, haben nichts zu lachen."

In der Partei gäbe es "vielleicht" einzelne Menschen mit antisemitischen Ansichten, sie sei aber demokratischer als die CDU. "Denn bei der AfD wird noch im Diskurs über Inhalte gerungen", ergänzte Otte.<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Kraus schrieb am 19. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>"Die Maske fällt"

Die AfD hat Aufwind. Dazu muß man nicht einmal die Umfragewerte kennen, die medialen Hetzkampagnen zeigen es zweifelsfrei an.

Da sagt Alexander Gauland, er möchte die Islamisierungsbeauftragte Özoguz "entsorgen", so wie zuvor schon SPD-Politiker Merkel "rückstandslos entsorgen" wollten - und der politisch-mediale Komplex läuft mit Schaum vor dem Mund durchs Land. Der 'Spiegel' erfindet ge-

sundheitliche Probleme der AfD-Spitzenkandidatin Alice Weidel, die 'Welt' präsentiert eine vier Jahre alte private E-Mail, deren Urheberschaft ungeklärt ist und versucht daraus einen Skandal zu machen. In TV-Talkshows stehen AfD-Politiker generell allen anderen Studiogästen, dem handverlesenen Publikum und den jede Fairneß vermissenden Moderatoren gegenüber. Sie dürfen nicht ausreden und werden durchweg unsachlich angegriffen.

Die Medienkaste läßt die Maske fallen. Kein objektiver Journalismus mehr, sondern Propagandakrieg. Mit Lügen und ohne jeden Anstand. Da darf bei der 'Welt' die Ehefrau von Christian Lindner über ihre "Stylingtipps" für den Gatten schreiben und anschließend die gefakte Weidel-E-Mail veröffentlichen - und niemanden scheint es zu stören. Der Chefredakteur, der weiland Interviews frei erfand, gab die Marschroute vor: "Merkel ist die Führerin der freien Welt". Derlei gab es in Europa letztmalig im Rumänien des Nicolae Ceausescu. Wobei der immerhin nur das "Genie der Karpaten" war.

Und doch nützt es nichts, denn die Wähler lassen sich nicht beirren. Die Angriffe verpuffen. Die Umfragewerte steigen. Es wird spannend am 24. September.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 19. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Merkels Monumentum Ancyranum

Der römische Kaiser Augustus schrieb nach fast 40 Jahren in seinem Rechenschaftsbericht Monumentum Ancyranum: Ich habe ein rotes Rom übernommen und ein weißes hinterlassen. Marmor statt Ziegel eben!! Zwölf Jahre Merkel? Zwölf Jahre auf die Zwölf: Sie hat Deutschland übernommen und Germoney daraus gemacht.

Merkels "Monumentum Ancyranum": Sie hat Deutschlands Grenzen abgeschafft. Jeder darf rein, keiner muß mehr raus. Allein in den letzten zwei Jahren kamen 1,5 Millionen zu Fuß. Die nächsten "bis zu" 1,5 Millionen wurden gerade mit Macrönchen ganz süß eingeladen. Demnächst erst mal 3 Millionen von Erdowahn. Dann Afrika! In Libyen haben schon 3,5 Millionen die Reisetickets bezahlt. Sind ja erst 10 Millionen insgesamt da in Germoney ...

Paßt doch alles, "Bio-Deutsche" sind eh nur jene, die schon länger hier leben. Und die haben nicht mal eine "spezifische Kultur", keine eigene Identität. Merkels türkische Staatssekretärin Özoguz hat's geprüft!! Eine GRÜNE Vizepräsidentin des Bundestages "weiß" sogar, daß "Schweine-Deutschland" nach dem Krieg von Türken wieder aufgebaut wurde, nicht von Trümmerfrauen und Kriegsheimkehrern.

Merkels Bilanz ansonsten: Die Kriminalität stieg allein in den letzten beiden Jahren um 54,8 bis 76,3 Prozent. Die Hauseinbrüche sind in den letzten zehn Jahren von 108.000 auf 151.000 explodiert. In deutschen Gefängnissen wird längst über 50 Prozent türkisch, kurdisch, arabisch, afghanisch, irakisch gesprochen.

Aber Merkel hat (dank SPD-Schröder) die Arbeitslosigkeit auf 3,9 Prozent halbiert. Und Merkel haben es über 350.000 zu danken, daß sie sogar zwei bis drei Jobs haben. Reicht zwar trotzdem oft nicht für die Miete, aber Deutschland hat keine Armut mehr. Nur ein paar Tausend Rentner, die Mülltonnen nach Essen durchwühlen oder Pfandflaschen sammeln. Irgendwoher muß die "Kanzlerin" ja die 30 Milliarden für ihre südländischen Dauer-Gäste hernehmen.

Jedenfalls hat Deutschland endlich wieder ein freundliches Gesicht, in dem Merkel mit rund 25.000 Euro monatlich "leben kann". Daß England und Amerika wieder Angst vor Deutschland haben, diesmal vor dem teutonischen Tugend-Terror, liegt nur an Brexäcken und alten, weißen Männern. Gut, daß es bald keine Deutschen mehr gibt. Dann klappt's auch wieder mit den Nachbarn ...<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 21. September 2017 (x1.000/...): >>Alarmierende Meinungszensur in Deutschland

"Wenn du wissen willst, wer dich beherrscht, mußt du nur herausfinden, wen du nicht kritisieren darfst." so Voltaire. Gleiches ist auch heute noch gültig, besonders für Medienschaffende.

...

In Artikel 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit verankert: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."

Die unzensurierte Meinungs- und Pressefreiheit ist ein wesentliches Merkmal und Grundpfeiler der Demokratie. Entsprechend alarmierend sind die zahlreichen Fälle, die belegen, daß die unzensurierte Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland bereits in ganz erheblichem Maße verloren gegangen ist. Klagemauer TV hat für Sie dazu einige Beispiele recherchiert: Eva Herman: Eva Herman arbeitete als Moderatorin und Tagesschausprecherin fast 20 Jahre für den Bayerischen Rundfunk, die ARD und den NDR und galt als beliebteste Moderatorin Deutschlands.

In ihrem im September 2006 erschienenen Buch "Das Eva-Prinzip" sprach sie sich dann u.a. dafür aus, daß Familie und Mutterschaft für Glück und Zufriedenheit einer Frau wichtiger sind als berufliche Karriere und vollständige Unabhängigkeit. Dies löste zeitweise eine breite Debatte über Geschlechterrollen aus und führte 2007 zur Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten. Matthias Matussek: Matthias Matussek war Sonderkorrespondent aus Ost-Berlin, wofür er 1991 mit dem Egon-Erwin-Kisch-Preis für die besondere Qualität seiner Reportagen ausgezeichnet wurde.

Von 1992 bis 2004 war er Leiter der Büros des Spiegel-Nachrichtenmagazins in New York, Rio de Janeiro und London und leitete daraufhin drei Jahre lang das Kulturreportage des Spiegels. 2013 wechselte er zum Axel Springer Verlag. Ein einziger Kommentar auf Facebook zu den Terroranschlägen in Paris 2015, den er am Schluß mit einem Smiley versehen hatte, kostete ihn die Kolumnisten-Stelle bei der Tageszeitung "Die Welt". Er schrieb: "Ich schätze mal, der Terror von Paris wird auch unsere Debatten über offene Grenzen und eine Viertelmillion unregistrierter junger islamischer Männer im Land in eine ganz neue frische Richtung bewegen."

Frieder Wagner: Der mit dem Grimme-Preis ausgezeichnete Journalist und Filmemacher Frieder Wagner hatte mit seinen Filmen "Der Arzt und die Kinder von Basra" und "Deadly Dust - Todesstaub" gegen ein Tabu verstoßen. Er durchbrach das Schweigen der Medien über die Folgen der hochgiftigen Uranmunition, die von den USA und Großbritannien seit bald zwei Jahrzehnten eingesetzt wird. Zwar wurde er mit dem Europäischen Fernsehpreis 2014 ausgezeichnet, weil er aber als "anti-amerikanisch" abgestempelt worden war, fand er in Deutschland keinen Verleiher, der den Film zeigen wollte. Von den Medien wird er ebenfalls gemieden und bekommt keine Aufträge mehr.

Gerhard Wisnewski: Gerhard Wisnewski war Bestsellerautor beim Knauer-Verlag. Vor fast einem Jahrzehnt schrieb er den jährlich neu erscheinenden Langzeitbestseller "Verheimlicht, Vertuscht, Vergessen", von dem jährlich knapp 100.000 Exemplare verkauft worden waren und der immer an der Spitze der Spiegel-Bestsellerliste gelandet war. Als die Ausgabe für das Jahr 2016 bereits fertig zur Druckvorlage war, wurde die Zusammenarbeit vom Knauer-Verlag abrupt beendet. Laut Wisnewski habe der Knauer-Verlag Anstoß an seinen Äußerungen zur Flüchtlingskrise genommen. So ging es in der Ausgabe 2016 mehrheitlich um "die wahren Hintergründe der Flüchtlingskrise."

Weitere Beispiele finden Sie in den eingeblendeten Sendungen. Sobald Meinungen geäußert werden, die von der sogenannten "politisch-korrekten offiziellen" Meinung abweichen und eine zu große Öffentlichkeitswirkung erreicht wird, haben Veröffentlichungen oder nur schon Äußerungen dramatische Konsequenzen. Der Arbeitsplatz wird gekündigt, die Karriere ruiniert, Veröffentlichungen werden blockiert und diffamiert.

Es stellt sich unwillkürlich die Frage: Wo ist die im Grundgesetz verankerte unzensurierte Meinungsfreiheit in Deutschland geblieben? Mit einem Zitat von Voltaire schalten wir jetzt in das Studio Karlsruhe, um von dort über einen aktuellen Fall von Meinungszensur zu berichten: "Wenn du wissen willst, wer dich beherrscht, mußt du nur herausfinden, wen du nicht kritisieren darfst."<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 22. September 2017: >>**Flüchtlingskrise 2015 Gutachten sieht unklare Rechtsgrundlage für Grenzöffnung**

Von *Robin Alexander*

Geschah die Grenzöffnung ohne rechtliche Grundlage?

Im September 2015 entschied Angela Merkel, die Grenzen nach Deutschland zu öffnen. Ein Gutachten der wissenschaftlichen Dienste des Bundestages zweifelt nun die rechtliche Grundlage für diesen Schritt an.

Bis jetzt ist die Rechtsgrundlage, auf der die Einreise von Asylsuchenden im Herbst 2015 genehmigt wurde, nicht geklärt.

- Das haben Juristen der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages festgestellt.

- Eigentlich hätten die aus dem sicheren Drittstaat Österreich kommenden Flüchtlinge abgewiesen werden müssen.

Warum das wichtig ist:

Das Gutachten ist brisant, weil FDP und AfD angekündigt haben, nach einem möglichen Einzug in den Bundestag einen Untersuchungsausschuß zur Flüchtlingspolitik Merkels einzusetzen.

Wenige Tage vor der Bundestagswahl sorgt ein Gutachten zur Flüchtlingskrise für Aufregung. Ausgerechnet die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages stellen darin die Frage, ob das Parlament im Herbst 2015 nicht über den Massenzug hätte abstimmen müssen. Die Juristen des Parlaments stellen fest, daß die Bundesregierung bis heute nicht erklärt hat, auf welcher Rechtsgrundlage sie damals entschied. Das Gutachten liegt der WELT vor.

Unter Verweis auf "Wesentlichkeitslehre" und das "Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip" sei der Gesetzgeber verpflichtet, "in grundlegenden normativen Bereichen ... alle wesentlichen Entscheidungen selbst zu treffen", argumentieren die Juristen. Die Frage, ob die Massenaufnahme der Flüchtlinge eine "wesentliche" Entscheidung war, beantworten die zur strikten Neutralität verpflichteten Wissenschaftler nicht explizit.

Statt dessen verweisen sie auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Familiennachzug: Demnach "... obliegt es der Entscheidung der Legislative ... ob und bei welchem Anteil Nichtdeutscher an der Gesamtbevölkerung die Zuwanderung von Ausländern ins Bundesgebiet begrenzt wird". Also hätte das Parlament sehr wohl entscheiden müssen.

Lesen Sie hier Details aus dem Gutachten

Dies aber ist nie geschehen. Tatsächlich war die als "Grenzöffnung" empfundene Massenaufnahme von Flüchtlingen am 4. September 2015 von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nur nach Rücksprache mit einzelnen Ministern erfolgt. Auch nachträglich stimmte das Parlament nie darüber ab.

Das Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste führt weiter aus, daß die Bundesregierung bisher keine Angaben über die rechtliche Grundlage ihrer Entscheidung gemacht habe. Eigentlich hätten die aus dem sicheren Drittstaat Österreich kommenden Flüchtlinge an der Grenze abgewiesen werden müssen.

Eine Ausnahme von dieser "Pflicht zur Einreiseverweigerung" sei bei "Vorliegen einer entsprechenden Anordnung des Bundesministeriums des Inneren" möglich. Eine solche Anordnung gab es jedoch nicht. Auch das sogenannte Selbsteintrittsrecht, mit dem Deutschland Asylbewerber aufnehmen kann, die eigentlich in anderen Ländern bleiben müssen, ist nie von der Bundesregierung offiziell in Anspruch genommen worden.

Das Gutachten ist brisant, weil sowohl die FDP als auch die AfD angekündigt haben, nach einem möglichen Einzug in den Bundestag einen Untersuchungsausschuß zur Flüchtlingspolitik Merkels einzusetzen.

Doch auch die Linke dringt auf Aufklärung. Die Abgeordnete Sevim Dagdelen, auf deren Auftrag das Gutachten zurückgeht, kommentiert: "Die Kanzlerin sollte aus Respekt vor dem Bundestag dazu Stellung nehmen." Es sei richtig gewesen, 2015 "Menschen zu helfen". Das Gutachten zeige aber, wie bedenkenlos Merkel und ihr Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) damals vorgegangen seien und so am Ende die AfD gestärkt hätten. "Leider haben sie weder den Bundestag noch die Nachbarländer in den Entscheidungsprozeß einbezogen."

BAMF hat Probleme bei Kontrolle von 85.000 Asylanträgen

Die groß angekündigte Überprüfung Tausender Flüchtlinge, die sich möglicherweise ihren Aufenthalt erschlichen haben, entpuppt sich nach einem "Spiegel-Bericht" als Reinfall. Probleme gibt es bei rund 85.000 Asylanträgen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. September 2017: >>"Die deutsche Nachkriegs-Demokratie hat ihre Unschuld verloren"

BERLIN. Der Schock sitzt tief. Die AfD hat den Sprung in den Bundestag geschafft – und das stärker als FDP, Linkspartei und Grüne. Vertreter der anderen Parteien sind entsetzt. Auch Stimmen aus Medien, Religion und Kultur sind besorgt. Die JF präsentiert eine (kleine) Auswahl, sie kann in den Kommentaren gern ergänzt werden.

Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland:

"Das Maß der Unterstützung für eine junge rechtspopulistische Partei ist ein Weckruf für alle, denen das friedliche und solidarische Miteinander in einem weltoffenen Deutschland am Herzen liegt." Ausgrenzende und haßerfüllte Stimmen dürften nicht das Leben in Deutschland vergiften.

Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland:

"Leider sind unsere Befürchtungen wahr geworden: Eine Partei, die rechtsextremes Gedankengut in ihre Reihen duldet und gegen Minderheiten in unserem Land hetzt, ist jetzt nicht nur in fast allen Länderparlamenten, sondern auch im Bundestag vertreten. Ich erwarte von unseren demokratischen Kräften, daß sie das wahre Gesicht der AfD enthüllen und die leeren, populistischen Versprechen der Partei entlarven. Ein Ziel sollte alle demokratischen Parteien vereinen: Den Wählern zu verdeutlichen, daß die AfD keine Alternative ist, damit sie dort landet, wo sie hingehört – unter der Fünf-Prozent-Hürde!"

Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland:

"Ich werde mein Land und mein Volk gegen die Antidemokraten und Rassisten verteidigen."

Elmar Tehveßen, stellvertretender Chefredakteur des ZDF:

"Für diese Demokratie ist die AfD eine ernsthafte Gefahr, weil sie den Begriff 'Volkswille' zur Waffe macht. Wer anderer Ethnie, Religion, anderer Partei oder nur anderer Meinung ist, kann zum Volksfeind erklärt werden. In diesem Sinne ist die AfD durch und durch autoritär und damit gefährlich für Parlamentarismus und Pluralismus in unserer Gesellschaft."

Katrin Göring-Eckardt, Spitzenkandidatin der Grünen:

"Es werden wieder Nazis im Bundestag sitzen. Für uns gilt: Wir werden keinen einzigen Angriff auf die Demokratie stehen lassen."

Martin Schulz, SPD-Chef:

"Mit der AfD zieht erstmals eine rechtsextreme Partei in den Deutschen Bundestag ein. Wir haben die Aufgabe, in Zeiten, in denen der plumpe Rassismus in Fraktionsstärke in den Bundestag einzieht, starke Oppositionsarbeit zu leisten."

Ulf Poschardt, Chefredakteur der *Welt*:

"De facto hat die Union die Macher der AfD mit angestiftet, auf dem weiten leeren Feld des politischen Marktes, irgendwo zwischen erzkonservativen und nationalpatriotischen Werten,

selbstbewußt ihr Lager aufzuschlagen. Dort thront künftig die AfD in Prozentsichtweite zur SPD und ist deutlich stärker als die Grünen. Die trübe Suppe aus wütenden Spießbürgern und aggressiven Rechtsextremisten mußte sich für dieses Ergebnis nicht einmal richtig anstrengen. Es wurde ihr geschenkt."

Katja Kipping, Vorsitzende der Linkspartei:

"Zum 1. Mal seit 45 werden heute Nazis in Fraktionsstärke in den Reichstag einziehen. Verweisen wir sie auf die hinteren Plätze."

Grüne Jugend:

"Nazis sitzen ab jetzt im Bundestag. Das erfordert antifaschistischen Widerstand. Ein guter Tag um politisch aktiv zu werden!"

Andreas Petzold, Herausgeber des *Stern*:

"Mehr als 13 Prozent aller Wähler haben sich von den rechtsextremen Parolen der AfD-Spitzenkandidaten Alice Weidel und Alexander Gauland nicht abschrecken lassen. Nein, sie haben demokratiefeindliche Überzeugungen demokratisch abgesegnet. Die deutsche Nachkriegs-Demokratie hat damit, wenn man so will, ihre Unschuld verloren. Humanität, Toleranz, Freiheit und die Überwindung des Nationalismus ist von mehr als fünf Millionen deutschen Wählern zur Disposition gestellt worden. Das Ziel der AfD ist schließlich die Restauration des völkischen Gedankens, einer reinen Volksgemeinschaft, abgeschottet in einem gut bewachten Nationalstaat, in dem nur das demokratisch sein soll, was die sogenannte Alternative für Deutschland als richtig empfindet."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 27. September 2017: >>**Nächster Schritt zur Schuldenunion**

Seit über sieben Jahren versuchen die Euro-Staaten ihre politische Ideologie einer gemeinsamen Währung gegen die Gesetze der Wirtschaftswissenschaften aufrechtzuerhalten.

Die Illusion einer gemeinsamen Währung trotz stark abweichender Wettbewerbsfähigkeiten in den Volkswirtschaften der Euro-Zone ist jedoch bereits seit Mai 2010 gescheitert, als die Maastricht-Kriterien erstmals gebrochen und Griechenland aus der Patsche geholfen wurde. Seither sind zunächst mit dem EFSF und später mit dem ESM immer neue Haftungs- und Schuldenvergemeinschaftungsmodelle geschaffen worden. Gebracht hat es nichts.

Die griechischen Staatsschulden sind höher als je zuvor. In Griechenland, Spanien und Italien ist die Arbeitslosigkeit und besonders die Jugendarbeitslosigkeit trotz der EZB-Geldschwemme weiter auf Rekordniveau.

Bezahlen durften das Spiel mit dem Feuer bisher vor allem deutsche Sparer, die Milliardenverluste durch die Niedrigzinspolitik zu verzeichnen haben. Einmal auf dem Holzweg droht nun der Turbo eingelegt zu werden. US-Ökonom Barry Eichengreen fordert nun einen europäischen Solidaritätszuschlag, um kontinuierlich Geld aus den Geber- in die Nehmerländer zu transferieren. Zwar soll nach seinen Vorstellungen Geld nur in Krisenzeiten von einer politisch unabhängigen Institution vergeben werden.

Aber die Euro-Krise ist inzwischen seit sieben Jahren der Normalzustand und was man von politisch unabhängigen Institutionen halten kann, wenn es zum Schwur kommt, erleben wir seit Jahren schon am Beispiel der EZB.<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krahe schrieb am 27. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Bis zum bitteren Ende**

Die CDU erregt nur noch Mitleid. Sie hat bei der Bundestagswahl am Sonntag dramatisch verloren. Und doch erklären die Unionsvertreter unisono, was für einen großartigen Wahlerfolg sie erreicht haben.

Na dann! Auf viele weitere solche "Erfolge", liebe Christdemokraten. Wen die Götter vernichten wollen, den schlagen sie mit Blindheit - das wußten schon die alten Griechen. Die CDU betreibt mittlerweile eine Politik, wie sie Claudia Roth wünscht. Niemand hat je CDU gewählt

für offene Grenzen, unbegrenzte Einwanderung, "Ehe für alle", Verpfändung deutscher Spar- einlagen zugunsten der Kreditaufnahme der südlichen EU-Länder oder einer zur Deindustrialisierung führenden Energiepolitik.

Noch mögen einige Wähler aus alter Anhänglichkeit bei der CDU ihr Kreuz machen, andere von SPD und Grünen zur inhaltlich ohnehin identischen Kanzlerpartei wechseln, wieder andere sich von der Anti-AfD-Propaganda des Staatsfernsehens einlullen lassen - aber das hält den Exodus der bürgerlichen Wähler am Ende nicht auf.

Die Union hat Merkel ertragen, weil sie Posten und Prozente brachte. Spätestens seit Sonntag muß jedem Unionsfunktionär klar sein:

Die Prozente purzeln und die Posten wandern zu AfD und FDP.

Was kommt nun - die verzweifelte Palastrevolte oder der Gang in die verdiente Bedeutungslosigkeit?<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 27. September 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>"Wenn ich mir was wünschen dürfte, käme ich in Verlegenheit ..."

Marlene Dietrich singt den legendären Song von Friedrich Holländer seit 87 Jahren. Jeden Tag. Auf YouTube! Rauchig, melancholisch, Marlene eben!

Sie kam mir spontan in den Sinn, als David Bendels, der Chefredakteur vom Deutschland-KURIER, mich bat, mal aufzuschreiben, was ich mir für die nächsten vier Jahre für Deutschland wünsche ... So schreibe ich, während die "Mutter aller Schlachten" um die Demokratie in Deutschland noch tobt ...

Ich habe Marlenes Lied leicht verändert: "Man hat uns nicht gefragt ..., ob wir so leben wollen oder lieber nicht ... Meine Frau geht schon lange nicht mehr "allein, durch eine große Stadt" ... Und ich weiß, daß "SIE" (Merkel) mich nicht "lieb hat", nie lieb hatte ... Aber "ich warte und ich warte trotzdem ..."

- Ich warte darauf, daß ich endlich wieder HEIMAT sagen kann, ohne von einem Präsidenten "Dunkeldeutscher" genannt zu werden ...

- Ich warte darauf, daß ich endlich wieder Schwarz-Rot-Gold flattern lassen kann, ohne von einer Bundestagsvizepräsidentin Schweinedeutscher genannt zu werden ...

- Ich warte darauf, daß ich endlich wieder Deutschland sagen kann, ohne von einer türkischen "Integrationsbeauftragten" belehrt zu werden, daß es außer der Sprache nichts, nichts "Deutsches" gibt ...

Nein, liebe Marlene Dietrich, wenn ich mir was wünschen dürfte ... käme ich überhaupt nicht in Verlegenheit ... "eine schlimme oder gute Zeit?" Ich wünsche mir endlich wieder eine gute Zeit für Deutschland:

- Daß unsere Kinder nicht mehr in der Schule Gender- oder Schwulen-Sex mit sechs lernen müssen ... Daß weder Türken noch andere Moslems sie quälen und schlagen, weil sie Christen sind ...

- Daß unsere Töchter und Frauen wieder unbehelligt Bikini, Mini oder Jeans tragen dürfen, mit 17 oder 70 Jahre jung.

- Daß sie im Park allein joggen können, ohne von "Südländern" oder "Männern" mit "dunklerem Teint" vergewaltigt zu werden ...

Und ich wünsche mir, daß Deutschlands Grenzen wieder Grenzen werden ... Daß nur noch Flüchtlinge hereindürfen, keine Heerscharen von Sozialfällen. Ich wünsche mir, daß alle Verbrecher-Migranten in kürzester Zeit abgeschoben werden, auch wenn ihr Anwalt strampelt oder "strickt" ...

Ich wünsche mir, daß kein Rentner mehr in der Mülltonne nach Essen suchen muß, während der Türken-Tyrann Millionen kassiert und die "Flüchtlinge" Milliarden ...

Und daß der sauberste Diesel der Welt weiter unbehelligt dieseln kann ... Daß wir den um-

weltfreundlichsten UND preiswertesten Strom der Welt wieder in die Steckdose lassen ... Daß unsere Kühe weiter furzen dürfen ... Ich wünsche mir meinen Negerkuß zurück, meinen Mohrenkopf, mein Zigeunerschnitzel. Und die Kreuze auf den Kirchen von Lid'l.

Liebe Marlene, ich hätte noch viele Wünsche ... Aber Gott sei Dank gibt es ja jetzt die neue Partei im Reichstag. Die wird auf Deutschland aufpassen!!<<

Herbert Ludwig berichtete am 29. September 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Obrigkeitshörigkeit und den Untertanengeist der Deutschen (x964/...): >>Die deutsche Obrigkeitshörigkeit und ihr Ursprung

"Ein Deutscher ist mit Vergnügen alles, nur nicht er selber."

Jean Paul (1763-1825)

Obrigkeitshörigkeit und Untertanengeist der Deutschen ziehen sich durch die neuere Geschichte. Das ist vielfältig beschrieben worden. Carl Friedrich von Weizsäcker wird die treffende Charakterisierung zugeschrieben, der typische Deutsche sei absolut obrigkeitshörig, ein typischer Befehlsempfänger und des eigenen Denkens entwöhnt; er sei zwar ein Held vor dem Feind, aber im bürgerlichen Leben kennzeichne ihn ein totaler Mangel an Zivilcourage.

Letzteres beklagte selbst Bismarck mit den Worten: *"Mut auf dem Schlachtfelde ist bei uns Gemeingut, aber Sie werden nicht selten finden, daß es ganz achtbaren Leuten an Zivilcourage fehlt."*

Heinrich Mann beschrieb in seinem Roman "Der Untertan" eindrucksvoll den Typus des Mitläufers und Konformisten, der total an die von oben vorgegebenen gesellschaftlichen Normen, Meinungen und Erwartungen angepaßt ist.

Die Frage nach den Ursachen

Die Ursache der besonderen deutschen Untertanengesinnung wird vielfach in einer verbreiteten autoritären Erziehung in Elternhaus und Schule gesehen, die sich in dem auf Befehl und Gehorsam beruhenden preußischen Militär gleichsam fortsetzte. Max Weber sieht eine zentrale Ursache im Protestantismus, der den Staat als göttliche Einrichtung absolut gesetzt und den Obrigkeitsstaat legitimiert habe. Das Luthertum sei für den Untertanengeist und die Obrigkeitshörigkeit der Deutschen verantwortlich.

Allgemein meint man, daß diese gläubig-gehorsame Seelenhaltung gegenüber der Obrigkeit über Generationen hinweg schließlich so verinnerlicht worden sei, daß es in der Regel keiner äußeren Gewalt mehr bedürfe, um sie aufrecht zu erhalten.

Aber woher ist die autoritäre Erziehung gekommen? Die Änderung in der Erziehung nach 1945 hat den Untertanengeist nicht zum Verschwinden gebracht. Den Militarismus haben die Franzosen viel stärker ausgebildet, ohne daß er bei ihnen zu einem solch ausgeprägten Untertanengeist geführt hätte. Und der Protestantismus ist zunächst als Freiheitsimpuls aus dem Innern einzelner Individualitäten gegen den seelischen Imperialismus einer religiösen Obrigkeit aufgestiegen; die Legitimierung des Obrigkeitsstaates hat da eher einen partiellen Rückfall bedeutet.

Die Obrigkeitshörigkeit ist durch äußere Bedingungen und Umstände nicht zu erklären, sie ist ein inneres Phänomen der Deutschen, eine innere Schwäche, der man daher auch nicht durch äußere Maßnahmen beikommen kann. Dies hat auch der scharfsichtige Heinrich Heine so gesehen:

"Der Deutsche gleicht dem Sklaven, der seinem Herrn gehorcht ohne Fessel, ohne Peitsche, durch das bloße Wort, ja durch einen Blick. Die Knechtschaft ist in ihm selbst, in seiner Seele; schlimmer als die materielle Sklaverei ist die spiritualisierte. Man muß die Deutschen von innen befreien, von außen hilft nichts."

Die Frage ist, wodurch diese seelische Knechtschaft entsteht, und wie sie zu überwinden ist. Auch von innen wird *man* allerdings die Deutschen nicht befreien können, wie Heine meint. Das kann nur jeder Deutsche selbst tun. Denn sie hängt ja mit einer Schwäche der Individuali-

tät, des Ichs zusammen, das sich nur selbst ergreifen und verändern kann. Wie kommt diese Schwäche zustande? Dazu müssen wir uns zuvor eine zentrale positive Veranlagung der Deutschen vergegenwärtigen, die auch kulturgeschichtlich konstatiert und vielfach beschrieben worden ist.

Das höhere Ich

Der spanische Diplomat und Kulturphilosoph Salvador de Madariaga hat treffend auf ein wesentliches Charakteristikum der Deutschen aufmerksam gemacht, das in der deutschen Sprache zum Ausdruck kommt:

"Das Hauptmerkmal der deutschen Sprache ... ist wohl das Vorherrschen des Wortes werden. ... Dieses Merkmal verleiht der Sprache eine Art von ständiger Bewegung, eine Qualität des Fließens, ... welche der tiefste Wesenszug des deutschen Lebens ist. ... Was für England und Frankreich nur ein Gedanke unter vielen ist und für Spanien überhaupt kein Gedanke, ist für Deutschland geradezu der Wesenskern allen Denkens, so daß eben beide, die Sprache und das Denken, in Deutschland das Fließen eines Stromes annehmen."

In diesem Empfinden des ständigen Werdens kommt die besondere Veranlagung des Deutschen nach unaufhörlicher Entwicklung seines eigenen Wesens zum Ausdruck, seines innersten Ichs. Das Ich ist in seinem Grunde nichts Fertiges, sondern ein Werdendes, sich Entwickelndes. Damit unterscheidet es sich von dem, was wir gewöhnlich im Alltag als "Ich" bezeichnen, das ein Beharrendes ist, das immer bleiben will, wie es ist.

Dieses erscheint gleichsam als ein verzerrtes Spiegelbild des wahren, höheren Ichs, das selbst nicht unmittelbar in das Alltagsbewußtseins eintritt, sondern sozusagen im Hintergrund schwebt. Aber sein Einfluß ist spürbar und beobachtbar.

Wir messen die Zustände um uns und das Handeln der anderen Menschen mehr oder weniger unbewußt ständig daran, wie es eigentlich sein sollte. Und wir merken, daß wir auch selbst mit unserem Verhalten, unserem Tun und unseren Fähigkeiten vielfach nicht zufrieden sind. Wir genügen nicht unseren eigenen Idealen und moralischen Ansprüchen. Wir bleiben zu meist hinter ihnen zurück.

Dies festzustellen, ist aber nur möglich, wenn es eine höhere Instanz in uns gibt, die das, was wir gewöhnlich Ich nennen, beurteilt und am eigenen höheren Maßstab mißt - das höhere Ich. Friedrich Schiller schrieb in seinen "Ästhetischen Briefen":

"Jeder individuelle Mensch, kann man sagen, trägt, der Anlage und Bestimmung nach, einen reinen idealistischen Menschen in sich, mit dessen unveränderlicher Einheit in allen seinen Abwechslungen übereinzustimmen die große Aufgabe seines Daseins ist".

Er verwies dabei auf seinen Freund, den Philosophen Johann Gottlieb Fichte, der ebenfalls das empirische, also das gewöhnlich erfahrbare Ich, von einem reinen, idealen Ich unterscheidet. Dieses ist für ihn das *"erste Prinzip aller Bewegung, alles Lebens, aller Tat und Begebenheit"*, das dem intelligenten, bewußten Ich logisch vorangeht. Beide stimmen selten überein, sie aber zur vollkommenen Übereinstimmung zu bringen, sei die ständige Aufgabe und Bestimmung des Menschen.

Doch dazu reiche der bloße Wille nicht aus. Wir müßten uns allein und gemeinsam in einem ständigen Prozeß des Lernens und der Selbsterziehung die Fähigkeiten dafür erwerben, um die Widerstände und Hindernisse der Sinneswelt zu überwinden. Und diesen ganzen Prozeß des Erwerbs vielfältiger Fähigkeiten mache letztlich das aus, was wir "Kultur" nennen.

Die deutschen Dichter haben diesen vielfach unbewußten Prozeß literarisch beschrieben, in Dramen oder Entwicklungsromanen, in denen, wie z.B. in Goethes "Wilhelm Meisters Lehrjahre", *"die geistig-seelische Entwicklung einer Hauptfigur in ihrer Auseinandersetzung mit sich selbst und mit der Umwelt dargestellt wird,"* die ihre *"Erlebnisse und Erfahrungen reflektierend verarbeitet und (ihrer) Persönlichkeit einverleibt."* (Wikipedia)

Es geht im Grunde immer um die Auseinandersetzung zwischen dem in seinen Eigenheiten

beharrenden niederen Ego und dem höheren Ich, das eine Änderung, ein partielles Absterben des Niederen verlangt, damit der Mensch nicht stehen bleibt, sondern sich im Werdestrom weiterentwickelt.

Goethe faßte dies schließlich in die Worte zusammen: *"Und solange du dies nicht hast / Dieses Stirb und Werde, / Bist du nur ein trüber Gast / Auf der dunklen Erde."*

Und Friedrich Rückert sah das höhere Ich als etwas an, das wie ein Zukunftsbild vor jedem schwebt, dessen Realisierung er entgegenstrebt und dichtete: *"Vor jedem steht ein Bild des, was er werden soll: / Solang er das nicht ist, ist nicht sein Friede voll. / Was er geworden ist, genüget nie dem Mann; / O wohl ihm, wenn er stets nur werden will und kann."*

Der Herrscher in uns

Im Gegensatz zum gewöhnlichen Ego tritt das höhere Ich also nicht von selbst ins Bewußtsein. Es muß gesucht, ins Auge gefaßt und willentlich hervorgebracht werden. Das Ich ist seinem Wesen nach ein Agens, ein Auto-mobil, d.h. ein Selbst-Beweger. Ein Ich, das von außen geschoben oder gezogen werden müßte, ist noch keins. Es ist nur insofern, als es sich von innen heraus selber aktiv im Denken ergreift, in Bewegung setzt und sich selbst bestimmt. Darin liegt aber auch der Grund dafür, daß das höhere Ich immer nur von verhältnismäßig wenigen bewußt angestrebt und zu realisieren gesucht wurde und wird.

Die Philosophen des deutschen Idealismus, insbesondere Fichte, haben einen sehr anspruchsvollen gedanklichen Weg dazu aufgezeigt. Rudolf Steiner wies auf einen einfacheren, unmittelbar lebenspraktischen Weg hin, den er als elementaren Bestandteil einer höheren Erkenntnisschulung beschrieb.

Er empfiehlt, sich täglich Augenblicke innerer Ruhe zu verschaffen, in denen man sich eine kurze Zeit aus seinem täglichen Leben zurückzieht und all seine Freuden, Leiden, Sorgen, Erfahrungen und Taten vor seiner Seele vorbeiziehen läßt, aber so, daß man sie von einem höheren Gesichtspunkt aus betrachtet, als ob man sie nicht selbst, sondern ein anderer erlebt oder getan hätte. Man soll in diesen Zeiten die Kraft suchen, sich selbst wie ein Fremder gegenüberzustehen. Dann ist man nicht mehr so eng mit den eigenen Erlebnissen verwoben, und sie zeigen sich in einem neuen Licht. Das Wesentliche beginnt sich von dem Unwesentlichen zu sondern.

Man zieht sich dadurch aus der emotionalen Egozentrik des niederen Ichs allmählich heraus, so daß sich immer mehr höhere Gesichtspunkte für die Beurteilung der Dinge einstellen können. Dabei kommt alles darauf an, *"daß man energisch, mit innerer Wahrheit und rückhaltloser Aufrichtigkeit sich selbst, mit all seinen Handlungen und Taten, als ein völlig Fremder gegenüber stehen kann."*

Das bedeutet, daß das höhere Ich mehr und mehr Einfluß auf das Alltags-Ego geltend machen kann. *"Denn jeder Mensch trägt neben seinem - wir wollen ihn so nennen - Alltagsmenschen in seinem Innern noch einen höheren Menschen. Dieser höhere Mensch bleibt so lange verborgen, bis er geweckt wird. Und jeder kann diesen höheren Menschen nur selbst in sich erwecken."*

Dieses in den ausgesonderten Augenblicken der inneren Ruhe gewonnene "höhere Leben" wird nach und nach seinen Einfluß auch auf das gewöhnliche Alltagsleben ausüben. Man wird ruhiger werden, mehr Sicherheit in seinen Handlungen gewinnen und nicht mehr leicht aus der Fassung gebracht werden können. Man ärgert sich nicht mehr über alle möglichen Dinge, und andere hören auf, einem Befürchtungen zu machen.

Man wird sich immer mehr innerlich selbst lenken und weniger von den Umständen und äußeren Einflüssen gelenkt werden. So fängt man an, *"sein Lebensschiff einen sicheren, festen Gang zu führen innerhalb der Wogen des Lebens. Während es vorher von diesen Wogen hin und her geschlagen worden ist."*

Das höhere Ich ist in einem fortwährenden Drängen nach Entwicklung begriffen, das sich ge-

gen alle Widerstände und Niederlagen im Gewissen, in Sehnsüchten, Träumen und Idealen bemerkbar zu machen sucht. Dadurch daß man sich regelmäßig kurze Zeiten der beschriebenen inneren Ruhe verschafft, wird dem höheren Menschen in uns eine gesetzmäßige Entwicklung ermöglicht, in deren Verlauf er über das Alltags-Ich immer mehr die Oberhand gewinnt und dieses allmählich in Übereinstimmung mit sich bringen kann.

"Dieser "höhere Mensch" wird dann der "innere Herrscher", der mit sicherer Hand die Verhältnisse des äußeren Menschen führt. Solange der äußere Mensch die Oberhand und Leitung hat, ist dieser "innere" sein Sklave und kann daher seine Kräfte nicht entfalten. Hängt es von etwas anderem als von mir ab, ob ich mich ärgere oder nicht, so bin ich nicht Herr meiner selbst, oder - noch besser gesagt -: ich habe den "Herrscher in mir" noch nicht gefunden."

Es kommt also darauf an, den Herrscher in mir, das heißt die Herrschaft des höheren Ich über das niedere zur Entwicklung zu bringen.

Die Suche außen

Darin, daß die Ich-Entwicklung der inneren Anstrengung und Aktivität des Ichs selbst bedarf, liegt aber nun die Ursache, warum sie von vielen, ja den meisten Deutschen nur schwach angestrebt wird. Aber die Sehnsucht nach dem Höheren lebt in jedem, wenn auch noch so verborgen; und kann er es in seinem Inneren nicht finden, so scheint es ihm statt dessen von außen in der hohen Obrigkeit bequem entgegenzukommen. *"Die innere Herrschaft des Ichs im einzelnen Menschen verwandelt sich in die äußere Herrschaft des Staates über ihn."*

Der Mensch bleibt im Alltags-Ich stecken, das an die äußeren Verhältnisse gebunden ist, und empfängt gehorsam die Anordnungen der staatlichen Herrschaft, der es sich wie selbstverständlich unterwirft. Und wer als Funktionsträger, als Beamter in den Machtapparat aufsteigt, wird selbst zu einem Teil dieses höheren Pseudo-Ichs, der einerseits nach unten über den einzelnen Menschen als seinen Untertan stolz gebietet und andererseits den Vorgesetzten über ihm in treuer Pflichterfüllung ergeben ist.

Hier liegt der eigentliche Ursprung der deutschen Obrigkeitshörigkeit, des ausgeprägten Untertanengeistes, die so verhängnisvoll gewirkt haben und bis in die unmittelbare Gegenwart wirken. Denn es ist prinzipiell kein Unterschied zwischen der Obrigkeit eines pompösen, hohlen "Gottesgnadentums", eines aufgeblähten Usurpators oder der durch scheindemokratische Wahlen erhobenen egomanischen Parteienkaste, die heute mit denselben überkommenen Machtstrukturen ihre Herrschaft ausübt.

Sie werden noch durch die modernen psychologischen Mechanismen einer vielseitigen medialen Bewußtseinsindustrie unterstützt, welche täglich die Herrschaft dieser Clique von Oligarchen propagandistisch absichert und die eingeschläferten Untertanen immer wieder zu deren Wiederwahl an die Urnen führt, in denen ihre Hoffnungen stets neu begraben werden.

Nur aus dem Erleben der inneren, in sich selbst gegründeten Unabhängigkeit des höheren Selbst kann die Empörung gegen jede Form von Fremdbestimmung wachsen, die den Menschen nicht als freies, sich selbst bestimmendes Ich, als Subjekt, sondern als Objekt eines fremden Willens behandelt und zum folgsamen Untertanen macht.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 29. September 2017 (x1.000/...): >>Experten warnen vor WHO-Sexualerziehung

... Dr. Maurice Berger, Kinderpsychiater und emeritierter Professor (d.h. im Ruhestand) der Universität Lyon, hat als Sprecher einer Gruppe von 20 medizinischen Fachleuten im Juni 2017 einen Alarmruf in Form einer Petition an die französische Gesellschaft abgegeben. Darin warnt er eindrucklich vor den verheerenden Folgen für Kinder der in Texten der WHO und der IPPF propagierten Sexualaufklärung ab Vorschulalter. (Die IPPF - International Planned Parenthood Federation - ist ein internationaler Verband für Familienplanung.)

Berger ruft zum Widerstand in der Bevölkerung auf. Relevant für die Schweiz ist dieser Hilferuf, weil sich die Berner Stiftung "Sexuelle Gesundheit Schweiz" (SGS) zum Ziel gesetzt hat,

dieselben WHO-Standards für Sexuaufklärung in der gesamten Schweiz einzuführen. Ebenso beruft sich SGS auf die umstrittene "Deklaration der sexuellen Rechte" der IPPF. Die Stiftung SGS wird jährlich vom Bundesamt für Gesundheit mit Millionenbeiträgen unterstützt.

Die Vorgaben der WHO werden in Frankreich von den Petitionären massiv kritisiert: Die Gruppe, bestehend aus Ärzten, Psychiatern, klinischen Psychologen und Traumaspezialisten warnt ausdrücklich vor der Behauptung, kleine Kinder hätten eine Sexualität, welche mit Hilfe einer entsprechenden "Sexualerziehung" durch Erwachsene physisch und psychisch geweckt, quasi aktiviert werden müßte.

Die Mediziner warnen weiter vor den gravierenden Risiken einer solchen "Sexualerziehung" und vor den postulierten (sprich geforderten) "sexuellen Rechten", welche die Kinder traumatisieren würden.

In dramatischen Worten warnt der Kinderpsychiater Dr. Maurice Berger in einem Video vor diesem kinderschädigenden Paradigmenwechsel (sprich Wechsel einer grundsätzlichen Denkweise) in der Sexuaufklärung. Erwachsene sollen Kinder jünger als 15 Jahre auf keinen Fall in Sachen "Sexualität" und "sexueller Lust" "erziehen". Auch die anderen Petitionäre warnen ausdrücklich davor, daß Erwachsene mit Kindern über Sexualität sprechen, wenn das Bedürfnis dazu nicht vom Kind kommt.

Das Eindringen in die Psyche des Kindes bekomme eine inzestuöse Tonalität (das meint Werbung für Inzest): Der Erwachsene bringe mit seinen Gedanken zur Geschlechtlichkeit das Kind durcheinander, womit er von der Rolle des Aufklärers in die Rolle des Verführers rutsche. Auch sei es wichtig und notwendig, die Wünsche von gewissen Erwachsenen und Lobbygruppen, welche diese Programme erstellt haben, wie auch die Herkunft dieser "sexuellen Rechte" und dieser sog. Sexualerziehung", zu hinterfragen!

Vorwurf: Pädophilie und Totalitarismus! Ariane Bilheran ist promovierte Psychologin und weitgereiste Fachbuchautorin. In ihrem Buch "Der Schwindel der sexuellen Rechte: Oder das Gesetz des Pädophilen im Dienste des weltweiten Totalitarismus" kommt sie zum Schluß, daß bei der Erstellung der WHO-Standards und der "Deklaration der sexuellen Rechte" der IPPF international bestens vernetzte Pädophilenetzwerke mitgewirkt haben müssen. So sagt sie, daß die Pädophilie gerade darin bestehe, das Kind zu sexualisieren, und man sehe doch klar, daß das mit diesen Programmen systematisch gemacht werde.

Minutiös analysiert und kommentiert Bilheran in ihrem Buch (nur auf Französisch erhältlich) die einzelnen Textpassagen der internationalen Standards der WHO und kommt dabei zum Schluß, daß damit der Weg freigemacht werden soll, zukünftig den gesetzlichen Schutz der Minderjährigen und Kinder abzuschaffen. Auch mit dem vorgeschobenen Argument des Kinderschutzes durch Aufklärung hätten diese Inhalte nichts zu tun, hält sie fest, und fügt an: "Sondern es geht dabei nur darum, die Prävention als perversen Vorwand zu benutzen, um Ideologien und pädophiles Verhalten durchzudrücken".

Auf Anfrage von "Schutzinitiative aktuell" kritisiert Bilheran an den WHO-Standards zudem, daß weder anerkannte medizinische Fachpersonen (z.B. Kinderpsychiater und Therapeuten) noch anerkannte Rechtsexperten vorgängig konsultiert worden seien. Es habe keine kontradiktorischen (das meint kontroversen) Debatten zwischen Experten gegeben und auch das Volk sei ausgeschlossen worden. Das sei ein totalitäres Vorgehen. Die Implementierung (sprich Umsetzung) dieser WHO-Standards sei eine konzertierte internationale Aktion und Bilheran mahnt ausdrücklich: "... die totalitäre Dimension des Geschehens zu erfassen. Ansonsten riskiere man, nicht richtig darauf reagieren zu können".<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2017:
>>**Volk außer Kontrolle**

Wie die Deutschen ihre Angst verloren haben, wen das besonders erschrecken muß, und wie uns die Amis Gewaltenteilung lehren

Die Ereignisse überschlagen sich. "Es" ist passiert, in Berlin laufen sie voller Schrecken durcheinander. "Spiegel-Schreiber" Jakob Augstein faßt die hechelnde Panik in Worte: "Nazis im Bundestag"! Wer hat das getan? Wer hat die gewählt? Der frühere "Focus-Chef" Helmut Markwort verriet schon vor der Wahl, er kenne persönlich niemanden, der AfD wähle und auch niemanden, der einen kenne, der die Blauen ankreuzen wolle.

Helmut Markwort ist ein besonnener Mann, typischer FDP-Anhänger, also nicht so leicht aus der Ruhe zu bringen. Daher dürfte ihn das Ereignis vom 24. September längst nicht dermaßen aus der Fassung bringen wie die Augsteins der Republik. Allerdings gibt Markworts Zitat Auskunft darüber, wie weit sich die sogenannte "Informationselite" der Republik von einem nicht gerade kleinen Teil des Volks entfernt hat - kennt nicht mal einen, der einen kennt, als wohnten sie auf verschiedenen Kontinenten.

Was den "Spiegel-Autor" zutiefst irritieren muß, ist die absehbare Erfahrung, daß er seine scheppernde Attacke ins Leere reitet. Es ist nicht lange her, da hätte er mit dem Schwingen der Nazikeule unter AfD-Anhängern Angst und Schrecken verbreitet. Jahrzehntlang zuckten die Deutschen zusammen, wenn sie einer in die Nähe der Hitlerei rückte.

Ephraim Kishon hat dieses deutsche Spiel schon vor Jahrzehnten entlarvt: Wer unter Deutschen eine Debatte "gewinnen" wolle, der müsse nur zum rechten Zeitpunkt mit möglichst empört tuendem Augenaufschlag "Hitler!" rufen, und schon sei der Gegendiskutant erledigt. Dieses deutsche Spiel hat so prächtig funktioniert, daß immer mehr Leute mitspielen wollten. Zum Schluß "hitlerte" es bei jeder noch so banalen Gelegenheit: Das Nennen gewisser Zahlen aus der Kriminalitätsstatistik, das Zitieren einer unfriedlichen Koran-Sure, der Hinweis auf gesetzliche Regelungen zur Grenzkontrolle oder Ähnliches reichte schon, damit einem die braune Trumpfkarte vor die Nase geknallt wurde.

Der AfD hatte man die Karte jahrelang um die Ohren gehauen. Alle spielten mit: die etablierten Parteien und die Staats- und Konzernmedien, die Kirchen und Gewerkschaften, Scharen von "Promis" und wer nicht alles. Eigentlich hätten die alternativen Unruhestifter längst mau-setot sein müssen. Sind sie aber nicht, im Gegenteil, wie wir seit Sonntag schwarz auf weiß haben. Die Nazikeule hat so oft zugeschlagen, daß sie ihre Wirkung verlor. Sie schreckt nicht mehr, sie nervt höchstens noch.

So wie Anfang der Woche. Da hat AfD-Spitzenkandidat Gauland die spitze Frage gestellt, was der Spruch, Israels Sicherheit und Existenzrecht seien Teil der deutschen Staatsräson, in der Praxis eigentlich wert sei. Ob die Deutschen sich überhaupt bereitfänden, in den Krieg zu ziehen, wenn der (latent gefährdete) Judenstaat Ziel einer militärischen Aggression würde. Er habe da seine Zweifel. Und die hat er wohl zu Recht.

Doch Volker Beck, Grüner und Chef der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe im alten Bundestag, quasselte sofort etwas von "NPD" und "antisemitisch". Dabei hatte Gauland nur wissen wollen, ob die hochtrabende Zusage an Israel ein ernstes Beistandsversprechen darstellt oder bloßes Geschwätz - und damit offensichtlich den wunden Punkt der Schwätzer getroffen. Also holten die Getroffenen ihre Nazikeule heraus, erzielten damit allerdings keinerlei nennenswerte Wirkung. Schon wieder daneben!

Dieser Kontrollverlust ist das eigentlich Schockierende. Man hatte sich daran gewöhnt, die Deutschen mit Hilfe ihrer Angst und ihres schlechten Gewissens beliebig durch die Manege treiben zu können. Doch irgendwann ist es halt allzu durchschaubar geworden. Wenn die Leute den Budenzauber aber erst einmal durchblickt haben, können die Gaukler einpacken.

Merkels Kanzleramtsminister Peter Altmaier hatte kurz vor der Wahl ja noch mal alles gegeben und die AfD-geneigten Bürger aufgefordert, gar nicht erst zur Wahl zu gehen. Die Botschaft: Wer nicht für uns ist, der ist nicht bloß gegen uns, der sollte am besten gar nicht mehr dabei sein bei der Demokratie.

In den Altmaier-Worten paarten sich Verzweiflung und Arroganz in beispielhafter Weise. Wir

bekamen einen tiefen Einblick in das, was man das "Demokratieverständnis" der Mächtigen nennen könnte, welches nach dem Grundsatz zu funktionieren scheint: Demokratie ist, wenn wir die Macht behalten.

Für einen bestimmten Teil des deutschen Volkes hört sich das in etwa so an wie: Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben. Das kennt dieser bestimmte Teil noch von irgendwoher, was den besonderen Wahlerfolg der Populisten in dessen Heimatregionen erklärbar macht.

Wie tief das Mißverständnis der Mächtigen der deutschen Republik in Sachen Demokratie schon reicht, läßt sich auch an den Kommentaren zur Entwicklung in den USA ablesen. Mit diebischer Freude verfolgen Deutschlands Tonangeber in den Medien, wie US-Präsident Donald Trump gegen ein rebellisches Parlament anrennen muß. Wie ihn die Volksvertreter zu Verhandlungen und Kompromissen nötigen und ihren Präsidenten auch gerne mal komplett auflaufen lassen.

"Trump im Kongreß gescheitert" jubeln deutsche Redaktionen auf und deuten das als Schwäche des US-Präsidenten, von der sich die Stärke und der Rückhalt unserer Kanzlerin so wohlthuend abhebe, was doch der Beweis dafür sei, daß unsere Demokratie derzeit viel besser funktioniert als die der Amis. Haha!

Die gleiche Begeisterung löst es aus, wenn der ungeliebte Trump von einem hohen Gericht in die Schranken gewiesen wird. Seht ihr: Er kann es nicht! Wir dagegen ...

Die US-Amerikaner nennen das, was sie da treiben, "checks and balances", zu Deutsch: Überprüfung und Ausgleich. Wir Deutsche enttarnen das natürlich als Beschönigung, die lediglich übertünchen soll, wie's da drüben drunter und drüber geht.

Was die teutonischen Besserdemokraten leider übersehen, ist, daß es sich bei dem Treiben in Übersee um nichts anderes handelt als um praktizierte Gewaltenteilung. Genauso haben es sich die Schöpfer der modernen Demokratie nämlich gedacht: Daß das Parlament aus gewählten Volksvertretern die Regierung streng kontrolliert und daß die Gerichte beide Organe, Regierung wie Volksvertretung, genau im Auge behalten, damit alles, was sie treiben, im Rahmen der Gesetze bleibt.

Doch wie funktionierte das im Deutschland der vergangenen Jahre? Das Parlament "kontrolliert" die Regierung? Es läuft genau umgekehrt: In der größten Regierungsfraktion etwa schwang ein getreuer Gefolgsmann der Kanzlerin namens Volker Kauder die Rute über folgsame Fraktionssoldaten, die in untertäniger Treue strammstanden vor ihrer Herrin.

So hob die Kanzlerin mit einem Fingerschnippen die Gesetze zur Grenzkontrolle und Einreise auf - doch weder im Parlament noch sonstwo regte sich hörbarer Widerstand, höchstens auf der Straße. Über die Bürger, die dort zu protestieren wagten, rollte jedoch die "vierte Gewalt" in Gestalt der "unabhängigen" Staatsmedien hinweg, um die Hitler-Karte zu zücken.

Gegen dieses Gespinnst einer alles überspannenden Allmacht kam nichts und niemand auf. Gewaltenteilung? "Checks and balances"? Nichts dergleichen.

Aus diesem Machtgefühl scheint die Kanzlerin noch immer ihre Ruhe zu schöpfen. Wenn man sieht, mit welcher Selbstverständlichkeit sie im Amt verharrt, kann man den Eindruck bekommen: Im Grunde ihres Herzens zweifelt Merkel nach zwölf Jahren an der Regierung daran, daß das sogenannte Volk überhaupt noch das moralische Recht hat, über ihre Kanzlerschaft abzustimmen.<<

Die schweizerische Tageszeitung "Tagblatt" berichtete am 30. September 2017: >>**Thilo Sarrazin: "Merkel hat nichts verstanden"**

Thilo Sarrazin gehört zu den umstrittensten Figuren Deutschlands. Der Ökonom erklärt, warum selbst in linken Städten 10 Prozent AfD wählen und warum er in Berlin nachts nicht mehr U-Bahn fährt.

Interview: Jürg Ackermann

Jürg Ackermann: Thilo Sarrazin, Sie sind seit 44 Jahren SPD-Mitglied. Haben Sie Ihre Partei gewählt oder die AfD?

Thilo Sarrazin: Die Wahl ist geheim. Daran halte ich mich aus Prinzip.

Jürg Ackermann: Wenn Sie uns nicht sagen, wen Sie bevorzugen: Was ist Ihre wichtigste Erkenntnis aus den Wahlen?

Thilo Sarrazin: Deutschland war bisher das einzige Land in Europa, das keine nationalkonservative oder rechtspopulistische Partei hatte. Diese Sonderstellung ist jetzt Geschichte. Die AfD ist überall: Selbst in links regierten Städten wie Hamburg, Bremen und Berlin hat sie zwischen 8 und 12 Prozent der Stimmen erhalten. Und in Bayern und vor allem im Osten ist sie noch stärker. Die AfD ist gekommen, um zu bleiben.

Jürg Ackermann: Was macht Sie so sicher? Seit Sonntag ist kein Tag vergangen, an dem es bei der AfD nicht gekracht hätte.

Thilo Sarrazin: In neuen Parteien tummeln sich Chaoten und Egozentriker. Das ist normal. Auch die Grünen haben solche Phasen durchlebt. Frau Petrys Auftritt am Montag und ihr späterer Parteiaustritt sprechen Bände. In allen etablierten Parteien wäre das so nicht möglich gewesen, weil es nicht den Regeln des sozialen Umgangs entspricht. Ich bin gespannt, wie die AfD künftig mit den rechtsextremen Tendenzen umgeht, welche Elemente sie wieder abstößt. Aber das interessiert die AfD-Wähler nur begrenzt.

Jürg Ackermann: Warum?

Thilo Sarrazin: Viele haben nicht darum AfD gewählt, weil sie das Programm der Partei in allen Belangen gut finden, sondern weil sie mit den Antworten nicht zufrieden sind, die die etablierten Parteien auf drängende Probleme geben.

Jürg Ackermann: Überschüsse beim Staat, steigende Einkommen, kaum Arbeitslosigkeit. Deutschland geht es so gut wie nie zuvor. Warum wählen trotzdem viele eine Protestpartei wie die AfD?

Thilo Sarrazin: Das ist überhaupt kein Widerspruch. Natürlich stimmt es, daß es den meisten wirtschaftlich gut geht, daß selbst Hartz-IV-Empfänger vernünftig leben können, aber die Einwanderung oder die steigende Kriminalität sehen sie trotzdem. Deutschland marschiert zwar an der Spitze des technischen Fortschritts mit, wir wissen aber nicht, ob das immer so weitergeht und ob der Wohlstand nicht doch eines Tages gefährdet ist. Und dann gab es vor der Wahl verschiedene Übergriffe und Vergewaltigungen durch Flüchtlinge. Das schafft ein Gefühl der Verunsicherung.

Jürg Ackermann: Damit wären wir bei Ihrem Lieblingsthema, der Zuwanderung, die für alles Schlechte in Deutschland verantwortlich sein soll. Das ist eine sehr einfache These.

Thilo Sarrazin: Nein, Sie müssen die Fakten sehen. Bald schon wird Deutschland jährlich 50 Milliarden für Flüchtlinge und ihren Familiennachzug ausgeben. Der kleine Mann weiß: Diese Gelder müssen irgendwo herkommen. Er hat Angst, daß das den Staat ärmer macht und daß das eines Tages auch ihn betreffen wird, weil sein Lebensstandard zumindest teilweise von staatlichen Leistungen abhängt.

Dazu kommt die verstärkte Konkurrenz am unteren Ende des Arbeitsmarkts. Zudem sind die 1,5 Millionen Menschen, die seit 2015 zu uns kamen, zumeist Moslems. Sie sind oft schlecht ausgebildet und vor allem junge Männer um die 20. Im Berliner Jugendknast sind mittlerweile 80 Prozent der Essensausgaben halal, also moslemisch. Das sagt alles über die relative Kriminalitätsverteilung.

Jürg Ackermann: Aber es ist doch absurd, daß die AfD in Bundesländern wie Sachsen am stärksten ist, wo es mit einem Anteil von 4 Prozent kaum Ausländer gibt.

Thilo Sarrazin: Diese Frage geht von einem falschen Ansatz aus. Nehmen wir Sachsen. Ich war vor der Wahl ein paar Mal dort. Es gab auch dort in den letzten Monaten mehr Einbrüche und Vergewaltigungen. Das wirkt besonders bedrohlich, wenn man es vorher so nicht kannte.

Und dann gibt es auch die Leute, die nach Berlin fahren und sich sagen, ich will nicht, daß es bei uns jemals solche Zustände gibt.

Jürg Ackermann: Sie wohnen selber in Berlin.

Thilo Sarrazin: Ich persönlich fahre nachts nicht mehr mit der U-Bahn, auch tagsüber meide ich in Berlin gewisse Strecken. Das hat mir die Polizei so geraten. Und das läuft neben der Angst vor Attentaten. Da muß man sich nicht wundern, daß die SPD am Sonntag das schlechteste Ergebnis der Nachkriegszeit einfuhr und die CDU derart viele Wählerprozente verlor.

Jürg Ackermann: Die CDU wird an der Macht bleiben. Was erwarten Sie von der wahrscheinlichen Jamaika-Koalition?

Thilo Sarrazin: Der Erfolg der AfD wird im Parteienspektrum auch langfristige Folgen haben. Die rechte Mitte mit CDU und FDP hat ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit verloren, wenn sich die AfD um die 15 Prozent einpendelt. Was das heißt, werden wir bald sehen. Merkel muß zusammen mit den Grünen eine Regierung bilden, die bei Einwanderungsfragen viel weiter links steht als die SPD. Und diese Position muß sie mit der CSU in Einklang bringen, die eine Obergrenze für Einwanderer fordert. Ein schwieriges, ein sehr schwieriges Unterfangen. Weil niemand Neuwahlen will, wird man sich aber wohl trotzdem dazu durchringen.

Jürg Ackermann: Sie sagen, kein Kanzler hinterlasse ein so verheerenderes Erbe wie Merkel. Sie übertreiben maßlos.

Thilo Sarrazin: Nein. Merkel sagt, daß sie nicht erkennen könne, was sie falsch gemacht habe. Sie will nicht verstehen, daß weder der Nahverkehr noch die Digitalisierung die Menschen in erster Linie beschäftigt. Dafür sind die Landkreise oder der Weltmarkt und die Wissenschaft zuständig. Merkel tut so, als ob sie nicht verstanden hätte, was zu den Kernzuständigkeiten einer Zentralregierung gehört. Nämlich darüber zu entscheiden, wer ins Land kommen darf und wer sich hier aufhalten kann. Merkel hat nicht die Deutschen oder das deutsche Volk im Blick, sie verfolgt einen internationalistischen und universalistischen Politikansatz. Das kann man gut oder schlecht finden. Aber viele finden das nicht gut.

Jürg Ackermann: 87 Prozent der Menschen in Deutschland haben nicht AfD gewählt. Diese extremen Positionen sind doch niemals mehrheitsfähig.

Thilo Sarrazin: Man kann sich die Dinge immer schönreden. Die Wahlanalysen haben gezeigt, daß 50 Prozent der Bürger die Themen für wichtig halten, welche die AfD nach vorne stellt. Ich gehe davon aus, daß das Wählerpotential der AfD, wenn sie keine rechtsradikalen Elemente hätte, bei bis zu 30 Prozent liegt, ähnlich der SVP in der Schweiz, dem Front National in Frankreich oder der norwegischen Fortschrittspartei. Jetzt kann man wie Merkel sagen, das macht doch nichts. Wir sind die Mehrheit und regieren weiter, als wäre nichts passiert. Ich finde das jedoch verheerend. Die SPD hat erkannt, daß ihr damit der Untergang droht. Darum geht sie in die Opposition.

Jürg Ackermann: Aber nochmals: Vielen Deutschen ist es noch nie so gut gegangen wie jetzt - auch dank Merkel.

Thilo Sarrazin: Deutschland hat in der Wirtschaft keine wirklichen Probleme. Das ist in der Tat positiv. Das sollte der Regierung die Zeit und die Kraft geben, sich wichtigen Dingen zu widmen wie etwa der Demographie, der Art der Einwanderung, der kulturellen Überfremdung. Was sollen wir mit Einwanderern tun, wenn sie hier sind? Wie geht es weiter mit Afrika? Damit müßte sie sich befassen, doch Angela Merkel flüchtet sich in ideologische Leerformeln.

Jürg Ackermann: Sie schreiben, Europa schaffe es nicht, seine Außengrenzen zu schützen. Die Zahl der Flüchtlinge ist durch das Eingreifen Italiens im Sommer jedoch stark zurückgegangen. Offenbar kann es Europa doch.

Thilo Sarrazin: Italien hat die Warlords in Libyen bestochen. Europa hat auch gar keine

Alternative dazu, weil sich die Bevölkerungsgewichte massiv verschieben werden. In Afrika und in den islamischen Ländern Asiens wächst die Bevölkerung wegen des starken Geburtenüberschusses jede Woche um eine Million Menschen. Zum Vergleich: In Europa gibt es jedes Jahr fünf Millionen Geburten. Diese Zahlen zeigen, daß eine Einwanderungsrate, die arme Länder im Süden wirksam entlastet, für uns gar nicht verkraftbar wäre. Darum ist es so wichtig, daß wir die Einwanderung kontrollieren.

Jürg Ackermann: Europa schrumpft, weil die Geburtenraten nicht hoch genug sind. Wir sind auf Einwanderung angewiesen.

Thilo Sarrazin: Nur eine Einwanderung von Qualifizierten, die wir selber steuern, leistet einen wirtschaftlichen Lösungsbeitrag. So wie das Länder wie Singapur, Australien oder Kanada tun. Viele Studien zeigen, daß fast alle Afrikaner, die nach Europa kommen, auch hier bleiben, weil es keine Rückführungsabkommen gibt, die funktionieren. Staaten wie Nigeria oder Eritrea sind auf Devisen aus Europa angewiesen. Darum schicken sie junge Männer hierher.

Jürg Ackermann: Nach Deutschland wandern aber kaum Afrikaner ein, sondern Menschen aus Syrien oder Afghanistan, die vor einem Krieg flüchten.

Thilo Sarrazin: Das wissen wir überhaupt nicht. Viele Einwanderer kamen ohne Pässe. Das waren längst nicht alles Syrer, sondern auch viele Nordafrikaner. Eine zuverlässige Identifizierung ist oft nicht möglich. Zudem sind nicht alle Syrer oder Afghanen Flüchtlinge, es gibt auch dort Gebiete ohne Krieg - und fast immer kommen sie aus sicheren Herkunftsländern wie der Türkei oder Jordanien. Bei über 90 Prozent besteht das Wanderungsmotiv in den besseren Lebensverhältnissen.

Jürg Ackermann: Wollen Sie Länder wie Jordanien oder Türkei mit dem Flüchtlingsproblem allein lassen?

Thilo Sarrazin: Natürlich müssen wir helfen. Dafür haben wir auch die UNHCR, die Flüchtlingsorganisation der UNO, die solche Lager betreut. Wir müssen dafür sorgen, daß es hier genug Geld gibt.

Jürg Ackermann: Würden Sie als junger Eritreer oder Nigerianer auch so denken?

Thilo Sarrazin: Ich verstehe jeden Flüchtling, jeden individuellen Grund für Flucht: Wenn junge Menschen in einem Staat ohne Perspektiven leben und von einem Land hören, in dem aus ihrer Sicht Milch und Honig fließt. Das können wir ihnen doch auch überhaupt nicht vorwerfen. Wir können nur uns vorwerfen, daß wir diese Leute anlocken und damit die Probleme nicht lösen, die in den Herkunftsländern gelöst werden müßten. Wenn sich in einem Land etwas zum Besseren ändern soll, dann dürfen diejenigen, die das wollen, es nicht verlassen.

Jürg Ackermann: Sie sagen, die schwarzafrikanischen Länder seien selber schuld, daß es so schlecht läuft. Aber sie haben mit ihrer Kolonial-Vergangenheit und der vom Westen dominierten, globalisierten Ökonomie die viel schlechteren Startbedingungen.

Thilo Sarrazin: Die Schweiz, Deutschland oder Schweden sind darum reich, weil die Menschen dort die Länder dazu gemacht haben. Weshalb gibt es in Afrika keine Textilindustrie, keinen leichten Maschinenbau, kaum Weiterverarbeitung bei Nahrungsmitteln? Wenn die Menschen gebildet sind, die Regierung nicht korrupt ist und ein gewisser Fleiß herrscht, kann jedes Land in Afrika irgendwann in europäische Verhältnisse aufsteigen.

Aber das hören viele nicht gerne. Heute ist Afrika überhaupt nicht eingebunden in die internationale Arbeitsteilung, in die Wertschöpfung. Wenn der Kontinent auf den Mond verschoben würde, würde es in der Weltwirtschaft gar nicht weiter auffallen. Und genau darum braucht es die jungen Afrikaner, die zu uns kommen, vor Ort.

Jürg Ackermann: Neben Afrika sprechen Sie auch den südeuropäischen Ländern die Fähigkeit ab, auf den Märkten wirklich konkurrenzfähig zu sein.

Thilo Sarrazin: Das ist in erster Linie das Problem mit dem Euro. Frankreich und Italien haben gewaltig Marktanteile verloren und Wachstumsverluste erlitten, weil sie seit der Einführung des Euro ihre Währung nicht mehr abwerten können. Emmanuel Macron versucht jetzt in Frankreich Dinge zu ändern, da kann man ihm nur das Beste wünschen. Gleichzeitig will er, wie diese Woche verkündet, die Transfermechanismen für einen gemeinsamen europäischen Haushalt ändern. Zusätzliche finanzielle Mittel sollen von Deutschland und Nordeuropa nach Süden fließen. Das ist Wasser auf die Mühlen der AfD. Und dürfte Merkel noch viele Probleme bereiten.

Jürg Ackermann: Was sagen Sie zur Idee von Jean-Claude Juncker, den Euro in möglichst allen EU-Staaten einzuführen?

Thilo Sarrazin: Das ist eine Frage der politischen Entscheidungen in den einzelnen Ländern. Aber ich bin mir sicher, viele werden Junckers Wunsch nicht erfüllen. Die Dänen geben ihre Währung nicht auf, ebenso wenig die Schweden. Sie sind mit ihrer Krone gut gefahren. Und in Ungarn, Tschechien und Polen müßten sich die politischen Machtverhältnisse ändern, was im Moment kaum denkbar ist, damit diese Idee eine Chance hätte. Dazu würde ich ihnen auch gar nicht raten. Diese Länder brauchen den Euro nicht. Die unterschiedlichen Währungen sind überhaupt kein Hindernis für einen dynamischen Austausch von Waren.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 9/2017 berichtete im September 2017:

>>Die Kalte Kanzlerin - Der Staat bin ich, das Volk ist nichts

_ von Daniell Pföhringer

Um es gleich vorwegzunehmen: Der sogenannte "Hooton-Plan", von dem in halbseidenen Internetforen oft als Blaupause zur Auslöschung des deutschen Volkes geraunt wird, ist nicht für die aktuellen Vorgänge verantwortlich. Dieses Papier war - im Gegensatz zum Morgenthau-Plan zur Deindustrialisierung der Besatzungszonen, dessen wesentliche Elemente tatsächlich bis Juli 1947 Grundlage der alliierten Direktive JCS 1067 waren - nur die akademisch verbrämte Fieberfantasie eines Fanatikers:

Im Jahr 1943 - etwa zwei Jahre nach dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg - plazierte der amerikanische Anthropologe Earnest Albert Hooton, der nicht nur ein leidenschaftlicher Deutschenhasser war, sondern auch ein Rassist und Eugeniker (wortwörtlich plädierte er für das "Eliminieren der Unbrauchbaren, Wertlosen, Degenerierten und Antisozialen jeder Rasse und jedes ethnischen Stammes"), einen Artikel mit dem Titel "Breed war strain out of Germans" ("Die Kriegsveranlagung aus den Deutschen züchten") im New York Daily.

Darin warb er dafür, die "aggressive Ideologie" des "deutschen Nationalismus" durch die Ansiedlung ausländischer Bevölkerungsgruppen auszumerzen. Den Deutschen unterstellte Hooton "biologisch begründete und angeborene räuberische Neigungen", die nur durch "Kreuzung" mit Menschen fremder Herkunft gebändigt werden könnten.

Stichwort "Austauschmigration"

Wenig spricht dafür, daß Hootons wahnwitzigen Ideen den New York Daily, der nur wenige Jahre später eingestellt wurde, überlebt hätten - vielmehr weisen die aktuellen Vorkommnisse in Deutschland frappierende Ähnlichkeiten mit einem anderen Konzept auf, das weitaus ernster zu nehmen ist als das wirre Geschreibsel des fanatischen Eugenikers.

Der "Große Austausch", wie der französische Schriftsteller Renaud Camus die heute nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Westeuropa zu beobachtende Ethnomorphose nennt, folgt nicht biologistischen Motiven wie bei Hooton; es geht nicht darum, angeblich angeborene schlechte Eigenschaften "wegzuzüchten". Statt dessen wird demographisch und ökonomisch argumentiert.

Grundlage ist weniger ein Plan im eigentlichen Sinne, sondern sind Empfehlungen von höchster Stelle - genauer: ein Bericht der Abteilung Bevölkerungsfragen der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2000, der empfiehlt, daß in Europa, wie es explizit heißt, "jeglichen vernünfti-

gen Erwartungen widersprechende Einwanderungszahlen erreicht werden" müßten , um den derzeitigen Anteil von Menschen im erwerbsfähigen Alter konstant halten zu können.

In der englischsprachigen Ausgabe ist von "Replacement Migration" - also "Austauschmigration" - die Rede, in der deutschen Übersetzung heißt es hingegen verharmlosend "Bestandserhaltungsmigration".

Die Fachabteilung der UNO unter der Leitung von Joseph Chamie, damals wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für Migrationsstudien in New York, stellte bei der Untersuchung der "Fruchtbarkeits-, Sterblichkeits- und Migrationstrends für alle Länder der Welt" zwei "kritische Trends" fest, nämlich "den Rückgang und die Alterung der Bevölkerung" in einigen Staaten.

Unter die Lupe genommen wurde dabei vor allem Europa, unter anderem auch die Bundesrepublik. Als "Lösung für schrumpfende und alternde Bevölkerungen" kam man schließlich auf die Strategie der Austauschmigration. Eines der im Jahr 2000 skizzierten Szenarien besagt, daß Deutschland jährlich eine Nettozuwanderung von 324.000 Menschen benötige, um seinen derzeitigen Bevölkerungsstand bis 2050 aufrechterhalten zu können. "Im Ergebnis wären 2050 bei einer Bevölkerung von 82 Millionen 23 Millionen (28 Prozent) Post-1995-Migranten oder deren Nachkommen", heißt es dazu in dem UN-Bericht. ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 2. Oktober 2017: >>**Widerstand gegen AfD-Politiker Glaser als Bundestagsvize**

Im Bundestag formiert sich fraktionsübergreifender Widerstand gegen die Wahl des AfD-Kandidaten Albrecht Glaser zum Bundestagsvizepräsidenten. Die Spitzen von SPD, FDP, den Grünen und der Linksfraktion haben angekündigt, Glaser ihre Stimme zu verweigern. Als Begründung führen sie laut einem Bericht der *faz* an, Glaser stelle die Religionsfreiheit in Abrede. "Wer die Religionsfreiheit in Frage stellt, hat sich disqualifiziert. Ich kann so jemanden nicht wählen", sagte der Grünen-Fraktionsvorsitzende Cem Özdemir.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Marco Buschmann, erklärte: "Es ist bekannt, daß Herr Glaser für eine Reihe von Positionen steht, die eine Zumutung für mich darstellen." Die Fraktionen seien angehalten, mehrheitsfähige Personen für das Amt zu benennen.

Keine Religionsfreiheit für Muslime?

Linkspartei-Fraktionschef, Dietmar Bartsch betonte, "daß ich Glaser nicht wählen werde". Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Carsten Schneider, sagte mit Verweis auf Glaser, potentielle Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten müßten "natürlich auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und insbesondere die Grundrechte respektieren". Die Unionsfraktion wollte sich auf Nachfrage der *faz* nicht zu der Personalie äußern.

Als Begründung für ihre ablehnende Haltung verweisen die Fraktionen auf eine Rede des 75jährigen, in der dieser den Entzug der Religionsfreiheit für Muslime gefordert hatte. Im April hatte Glaser bei einem Vortrag im hessischen Oestrich-Winkel gesagt: "Der Islam ist eine Konstruktion, die selbst die Religionsfreiheit nicht kennt und diese nicht respektiert."

Da wo der Islam das Sagen habe, werde jede Art von Religionsfreiheit im Keim erstickt. "Und wer so mit einem Grundrecht umgeht, dem muß man das Grundrecht entziehen." AfD-Fraktionschef Alexander Gauland will aber nicht von dem Wahlvorschlag abrücken: "Selbstverständlich stehen wir hinter Herrn Glaser als Kandidaten", unterstrich er.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Oktober 2017: >>**Unausgegoren wie die "Energiewende"**

Welche Schwierigkeiten ein zeitnahes Verbot von Autos mit Verbrennungsmotor mit sich brächte

Prominente Vertreter der Grünen, sowie SPD- und unionsregierte Länder wollen bereits ab 2030 keine Autos mit Benzin- oder Dieselmotoren mehr zulassen. Ähnlich wie bei der "Ener-

giewende" besteht damit die Gefahr, daß die Politik eine folgenreiche Weichenstellung vornimmt, bevor überhaupt grundlegende Voraussetzungen geklärt sind.

Im Fall der "Erneuerbaren" Energien ist es die Frage einer großtechnischen Speicherung, die bis heute ungelöst ist. Auch das momentan so stark von der Politik propagierte E-Auto krankt bislang an dem Problem der unbefriedigenden Speicherfähigkeit von Strom. Trotz erheblichen Forschungsanstrengungen ist ein großer Durchbruch bei der Energiedichte der Batterien bisher noch nicht gelungen. Im Schnitt weisen die Lithium-Polymer-Akkus eine Energiedichte von 140 bis 180 Wattstunden je Kilogramm Gewicht auf. Die Energiedichte von Benzin liegt dagegen bei 12.800 Wattstunden pro Kilo. Das "Energiebündel" Diesel ermöglicht noch größere Reichweiten.

Neue Konzepte, etwa neuartige Feststoffzellen für Lithium-Ionen-Akkus, sind zwar angekündigt, allerdings bislang nicht serienreif. Als interessanter Lösungsansatz für das Reichweitenproblem bei Batterien galt einige Zeit das Konzept eines Schnellwechsels der Akkus an Ladestationen. Ein Pilotprojekt in Israel, das weltweit als Vorbild dienen sollte, ist allerdings im Jahr 2013 gescheitert.

Auch die zu beobachtende Gewichtszunahme von Akkus läßt einen Schnellwechsel als Alternative zu langen Ladezeiten immer unrealistischer erscheinen. So wiegt die 90-Kilowatt-Batterie, die der Hersteller Tesla in seinen E-Autos verbaut, mehr als eine halbe Tonne. Tesla integriert die Batterie zudem in die Struktur des Autos, was einen Schnellwechsel zusätzlich ausschließt.

Statt dessen setzt der US-Autobauer auf eine Schnelllade-Technik. Trotz der Bezeichnung "Supercharger" (Spitzenladegerät) für ihre Stromtankstellen müssen die Nutzer der E-Autos im Vergleich zur Tankfüllung für Benzin- oder Dieselfahrzeuge allerdings immer noch viel Zeit aufwenden. Tesla gibt für eine Reichweite von 270 Kilometern als Ladezeit immerhin eine halbe Stunde an.

Drastische Dimensionen deuten sich auch bei der notwendigen Infrastruktur für Ladestationen an. Die Statistik wies zum Jahresbeginn 62,6 Millionen Kraftfahrzeuge und rund 14.500 Tankstellen für ganz Deutschland aus. Ein Verbot von Verbrennungsmotoren würde es nötig machen, daß mehrere Millionen Parkplätze für Autos mit einer Ladestation ausgestattet werden. Inzwischen sind Planungen der EU-Kommission bekannt geworden, offenbar ab 2025 in neuen und grundlegend renovierten Büro- oder Behördengebäuden mit mehr als zehn Parkplätzen die Installation von Ladestationen obligatorisch zu machen.

Bei Neubauten oder großen Renovierungen von Mehrfamilienhäusern mit mehr als zehn Parkplätzen will die Brüsseler Kommission sogar eine Verkabelung jedes Parkplatzes fordern. Bei derzeitigen Preisen von bis zu 75.000 Euro pro Ladestation droht als Folge ein massiver Kostenschub beim Bau oder der Renovierung von Immobilien.

Skeptisch stimmen muß auch die Entwicklung in Norwegen, das als Vorreiter in Sachen Elektromobilität gilt. Die Organisation "Elbilforening", welche die Interessen der norwegischen E-Autofahrer vertritt, hat vor kurzem den Rat erteilt, auf die Anschaffung eines Elektroautos zu verzichten, wenn keine Möglichkeit besteht, die Fahrzeugbatterien zu Hause zu laden. Hintergrund ist die Schere zwischen zugelassenen E-Autos in Norwegen und den bereitstehenden Lademöglichkeiten.

Angesichts des derzeitigen Bestandes von über 60 Millionen Kraftfahrzeugen in Deutschland drängt sich allerdings auch noch die Frage auf, wie der Mehrbedarf an Elektroenergie gedeckt werden soll. Der Wissenschaftsjournalist Vince Ebert hat sich auf *spektrum.de* die Mühe gemacht, allein die Auswirkungen von einer Million E-Autos durchzukalkulieren. Zur Erinnerung: Sigmar Gabriel hatte im Jahr 2008 als Umweltminister das Ziel ausgegeben, daß hierzulande bis 2020 eine Million Elektroautos unterwegs sein sollen.

Der Journalist Vince Ebert rechnet vor: "Für diesen Fall sollen laut Bundesregierung moderne

Schnellladestationen von jeweils 350 Kilowatt Leistung im gesamten Land installiert werden. Dazu ein Rechenbeispiel: Angenommen, es ist 20 Uhr, und zehn Prozent der eine Million Elektroautobesitzer möchten ihre Fahrzeuge aufladen. Dann wird zusätzlich zu dem normalen Strombedarf eine Leistung von 35.000 Megawatt benötigt. Das entspräche ungefähr 23 mittleren Kohlekraftwerken oder - falls Sie es nachhaltiger haben wollen - 35.000 Windrädern."

Damit nicht genug. Der immense Mehrbedarf an elektrischer Energie zum Ersatz der Energieträger Benzin und Diesel würde auch noch in eine ohnehin schwierige Umbruchphase fallen. Nach dem Willen der Bundesregierung soll bis 2023 das letzte deutsche Kernkraftwerk vom Netz gehen. Als nächstes Großprojekt der "Energiewende" zeichnet sich bereits ein Ausstieg aus der Kohleverstromung ab. Deutschland deckt bislang rund 47 Prozent seiner Stromerzeugung über die Verstromung von Stein- und Braunkohle ab.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 4. Oktober 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Sehr geehrter Herr Bundespräsident!**

Mit tiefstem Bedauern muß ich Ihnen leider mitteilen, daß ich für das Amt der Bundeskanzlerin in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr zur Verfügung stehe. Ich habe fertig mit Deutschland!

Herr Bundespräsident, seit der letzten Wahl versuche ich, Partner für eine neue Koalition zu finden. Diejenigen, die ich will, wollen nicht. Diejenigen, die wollen, möchte ich nicht. Jedenfalls diese freche Föhn-Pfeife von der FDP nicht. Der Reihe nach.

Der Herr Martin Schulz aus Würselen weigert sich, mit mir eine Große Koalition zu machen. Im Wahlkampf war er noch so nett zu mir. Plötzlich kriege ich von ihm nur noch Schimpfe. ICH kann doch nichts dafür, daß seine SPD-Wähler ihn mit 20,5 % geprügelt haben. Mich und meine CDU/CSU hat dieses Pack doch auch auf 33 % runtergeprügelt. Und der Genosse Schulz hat nur 5,2 % verloren, ich sogar 8,6 %!!

Dabei habe ich doch mit Ihrem Nachfolger im Amt des Außenministers, dem netten Herrn Vizekanzler Gabriel, so wunderbar erst Syrien, Irak und Afghanistan, dann halb Afrika, ja, die ganze Welt gerettet. Ich habe sogar Ihre SPD-Staatssekretärin, die türkische Neudeutsche, Frau Özoguz, endlich herausfinden lassen, daß jene, die schon länger hier leben, nur EINE deutsche Identität haben, die Sprache nämlich. Nicht mal die Kinder-Ehe, den Gender-Sex-Unterricht für Sechsjährige habe ich der SPD verboten.

Aber nein, der Herr will nicht. Dabei fand er es doch auch so wunderbar, als ich 2015 die Grenzen für Hunderttausende Facharbeiter, Ärzte und Ingenieure "alternativlos" geöffnet habe. Wertvoller als Gold hat der Herr Schulz sie genannt. Und als sie sich dann als junge, gesunde Analphabeten entpuppten? Habe ich da nicht gesagt: Nun sind sie halt da ... mir doch egal? Kann man noch anschmiegsamer sein in einer GroKo?

Gut, es gab ein paar Kollateralschäden - hier etwas Silvester-Sex, dort eine Joggerin im Park - die täglichen Einzelfälle halt. Aber selbst den Schutzsuchenden, der sich in Berlin mit dem Bus auf den Weihnachtsmarkt verirrte, versehentlich ein paar Menschen rammte, habe ich nicht an die große Glocke gehängt. Und die Medien von ARD, ZDF, PHOENIX waren/sind doch alle auf unserer Seite! Ich selbst habe literweise Tee mit Frau Frieder Springer geschlürft, damit diese schreckliche 'Bild-Zeitung' kuschelt ...

Und jetzt läßt dieser Herr Schulz mich einfach so im Stich? Nur weil dieses Pack von der AfD 12,6 % Wähler bekam? 5 oder 6 Millionen Dunkeldeutsche? Meine Güte, in den nächsten Jahren hätten wir die doch mit dem wunderbaren SPD-Justizminister Maas, mit meinem Büroleiter Meat Loaf Altmaier platt und stumm gemacht ... Aber nein, der Herr Schulz zickt. Nun will ich auch nicht mehr. Macht doch euren Dreck alleene ...

PS: Leider wurde dieser Brief nie wirklich geschrieben. Aber man darf ja mal träumen. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 10. Oktober 2017: >>**Ausverkauf der deutschen Wirtschaft**

Wie die Globalisierer die Spitzentechnologie aus Deutschland abziehen

Die scheidende Bundesregierung verlangt von der EU, Vorschriften zu erlassen, mit denen Firmenübernahmen durch chinesische Investoren erschwert werden. ... Dafür ist es aus deutscher Sicht höchste Zeit, denn der Ausverkauf ist längst in vollem Gange, vor allem im Spitzentechnologiesektor Deutschlands.

Die großen Kapitalgesellschaften sind längst international. Sie produzieren nicht nur weltweit, haben weltweite Zulieferer, sondern haben auch weltweit Anteilseigentümer. Mehr als 70 Prozent unserer DAX-Konzerne befinden sich mehrheitlich in ausländischer Hand, meist in US-amerikanischer. Ein vom Ausland beherrschter Konzern hat keine nationale Bindung mehr, hat keine Heimat, verlangt Globalisierung und Freihandel und vor allem Kapitalfreizügigkeit einschließlich der Steuerersparnis durch Steueroasen.

Dem internationalen Handel dieser globalen Konzerne verdankt Deutschland seine Exportüberschüsse. Diese Überschüsse wiederum sind nur dadurch erzielbar, daß Deutschland - meist öffentlich stark subventioniert - in Wachstumsbranchen wichtige technische Vorteile hatte oder noch hat. Verliert Deutschland solchen technischen Vorsprung, verliert es nicht nur seine Exportfähigkeit, sondern auch einen Teil des Wohlstandes des Landes.

In diesem Sinne sind die technologischen Wachstumstreiber der internationalen Konzerne nicht nur von der Eigentumsstruktur einer Kapitalgesellschaft her, sondern auch wegen ihrer Abhängigkeit von ausländischen Großmächten wie den USA oder China für Deutschland höchst gefährlich.

In Deutschland ist es weniger als in anderen Ländern möglich, technischen Vorsprung geheim- und zurückzuhalten, weil die US-Amerikaner nach dem Besatzungsstatut das Recht haben, sämtliche deutschen digitalen und Informatiksysteme einschließlich aller Telefonleitungen und Mobiltelefonsysteme in Deutschland flächendeckend und total zu kontrollieren. Sie können also jede in Deutschland entstehende neue Technologie sofort durch ihre Spionagesysteme abgreifen und ihrer einheimischen Industrie weiterübermitteln. Oft weiß also die US-amerikanische Konkurrenzindustrie über neue Patententwicklungen eher Bescheid, als daß ein Patent in Deutschland erteilt ist.

Wo die Totalspionage nicht ausreicht, werden sich technische Neuerungen durch Finanz- und Bestechungstricks angeeignet. Beispiel: Die ortungssichere U-Boot-Technologie der Kieler Howaldt-Werft, wo ein ungetreuer Vorstand mit Billigung der Bundesregierung angebliche US-amerikanische Übernahmewünsche durch Aushändigung aller Pläne und technischer Interna solange mitmachte, bis die Amerikaner alles hatten und an der Werft selbst nicht mehr interessiert waren.

Wie gefährlich eine Verlagerung der deutschen Produktion ins Ausland ist, hat vor Jahrzehnten die Fotobranche erfahren. Deutschland war in den 50er und 60er Jahren Weltführer bei Fotoapparaten. Dann wurde "wegen der billigeren Arbeitskräfte" die Produktion nach Asien verlegt und nur noch in Deutschland verkauft, bis die japanische Konkurrenz die deutschen Modelle besser auf dem Weltmarkt anbot als die Deutschen selbst und die Marktführung an sich gerissen hat. Heute kaufen die Deutschen asiatische Fotoapparate statt deutscher.

Nach den USA und Japan ist nun China der große Technologieabsauger. Die Chinesen haben mehr als drei Billionen US-Dollar Guthaben, für die sie wahrscheinlich nichts mehr bekommen, wenn sie nicht rechtzeitig auf Sachwerte umsteigen. Sie kaufen deshalb in der ganzen Welt alles, was sie noch bekommen können, vor allem Technologie zu jedem Preis. In den USA können sie nicht einkaufen, weil die US-Regierung ein Sicherheits-Veto-Recht hat und dieses ständig ausübt. In Deutschland gibt es einen solchen nationalen Sicherheitsvorbehalt zwar auch, er wird aber nie genutzt, weil die globalisierungsfreundliche Bundesregierung darin eine "internationale Handelsbeschränkung" sieht. So können die Chinesen in Deutschland ungehindert Hochtechnologie aufkaufen.

Ein Beispiel des Ausverkaufs deutscher Technologie ist der Erwerb der Aktienmehrheit an der international führenden Roboterfirma Kuka in Augsburg. Sie hat ihre Weltspitze mit vielen deutschen Subventionen erreicht. Nun, wo sie in chinesischem Eigentum steht, ist auch die Produktionstechnologie von Kuka für Deutschland verloren, sie wird systematisch nach China verlegt. In wenigen Jahren schon werden die Deutschen Roboter aus China kaufen, die Deutschland keinen Exportüberschuß mehr, sondern Exportdefizite bringen.

Auch die deutschen Automobilfirmen haben erst nach China exportiert, wurden dann gezwungen, eigene Fertigungsstätten in China aufzubauen, haben damit die deutsche Technologie in mehrheitlich Chinesen gehörende Firmen eingebracht und werden in den nächsten Jahren gegen diese Firmen ihre heimischen Produkte immer weniger exportieren können, also den Exportmarkt verlieren.

Auch Siemens sieht die digitale Zukunft vor allem in China und verlegt sein globales Forschungszentrum für autonome Roboter in die Volksrepublik. Eigentlich ist folgerichtig nach dem Abzug der Kuka-Roboterführung, daß auch Siemens seine weltführende Roboterforschung nicht ohne heimische Produktionsanwendung halten kann, sondern seine Zukunftsforschung in das Land verlegt, welches auch die Robotertechnik erworben hat.

Am schlimmsten für Deutschland ist das Beispiel Airbus. Dieser vom Staat stark subventionierte Flugzeugkonzern hat - angeblich, um auf dem chinesischen Markt Fuß zu fassen - den Chinesen Produktionsanlagen für Airbus-Maschinen geliefert und aufgebaut, so daß die Chinesen heute schon eigene Konkurrenzmaschinen zu Airbus in eigenen Firmen mit der Airbus-Technologie bauen können. Es gehört keine Phantasie dazu vorauszusagen, daß in zehn Jahren Airbus nicht mehr nach China liefern kann, weil dort chinesische Airbus-Firmen den Markt beherrschen.

In allen Fällen hat der deutsche Steuerzahler die Zukunftstechnologien massiv aus den Steuern des Mittelstandes subventioniert und haben dann die internationalen Konzerne das Ergebnis dieser Subventionen und deutscher Technologie ins Ausland verlagert, verkauft oder dem Ausland sogar kostenlos überlassen. Die Bundesregierung sieht dies als normalen "Internationalisierungsprozeß" an und greift nicht ein.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 11. Oktober 2017: >>**Die Goldene Hoftrompete für den Monat September geht an: Oliver Welke / "heute show"**

Komiker, die sich von den Herrschenden bezahlen lassen, um ihre Brötchengeber mit Späßen auf Kosten anderer aufzumuntern, nennt man gemeinhin Hofnarren. Die wenigsten trauen sich, ihre Narrenfreiheit zu nutzen, um den Mächtigen selbst den Spiegel vorzuhalten. Wer sich bevorzugt an den Feinden des Hofes abarbeitet, hat die Lacher des Brötchengebers sicher und riskiert nicht in Ungnade zu fallen, ist dafür allerdings auch nicht wirklich komisch.

Unter all den Hofnarren, die sich die politische Klasse im zwangsgebührenfinanzierten Staatsfernsehen so hält, ist Oliver Welke mit seiner "heute show" wohl so ziemlich der unlustigste. Die erste Sendung nach der Bundestagswahl treibt seine plumpe Masche auf die Spitze: Ein paar matte, harmlose Scherze über Mutti Merkel und ihre früheren und künftigen Koalitionspartner - man weiß ja, welche Hand einen füttert -, aber volles Rohr und immer schön unter die Gürtellinie gegen AfD und Donald Trump, da weiß er genau, daß die Etablierten den auch nicht mögen.

Keine "Nazi-Anspielung" ist Welke und seiner Truppe zu primitiv, wenn's gegen die AfD geht. Deren Wähler sind ja sowieso alle "Idioten". Und klar, nicht der in zwölf Merkeljahren angehäuften Mist ist das Problem, sondern daß die AfD deswegen jetzt auch im Bundestag sitzt. Schuld daran sind Facebook, Twitter und überhaupt alle in den Medien, die noch über die Asylkrise reden, obwohl Mutti das doch gar nicht mag, rasselt Welke mit seinem Hofnarren-Kollegen von 'NDR-extra 3' herunter. Und die doofen Wähler, natürlich nur die von der AfD. Die haben versagt, nicht das Parteien-Establishment, also wird auf denen ordentlich

rumgehackt.

Brav apportiert, Olli. Zur Belohnung gibts auch ein paar Leckerli - und natürlich die schon lang verdiente Goldene Hoftrompete.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 14. Oktober 2017: >>**Dreiste Moggelpackung**

Die Unverfrorenheit, mit der die Kanzlerin und vor allem CSU-Chef Horst Seehofer die Wähler mit ihrem faulen Kompromiß zur angeblichen "Obergrenze" für die Aufnahme sogenannter "Flüchtlinge" für dumm verkaufen wollen, sucht ihresgleichen. Schon der Begriff ist ein Etikettenschwindel. Ginge es nur um tatsächlich Verfolgte und Asylberechtigte, bräuchte man gar nicht darüber zu reden: Das betraf im vergangenen Jahr keine tausend von den Hunderttausenden, die über die Grenzen geströmt sind.

Es geht also um irreführend als "Flüchtlinge" deklarierte illegale Einwanderer. Mit allerlei Rechentricks - Abgeschobene, freiwillig Ausreisende, in der EU Umverteilte und Antragsteller aus zurückliegenden Jahren sollen herausfallen - will man suggerieren, ihre Zahl solle zweihunderttausend im Jahr nicht überschreiten. Nur damit Horst Seehofer diese willkürlich aus der Luft gegriffene Marke zu Hause als Erfolg verkaufen kann.

Selbst das würde bedeuten, daß Jahr für Jahr die Einwohnerzahl einer Großstadt wie Kassel oder Rostock in die Sozialsysteme einwandern würde - mehr als viermal so viele wie die USA aufzunehmen gedenken, für die die jährliche Festsetzung von Obergrenzen nach dem Maß des Verkraftbaren offenbar kein Problem darstellt.

Aber dabei wird es nicht bleiben. Zahlreiche Migrantenströme sind in der Rechnung gar nicht enthalten: die hunderttausendfache EU-Binnenwanderung aus Rumänien und Bulgarien etwa oder die großzügig verteilten Visa für Einwanderer vom Westbalkan, die den massenhaften Asylmißbrauch eindämmen sollten - Zehntausende sind seit Jahresbeginn allein auf diesem Weg gekommen.

Die Obergrenze wird zur Farce

Zudem ist der Formelkompromiß der Unionsparteien nur eine unverbindliche Absichtserklärung. "Wir wollen erreichen", heißt es in der zentralen Passage; da ist das Verfallsdatum zu Beginn der Koalitionsverhandlungen mit den Grünen schon eingepreist. Und jenseits aller Rechenkunststückchen wird nach wie vor niemand an der Grenze abgewiesen. Wer sie überschreitet und "Asyl" sagt, bekommt ein Verfahren, mit dem er sich den Aufenthalt ersitzen kann.

Ohne wirksame Schließung der Grenzen ist jede vorgebliche "Begrenzung" eine Farce. Wie gehabt, will man sich von anderen abhängig machen: von europäischer Grenzsicherung, von nebulöser "Bekämpfung von Fluchtursachen" in den Herkunftsländern oder von fragwürdigen Abkommen wie dem Türkei-Deal. Das "CDU/CSU-Regelwerk zur Migration" ist somit ein Schönwetterpapier, das spätestens dann zur Makulatur wird, wenn die nächste Einwanderungswelle vor der Tür steht. Sollte das "wider Erwarten" eintreten, werden Bundesregierung und Bundestag eben "geeignete Anpassungen" beschließen.

Im Klartext: Die genannte Phantasiezahl gilt so lange, bis sie erreicht wird. Einen Plan für den Ernstfall will man heute wie damals nicht; das Unionspapier ist ein Dokument fortgesetzter Realitätsverweigerung und Lernresistenz. Was noch schwerer wiegt ist die Arroganz, mit der sich zwei Parteichefs anmaßen, durch einen einsamen Beschluß mal eben bestehendes Verfassungs- und Europarecht zum Asylverfahren zu entsorgen. Nach dem geltenden, von der Regierung Merkel schlicht nicht mehr angewendeten Artikel 16a des Grundgesetzes gilt für illegale Einwanderer, die als "Asylbewerber" über sichere Drittstaaten kommen, nämlich "Obergrenze null". Seehofer und Merkel machen daraus per Federstrich "200.000 plus X".

Ihr Kompromiß bedeutet de facto die Legalisierung illegaler Einwanderung über Pseudokontingente. Und nebenbei erledigen sie auch noch das Dublin-System und das europäische Asyl-

recht, das sie für reformbedürftig erklären. Wie Hohn muß auf rechtstreue Bürger die Ankündigung wirken, man wolle die "Anstrengungen verstärken", um "vollziehbar Ausreisepflichtige schnellstmöglich zurückzuführen". Obwohl die Zahl der abgelehnten Asylanträge in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen ist, stagniert die Zahl der Abschiebungen und dürfte in diesem Jahr sogar zurückgehen.

Einige Bundesländer begehen massiven Rechtsbruch

Faktisch finden Abschiebungen kaum noch statt und werden in einigen Bundesländern wie Berlin oder Thüringen offen sabotiert. Zu diesem staatlich geförderten Rechtsbruch fällt den Unionsparteien nichts ein. Und wenn doch, änderte dies nach dem faulen Kompromiß doch nichts an der Überlastung von Staat und Sozialkassen: Denn aufgrund des kuriosen Aufrechnungssystems, das CDU und CSU sich ausgedacht haben, dürfte für jeden abgeschobenen Illegalen ein anderer nachkommen.

Die Ankündigungen, grenznahe Asylzentren einzurichten und die Zahl der sicheren Herkunftsländer auszuweiten, sind durchschaubar lediglich Verhandlungsmasse für die Koalitionsgespräche mit den Grünen, die diese Forderungen strikt ablehnen. Für die FDP ist als Köder eine schwammige Formulierung zur "Fachkräfte-Zuwanderung" gedacht. Auch das ist entweder sinnlos oder eine weitere Hintertür, solange die massive illegale Einwanderung über den Asylmißbrauch nicht abgestellt wird.

Was CDU und CSU da ausgeheckt haben, taugt allenfalls als Einladungsschreiben zu "Jamaika-Koalitionsverhandlungen", die Angela Merkel noch einmal die Kanzlerschaft retten sollen, löst aber kein einziges Problem. Spätestens wenn die Migrationsströme im nächsten Frühjahr wieder anschwellen, kann Horst Seehofer schon mal überlegen, ob er die "Obergrenze" für das CSU-Ergebnis bei der nächsten bayerischen Landtagswahl von 40 Prozent minus X auf 30 Prozent minus X herabsetzen will.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Deutschen Großstädten droht Bevölkerungsexplosion**

Als Folge der unkontrollierten Masseneinwanderung, an der auch der Scheinkompromiß zwischen CDU und CSU mit einem völlig unverbindlichen "Kontingent" von 200.000 sogenannten Flüchtlingen jährlich nichts ändert, droht die Bevölkerung in den deutschen Ballungsgebieten regelrecht zu explodieren!

Davor warnt das Kölner "Institut der Deutschen Wirtschaft" (IW). Es geht davon aus, daß Großstädte, die bereits jetzt Migrantenanteile von 30 bis 40 Prozent in manchen Bezirken haben, mit einem weiterhin massiven Bevölkerungsanstieg rechnen müssen. Die Entwicklung werde sich in den nächsten 10 bis 20 Jahren noch beschleunigen.

Allein für die Multikulti-Hauptstadt Berlin sagt das Kölner Institut einen durchschnittlichen Bevölkerungszuwachs von 14,5 Prozent bis 2035 voraus.

Die bayrische Landeshauptstadt München muß demnach mit einem Bevölkerungsanstieg von etwa 14,4 Prozent bis zum Jahr 2035 rechnen. In Hamburg dürfte der Zuwachs bei etwa 9 Prozent liegen. Es ist also nur noch eine Frage der Zeit, bis die biodeutsche Bevölkerung, wie jetzt schon in manchen Stadtteilen Berlins, in die Minderzahl gerät.

Neben der anhaltenden Masseneinwanderung aus arabischen und afrikanischen Staaten in unsere Sozialsysteme - Experten erwarten mittelfristig bis zu weitere sechs Millionen "Flüchtlinge" allein aus Afrika - tragen vor allem die hohen Geburtenraten in Migrantenfamilien zum schleichenden Bevölkerungsaustausch bei - dies ganz im Sinne linksgrüner "Umvölker" und ihrer CDU-Erfüllungsgehilfin im Kanzleramt.

Strategiepapier zur Abschaffung Deutschlands

Die Transformation der bundesdeutschen Gesellschaft fordert unumwunden einen "Leitfaden" der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Das unter dem Vorsitz von Aydan Özoguz (SPD), der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration, erstellte Papier sieht in der

Einwanderung einen quasi schicksalsartigen "Prozeß".

Der Begriff der "deutschen Leitkultur" sollte durch ein schwammiges "Leitbild" ersetzt werden, schlagen die Autoren vor.

Für Unternehmen, Behörden und andere Institutionen sollen Migranten-Quoten eingeführt werden.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Euro-Kritiker scheitern vor Verfassungsgericht**

Das Bundesverfassungsgericht hat eine Eilklage gegen die Ankäufe von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank (EZB) zurückgewiesen. Geklagt hatten die früheren AfD-Politiker Bernd Lucke, Hans-Olaf-Henkel, der frühere stellvertretende CSU-Vorsitzende Peter Gauweiler sowie weitere Skeptiker der Euro-Rettungspolitik. Sie wollten eine einstweilige Anordnung des Gerichts erwirken, die es der EZB untersagt hätte, bis zur Entscheidung im Hauptsacheverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof weiter Anleihen aufzukaufen.

Im Juli hatte das Bundesverfassungsgericht in der Sache den Europäischen Gerichtshof eingeschaltet. Die Richter in Karlsruhe lehnten den Eilantrag nun mit der Begründung ab, daß eine einstweilige Anordnung die Entscheidung der Luxemburger Richter vorweggenommen hätte.

Um die Inflation hochzutreiben, kauft die EZB seit März 2015 Staatsanleihen und andere Wertpapiere - derzeit für 60 Milliarden Euro im Monat. Das Programm, dessen Risiken auch die nationalen Notenbanken tragen, soll noch bis mindestens Ende dieses Jahres laufen.

Ex-AfD-Chef Bernd Lucke reagierte auf das Urteil via Twitter: "Schade: Das Bundesverfassungsgericht lehnt meinen Antrag auf Anordnung gegen PSPP (Public Sector Purchase Programme) der EZB ab. Zumindest eine Debatte im Bundestag wäre angebracht gewesen."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>**Die Forschung bestätigt das Bauchgefühl**

Ein Aufschrei ging durch die Medien, als der einfache Mann von der Straße diese als "Lügenpresse", "einseitig" und "ideologisch verblendet" kritisierte. Doch nun zeigen aktuelle Forschungsberichte: Der gemeine Plebs von der Straße hat mehr als recht gehabt: Die deutschen Medien haben einen Schrott über die Flüchtlingskrise zusammengekleistert und sind ihrer Rolle als unabhängige Berichterstatter vorne und hinten nicht gerecht geworden.

"Die Studie zeigt auf, daß sich der Informationsjournalismus beim Thema Flüchtlinge praktisch nur für die Regierungspolitik, kaum aber für die Situation der in Deutschland angekommenen Flüchtlinge interessierte." Und: "Die Medien feierten sich und den liberalen Teil der Bevölkerung als großartige Menschenfreunde. Sie wollten nicht recherchieren und übergangen Skeptiker und Kritiker." Zu diesem Befund kommt der Hamburger Medienforscher Michael Haller in seiner jüngsten Studie über die Berichterstattung zur Flüchtlingskatastrophe.

Ausländerkriminalität ausgeblendet

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt der Mainzer Medienforscher Marcus Maurer, der bestätigt, daß es bis zum Herbst 2015 einen "sehr positiven" Tenor der Berichterstattung über Migranten gegeben habe. Deutliche Probleme gab es bei der Berichterstattung über Kriminalität: Die Journalisten hätten nicht mehr die Realität wahrgenommen, geschweige denn über diese berichtet. Denn während in der Kriminalitätsstatistik deutlich mehr Gewaltdelikte von als gegen Migranten festgehalten wurden, hätten die Medien häufiger über Gewalt gegen Migranten berichtet als über Gewaltdelikte, die von Flüchtlingen verübt wurden. Zudem dominierten in den Talkshows vor allem Gäste, die sich für eine verstärkte Zuwanderung aussprachen. Wer dies kritisierte, sah sich doppelt so oft "konfrontativem Verhalten" von seiten der Moderatoren ausgesetzt als diejenigen, die sich für Zuwanderung stark machten.

Unglaubliche Medien

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch die Chefin des Instituts für Demoskopie, Renate Köcher: Während die Medien immer noch voller Freude über die unkontrollierte Zuwanderung

schwärmten, waren bereits im Oktober 2015 zwei Drittel der Deutschen der Meinung, die Flüchtlingswelle werde das Land stark verändern. 62 % der Bevölkerung befürchteten, mit den Flüchtlingen würden auch Terroristen eingeschleust. 57 % hatten das Gefühl, die Politik sei ratlos und Deutschland habe die Kontrolle über seine Grenzen verloren. Kein Wunder straft die Bevölkerung die Medien hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit ab:

Was die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, betrifft, vertrauen nur noch 30 % der Deutschen den Medien.

In Bezug auf die Kriminalität von Flüchtlingen sind es gar nur noch 23 %. Jeder Gebrauchtwagenhändler verfügt über eine höhere Glaubwürdigkeit!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. Oktober 2017: >>Wie die Amtskirche vor dem Islam zu Kreuze kriecht

"In dieser Nacht, noch ehe der Hahn kräht, wirst du mich dreimal verleugnen." - Matthäus 26, Verleugnung des Petrus

Es gibt Fotos, bei denen muß der Betrachter dreimal hinschauen, um die ihnen innewohnende Ungeheuerlichkeit zu erfassen. Und selbst dann noch will man die geradezu perverse Dimension des Gesehenen nicht glauben. So ein Foto entstand vor einem Jahr bei einer Pilgerreise evangelischer und katholischer Bischöfe durch das Heilige Land.

Es zeigt die obersten Repräsentanten der beiden deutschen Amtskirchen vor dem Felsendom in Jerusalem: den Münchner Erzbischof Reinhard Kardinal Marx, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz; den bayerischen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Beide Bischöfe tragen Kleidung, die sie als Männer des Glaubens ausweisen. Das Bemerkenswerte an dem Foto ist allerdings das, was man nicht sieht:

Das Kreuz, das die höchsten deutschen Kirchenvertreter sonst um den Hals tragen, fehlt.

Sie haben es sich in einem Akt der Unterwerfung vom Leib gerissen. Denn in der Bildmitte gibt es einen dritten Herrn: Scheich Omar Awadallah Kiswani. Die muslimischen Autoritäten hatten die deutschen Würdenträger gebeten, das Symbol ihres Glaubens abzulegen, um die religiösen Gefühle des Scheichs nicht zu verletzen. Einer Aufforderung, der die beiden christlichen Würdenträger eilfertig und devot nachkamen. Wochenlang machten danach Gläubige ihrer Empörung, ihrem Entsetzen, im Internet Luft.

Ein Jahr später folgte ein weiterer tiefer Bückling vor dem Islam:

Beim ökumenischen Gottesdienst zum Tag der Deutschen Einheit im Mainzer Dom führte eine Muslima den Ein- und Auszug der Gläubigen beider christlichen Kirchen an. Während des Gottesdienstes im Angesicht des gekreuzigten Jesus Christus durfte sie "die Barmherzigkeit und die allumfassende Liebe Allahs zu uns Menschen" preisen. Kein Wort darüber, daß im Namen Allahs hunderttausende Christen in islamischen Ländern blutig verfolgt und ihre Gotteshäuser niedergebrannt werden; daß der Terror im Namen Allahs ("Allahu Akbar") jedes Jahr in Europa die Menschen in Angst und Schrecken versetzt.

Es sind dies zwei Beispiele von vielen, die in erschreckender Weise davon Zeugnis ablegen, wie die deutschen Amtskirchen vor dem Islam im wahrsten Sinne des Wortes zu Kreuze kriechen. Lebte Peter Scholl-Latour noch, er würde sich auf tragische Weise bestätigt sehen: "Ich fürchte nicht die Stärke des Islam, sondern die Schwäche des Abendlandes. Das Christentum hat teilweise schon abgedankt."

Keiner wirft sich dabei so tief in den Staub wie die beiden Gutmenschen Marx und Bedford-Strohm. Statt sich zu fragen, warum ihre Gotteshäuser oft gähnend leer sind, scheint den beiden Kirchenfürsten offenbar mehr daran gelegen, die Moscheen in Deutschland zu füllen. So sprach sich Marx in kaum unterdrückter Vorfreude auf eine Jamaika-Koalition für einen weitreichenden Anspruch auf Familiennachzug aus. Eine "Obergrenze für Flüchtlinge" - so

etwas kann sich ohnehin nur der Leibhaftige ausgedacht haben!

Ist der Leibhaftige womöglich in den Kölner Erzbischof Rainer Maria Kardinal Woelki gefahren? Der mächtige Kölner Kirchenfürst, der einst dem konservativen Flügel der Amtskirche zugerechnet wurde, verstieg sich unlängst zu dem Satz:

"Wer 'Ja' zu Kirchtürmen sagt, der muß auch 'Ja' sagen zum Minarett."

Bedford-Strohm will, daß der Islam "flächendeckend" an öffentlichen Schulen gelehrt wird. Er ist voll der Freude, wenn islamische Funktionäre in evangelischen Gottesdiensten sprechen. Da wundert nicht, daß sich dieser protestantische Amtskirchenfunktionär in ein Gremium zum Bau eines islamischen Zentrums berufen ließ.

Nun ja, hielt doch auch schon dessen Amtsvorgängerin, Margot Käßmann, die Angst vor einer Islamisierung Deutschlands für "Unsinn". Als eine der ersten "Kirchenvertreterinnen" machte sich die evangelische Ex-Bischöfin für eine breite "Willkommenskultur" in Deutschland stark: "Die Kraft ist sicher endlich, aber das Engagement muß es nicht sein. ..."

Blicken wir nach Rom: Franz Josef Strauß hätte den politisierenden Papst-Darsteller Franziskus wohl einen "Herz-Jesu-Marxisten" genannt. Flüchtlingsunterkünfte vergleicht das Oberhaupt der Katholiken mit "Konzentrationslagern". Beim Besuch des deutschen Grußaugust Frank-Walter Steinmeier vorvergangene Woche im Vatikan äußerte sich Franziskus "besorgt" über die hohe Akzeptanz der AfD in der deutschen Bevölkerung.

Dieser Papst, der Muslimen am Gründonnerstag die Füße wäscht, läßt die schleichende Islamisierung des Abendlandes widerspruchslos geschehen. Er verspielt die Autorität, mit der sich Benedikt XVI. Achtung und Respekt im Islam verschafft hatte.

PS: 2016 hielt die hohe Zahl der Kirchenaustritte weiter an. Mehr als 162.000 deutsche Katholiken kehrten ihrer Kirche den Rücken. Die EKD meldete 190.000 Austritte. Es gibt Zahlen, die kommentieren sich selbst.

Dem Gender-Gaga verfallen

Eigentlich sollte der Fall klar sein: Eine irre Theorie, die den Unterschied zwischen Mann und Frau zum bloßen "gesellschaftlichen Konstrukt" erklärt und von mal 60, mal 4.000 oder sonst wie vielen "Geschlechtern" faselt, die man sich nach Belieben aussuchen können soll, widerspricht dem Naturrecht und der Schöpfungsordnung, man könnte auch sagen: Der Realität. Die christlichen Kirchen sollten daher schon aus ihrem Selbstverständnis entschiedene Gegner von Gender-Gaga und der dahinterstehenden menschenfeindlichen Ideologie sein. Eigentlich. Tatsächlich pfeifen die beiden Amtskirchen auch hier die Zeitgeist-Melodie. Die katholische Deutsche Bischofskonferenz verordnet sich "Geschlechtersensibilität" und verharmlost mit Tagungen und Propagandabroschüren die Gender-Theorie als irgendwas mit Gleichberechtigung. Nur wenige Bischöfe protestieren gegen den Unfug. Und die EKD leistet sich seit etlichen Jahren nicht nur "Frauenquoten", sondern sogar ein ganzes "Studienzentrum für Genderfragen". Der Kirchensteuerzahler hat's ja.<<

Herbert Ludwig berichtete am 24. Oktober 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die katholische Kirche und die Europäische Union (x977/...): >>**Der Heilige Stuhl und der "Kreißaal der EU"**

Eine wesentliche Entwicklungslinie, die zum Beginn und zur weiteren Förderung der europäischen Einheitsstaats-Bewegung geführt hat, zieht sich von Richard Graf Coudenhove-Kalergi, Winston Churchill und dem US-Geheimdienst über das "American Committee for a United Europe" (ACUE), zur "Europäischen Bewegung", der "Union Europäischer Föderalisten" (UEF) und den "Europarat".

Diese weitgehend vom CIA mitfinanzierten hauptsächlichsten Organisationen bilden den Humus, welche die heute bis zur EU entwickelte Brüsseler Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben.

Zentrales Motiv der angloamerikanischen Förderung eines europäischen Staates ist es, eine

Entwicklung Deutschlands als unabhängige, selbständige Nation für die Zukunft auszuschließen. Dies ergibt sich schon aus einem Papier des amerikanischen Außenministeriums vom Februar 1949, in dem es hieß, daß die Besatzungsherrschaft nur aufgelöst werden sollte, wenn *"ein angemessener Rahmen einer allgemeinen europäischen Union, in die Deutschland absorbiert werden kann"*, existiere.

Die Initiative für einen solchen Rahmen solle man aber den Europäern selbst überlassen und sie nur von außen unterstützen. Die Initiative ist ja insbesondere von Coudenhove-Kalergi und Jean Monnet ergriffen worden. Aus den *Erinnerungen* von Hans-Dietrich Genscher geht hervor, daß die Fortführung der europäischen Integration zu einem Bundesstaat zu den Bedingungen der USA für eine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung 1989 gehörte.

Der Einfluß der römisch-katholischen Kirche

Eine zweite Linie geht vom "Heiligen Stuhl" in Rom aus. Die Päpste und die ihr unterstehenden Kirchenoberen haben die von den weltlichen "Eliten" betriebene Entwicklung zu einem europäischen Bundesstaat von Anfang an unterstützt. Eine der treibendsten katholischen Kräfte war Papst Pius XII.

Nach der Gründung der EWG und der EURATOM am 25. März 1957 in Rom, die der 1951 in Paris gegründeten Montanunion zur Seite traten, kritisierte er auf dem Europa-Kongreß, daß insbesondere die EWG noch keine eigentliche Gemeinschaft sei, weil ihr eine eigene Autorität fehle, die "wirkliche Gewalt" besitze und Verantwortung trage.

Er gab den politischen Akteuren die Aufgabe mit auf den Weg, *"für eine Stärkung der Exekutive in den bestehenden Gemeinschaften zu sorgen und damit die Konstituierung eines einheitlichen politischen Organismus ins Auge zu fassen."* Eine europäische Außenpolitik schien ihm schon damals möglich und nötig.

Otto von Habsburg

Zu den intensiv in diesem Sinne für die Interessen der katholischen Kirche Wirkenden gehörte Otto von Habsburg, der 1912 geborene älteste Sohn von Karl I., des letzten, 1922 mit 35 Jahren im Exil in Portugal gestorbenen Kaisers von Österreich-Ungarn.

Kaiser Karl wurde *"von seinen Biografen einhellig eine tiefe Religiosität und bedingungslose Treue zur katholischen Kirche bescheinigt. Kritiker sehen in Karl einen "Befehlsempfänger der Kirche" (Brigitte Hamann), der als "politischer Diener der Kirche" sich sklavisch an die Vorgaben der Kirche gehalten und dadurch die Trennung von Staat und Kirche ignoriert hätte."*

Aus Dankbarkeit wurde er am 3. Oktober 2004 *"von Papst Johannes Paul II. in die Reihen der Seligen der römisch-katholischen Kirche aufgenommen. ... Die Kirche würdigte durch ihre Entscheidung Karls Sicht des Herrscheramtes als "Heiligen Dienst" und erklärte ihn zum Vorbild für politische Verantwortungsträger."*

Entsprechend tief war auch sein Sohn Otto mit der Katholischen Kirche verbunden. *"Seine Mutter erzog ihren Sohn auch nach dem Untergang der Doppelmonarchie und der 1921 in Ungarn beschlossenen Entthronung (Dethronisation) der Habsburger zu einem römisch-katholischen Monarchen."* (Wikipedia)

Er war ... ein herausragender Ritter des "Souveränen Malteserordens", einer katholischen Ordensgemeinschaft, die ein vorbildliches Leben nach den Lehren und Vorschriften der Kirche vorschreibt. Ebenso gehörte er dem "Orden vom Goldenen Vlies" an, dessen Ziel die Erhaltung des katholischen Glaubens, der Schutz der Kirche und die Wahrung der unbefleckten Ehre des Rittertums ist.

Ab Mitte der 1930er Jahre setzte sich Otto von Habsburg innerhalb der "Paneuropa-Union" an der Seite des Gründers Richard Graf von Coudenhove-Kalergi für die europäische Einigung, also einen europäischen Bundesstaat ein. Der römisch-katholische Laienorden "Opus Dei" favorisierte ihn als künftigen Monarchen über ein vereintes katholisches Europa.

Von 1957 bis 1973 war er Vizepräsident der Paneuropa-Union, von 1973 bis 2004 als Nachfolger Kalergis Präsident und von 2004 bis 2011 Ehrenpräsident. (Wikipedia) Nachdem er 1978 neben der österreichischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatte, war er von 1979 bis 1999 für die CSU Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Als Gegner des Nationalsozialismus floh er 1940 in die USA. Er pflegte intensive persönliche Kontakte zu Präsident Franklin Roosevelt und insbesondere Winston Churchill, den er für das Nachkriegskonzept einer Donauföderation interessierte. Nach seinen Vorstellungen sollte auf dem Gebiet des früheren Österreich-Ungarns ein neuer monarchischer Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn nach dem Vorbild Belgiens entstehen, der zwei große Bevölkerungsgruppen vereinigte.

Auch die Länder Bayern, Baden, Württemberg und Hohenzollern-Sigmaringen sollten als Monarchien wiederhergestellt und in einem sogenannten "Süddeutschen Bund" vereinigt werden. (Wikipedia)

Jozsef Retinger

Einen noch tiefer gehenden Einfluß übte der undurchsichtige Pole Dr. Jozsef Retinger (1888-1960) aus. Er absolvierte ... das Noviziat des Jesuiten-Ordens in Rom ab, hängte allerdings wegen der "zu großen Hürde des Zölibats" den Priesterberuf wieder an den Nagel.

Den Besuch einer katholischen Schule zu erwähnen, ist in unserem Zusammenhang nicht unwichtig, soll diese ihre Schüler doch im Geiste "*katholischer Lehre und Praxis*" erziehen. Und die von den Jesuiten gegründeten Schulen und Universitäten sollen "*Gewähr dafür bieten, daß kommende Generationen fest verwurzelt im katholischen Glauben heranwachsen - modern ausgedrückt, sicherten sie sich damit langfristig die kulturelle Hegemonie.*" (Wikipedia)

Offensichtlich blieb Retinger auch Kirche und Orden weiterhin treu verbunden.

Während und nach seinem Studium ... kam er dank seines Förderers Graf Zamoyski mit zahlreichen führenden Leuten aus Kultur und Politik in Berührung. "*Etwa zur selben Zeit beginnt er seine politische Karriere ...*

Im Ersten Weltkrieg gelang es Retinger, "*Polen zu verlassen. Er trägt eine Reihe sehr wichtiger Dokumente und Briefe bei sich, unter anderen einen von Erzbischof Bilczewski an seinen Kollegen in Westminster (Kardinal Bourne). Des weiteren bekommt er Instruktionen von Bilczewski, und die Dokumente, die an Retinger übergeben wurden, tragen die Unterschriften von einigen 20 führenden polnischen Persönlichkeiten. Dank dieser Papiere ist Retinger in der Lage zu beweisen, daß er derjenige ist, der das Sagen hat, mit der vollen Handlungsvollmacht überall als ein Art polnischer Botschafter zu agieren.*"

Seine Beziehungen zu führenden Persönlichkeiten der Westmächte führen ... dazu, daß er zur Verhandlungsdelegation des belgischen Prinzen Sixtus von Bourbon-Parma gehört, die Anfang 1917 geheim einen Separatfrieden mit Kaiser Karl I. von Österreich-Ungarn sondieren soll.

"Dies ist ein komplexes Thema, weil der sogenannte Habsburg- oder Ledóchowski-Plan damit zu tun hat. Dieser Plan wollte für das Haus von Habsburg einen Staatenbund aus römisch-katholischen Ländern in Zentral- und Osteuropa arrangieren. Obwohl dieser Plan vom General der Jesuiten stammte, Graf Wladimir Ledóchowski - selbst ein Pole -, so erwies er sich ebenso, der Traum des späteren Papst Pius XII. zu sein. Um dieses hochgesteckte Ziel zu erreichen, wurde Retinger zu einem der Verhandlungsführer, zusammen mit Prinz Sixtus von Bourbon-Parma und dem General der Jesuiten. ...

Während des Zweiten Weltkrieges wurde er einer der engsten Berater von General Sikorski, dem Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung in England, der ihn den "Cousin des Teufels" nannte.

Nach dem Krieg setzte er sich intensiv für die europäische Integrationsbewegung ein und war 1947 maßgeblich an der Gründung der (vom "American Committee for a United Europe" ge-

förderten) "Europäischen Bewegung" beteiligt, deren erster Generalsekretär er wurde und 1948 den Haager Europa-Kongreß in Den Haag organisierte, an dem unter dem Vorsitz Churchills über 700 Delegierte aus ganz Europa und Beobachter aus den USA und Kanada teilnahmen.

Damit gelang die entscheidende Weichenstellung für die Gründung der Europäischen Bewegung. Auch die Gründung des bis heute außerordentlich einflußreichen "Europarates" geht auf seine Initiative zurück. Schließlich entsprang auch die Gründung der "Bilderberger-Konferenzen" seinen strategischen Planungen, für die er Prinz Bernhard der Niederlande als Vorsitzenden und Symbolfigur gewann. (Wikipedia)

Das Wirken Józef Retingers für eine staatliche Einigung Europas im Sinne des Vatikans, sozusagen für ein "Heiliges Römisches Europa", war also noch ungleich grundlegender als das Otto von Habsburgs.

Im "Kreißaal der EU" in Rom

Die feierliche Unterzeichnungszereemonie der Gründungsverträge von EWG und EURATOM, den Vorläufern der EU, fand am 25. März 1957 ... in Rom ... statt. Von den für die 6 Gründungsländer Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande unterzeichnenden Staatsmänner waren die meisten - K. Adenauer, Chr. Pineau, A. Segni, J. Luns - katholisch geprägt.

Der Saal ist mit seinen Wandmalereien der Erinnerung an die kriegerischen Ursprünge des Römischen Imperiums gewidmet. Die Statuen zweier Päpste dokumentieren in geistiger Nachfolge des Imperiums den Machtanspruch der römisch-katholischen Kirche über die Seelen der Menschen.

Nach der Erhebung des Christentums zur römischen Staatsreligion im 4. Jh. hatte die römische Kirche Struktur und juristische Denkweise des zerfallenden römischen Imperiums angenommen, der Bischof von Rom war mit Hilfe der Macht der römischen Kaiser gegen den Widerstand der meisten anderen Bischöfe zum Oberhaupt (Papst) aufgestiegen und hatte von den Kaisern das Amt des Pontifex Maximus, des obersten Priesters, übernommen. Die Auswahl des symbolträchtigen Ortes war sicher kein Zufall, sondern gezielt angeordnet.

Auch die Unterzeichnung des "Vertrages über eine Verfassung für Europa", der die EU bereits in einen Quasi-Bundesstaat erheben sollte, fand 47 Jahre später, am 29. Oktober 2004, feierlich in diesem Saal statt, den die Süddeutsche Zeitung daher in wohlwollender Flapsigkeit als "Kreißaal der EU" bezeichnete.

Dabei ist nicht unwesentlich, daß diese Verfassung maßgeblich unter der Leitung des Jesuitenzöglings und früheren französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing entworfen wurde, der wie Otto von Habsburg ein herausragender Ritter des "Souveränen Malteserordens" ist.

Die unterzeichnenden Staatsmänner saßen direkt unter der mächtigen, überlebensgroßen Statue des Papstes Innozenz X., der gleichsam seine segnende rechte Hand über sie ausstreckt. ... Innozenz X. war Papst von 1644-1655.

Als 1648 der Dreißigjährige Krieg - für die katholische Kirche praktisch erfolglos - mit dem Westfälischen Frieden beendet wurde, der den Herrschafts- und Einflußbereich der Protestanten festschrieb, wandte sich Innozenz mit aller Schärfe dagegen und verweigerte als einziger die Unterschrift unter den Friedensvertrag. Europa sollte katholisch bleiben und nicht teilweise unter protestantische Herrschaft geraten.

Der Papst erklärte in einem Schreiben ("Zelo domus Dei") *"kraft Apostolischer Machtvollkommenheit den Artikel des Westfälischen Friedens für nichtig, ungültig, unbillig, ungerecht, verdammt, verworfen, vergeblich, der Kräfte und Erfolge entbehrend für alle Zukunft, niemand sei zu ihrer Einhaltung verpflichtet."* (Wikipedia)

Die unterzeichnenden Staatsmänner blickten genau gegenüber auf die gleichfalls übermächtigen

ge Statue von Papst Urban VIII. (1623-1644), des unmittelbaren Vorgängers von Innozenz X. Papst Urbans unerbittlicher Vernichtungswille der deutschen Protestanten kam anlässlich der Verwüstung Magdeburgs am 20. Mai 1631 durch die Truppen der katholischen Liga zum Ausdruck. Es war zu tagelangen Raubzügen, Vergewaltigungen und Gewalttaten gekommen, bei denen mehr als 20.000 Bürger getötet wurden.

"In ganz Europa war man über dieses Massaker entsetzt, und es gilt als das größte und schlimmste während des Dreißigjährigen Krieges. Es hieß, die Taten und der Schrecken seien in ihrer Entsetzlichkeit 'nicht in Worte zu fassen und nicht mit Tränen zu beweinen'. Papst Urban VIII. hingegen verfaßte am 24. Juni 1631 ein Schreiben, in dem er seine Freude über die "Vernichtung des Ketzernestes" zum Ausdruck brachte." (Wikipedia)

Was drückt sich in dieser Symbolik aus?

Aus der Ich-Kraft und dem Freiheitsimpuls Mitteleuropas erhob sich mit der Reformation die größte Rebellion gegen den religiösen Herrschaftsanspruch des Papsttums. Zwar geht von der verflachten Evangelischen Kirche von heute keine Gefahr mehr für Rom aus, aber man weiß, daß in dem Geistesstreben der Deutschen, wie es in der deutschen Klassik, Romantik und Philosophie des Idealismus besonders zum Ausdruck kam, *nach wie vor die größte Gegnerschaft schlummert.* ... Doch dieses Streben zielt danach, die Grenzen von Religion und Wissenschaft aufzuheben, so daß der Philosoph Schelling formulierte: *"Die deutsche Nation strebt mit ihrem ganzen Wesen nach Religion, die mit Erkenntnis verbunden und auf Wissenschaft begründet ist."*

Damit wird der Priester als Vermittler zwischen irdischer und göttlicher Welt überflüssig. Das ist schon in Luthers Tat veranlagt, der die jedermann zugänglichen Evangelien über die Dekrete des Papstes stellte. Daher wird auch Rudolf Steiner, der in Anknüpfung an den deutschen Idealismus ... einen wissenschaftlichen Weg zur Erkenntnis der geistig-göttlichen Welt, eine Geistes-Wissenschaft begründete, von der katholischen Kirche auf allen Ebenen bekämpft. Im unmittelbaren Verhältnis jedes Menschen zur göttlich-geistigen Welt liegt die größte ... Bedrohung der Kirche.

Ein unabhängiges Deutschland mit einem freien Geistesleben muß daher verhindert und in einem europäischen Bundesstaat gebunden oder gar absorbiert werden.

Die 60-Jahr-Zeremonie

Die EU befindet sich gegenwärtig in einer schweren Krise, die einen besonders dramatischen Ausdruck in der Austrittserklärung Großbritanniens gefunden hat. Was lag da näher, als am 25. März 2017, dem 60. Jahrestag der Unterzeichnung der römischen Verträge, zusammenzurücken und im selben Saal in Rom die Gründungsideale erneut zu beschwören.

Die Regierungschefs der verbleibenden 27 EU-Staaten unterzeichneten feierlich eine Erklärung, die das Versprechen der EU auf Frieden, Freiheit und Wohlstand erneuern soll. *"Heute erneuern wir in Rom unser einzigartiges Bündnis freier Nationen, das vor 60 Jahren von unseren großartigen Vorgängern ins Leben gerufen wurde"*, sagte EU-Ratspräsident Donald Tusk. *"Sie hatten den Mut des Kolumbus, unbekannte Gewässer zu besegeln, eine neue Welt zu entdecken."*

Am Abend zuvor war man von Papst Franziskus in Audienz empfangen und eingestimmt worden. Er sparte nicht mit Kritik und Ermahnungen.

Sechzig Jahre später nach Rom zurückzukehren darf nicht bloß eine Reise in die Erinnerungen sein, sondern ist vielmehr das Verlangen, das lebendige Gedächtnis jenes Ereignisses wiederzuentdecken, um dessen Bedeutung in der Gegenwart zu verstehen. ...

'Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft', bekräftigte damals der luxemburgische Premierminister Bech, 'wird nur dann leben und erfolgreich sein, wenn sie in ihrem Bestehen dem Geist europäischer Solidarität, der sie geschaffen hat, treu bleibt und wenn der gemeinsame Wille des entstehenden Europas mächtiger ist als die nationalen Willensbestrebungen.'

Dieser Geist ist angesichts der zentrifugalen Kräfte wie auch der Versuchung, die Gründungsideale der Union auf produktive, wirtschaftliche und finanzielle Erfordernisse zu reduzieren, heute höchst notwendig. ...

Europa findet wieder Hoffnung in der Solidarität, die auch das wirksamste Heilmittel gegen die modernen Formen des Populismus ist. Die Solidarität bringt das Bewußtsein mit sich, Teil eines einzigen Körpers zu sein, und schließt gleichzeitig die Fähigkeit eines jeden Gliedes mit ein, mit dem anderen und dem Ganzen zu 'sympathisieren'. ...

Die Formen von Populismus hingegen sind eben Blüten des Egoismus, der in einen engen und erdrückenden Kreis einschließt und nicht zuläßt, die Enge der eigenen Gedanken zu überwinden und darüber hinaus zu sehen. Man muß wieder beginnen, europäisch zu denken, um die gegensätzliche Gefahr einer grauen Uniformität oder des Triumphs der Vielstaaterei (Partikularismen) abzuwehren. ...

Meinerseits kann ich nur versichern, daß der Heilige Stuhl und die Kirche ganz Europa nahe ist. An seinem Aufbau hat die Kirche stets mitgewirkt und wird immer mitwirken. Dazu bittet sie für Europa um den Segen des Herrn, damit er es beschütze und ihm Frieden und Fortschritt schenke."

Mit dem positiven Begriff "Europa" ist natürlich das Konstrukt der Europäischen Union gemeint, womit suggeriert wird, beide als identisch aufzufassen. Aus den Worten des Papstes wird der Wille zu einem europäischen Gesamtstaat, einem *einzigen Körper*, deutlich, in dem sich die Einzelstaaten mit ihren *nationalen Willensbestrebungen* einfügen und unterordnen sollen. Denn diese *zentrifugalen Kräfte* seien heute verführerischer *Populismus*, der nichts anderes als beschränkter nationaler Egoismus bedeute, dem der notwendige Weitblick fehle.



Zum Bild: Der gegenüber der politischen Ebene erhöhte Heilige Stuhl, auf dem der Papst in gebührendem Abstand über den anderen thront, suggeriert, daß er einer höheren geistigen Ordnung angehöre, daß er der göttlichen Welt nahe stehe, aus der er letztlich seine Weisheit, seine Handlungsimpulse und den göttlichen Segen empfangt, den weiter zu spenden, er kraft göttlichen Auftrags ermächtigt sei.

Die hierarchische Ordnung

Die römisch katholische Kirche hat eine streng gegliederte Priesterhierarchie, die sich über den Gläubigen auftürmt und deren Verhältnis zur göttlichen Welt regelt und bestimmt. In ihrem Anspruch auch auf weltliche Herrschaft greift sie im Grunde auf die Form altorientalischer und altägyptischer Theokratien zurück, in denen der gottgleich verehrte oberste Priester zugleich oberster weltlicher Herrscher, absoluter Monarch war. Eine Karikatur dieses Strebens ist im Vatikanstaat erhalten geblieben, *"einer absoluten Wahlmonarchie, deren Monarch der Papst ist."* (Wikipedia)

In der geschichtlichen Folge waren aber die Theokratien in den religiösen Teil der Kirchen und den weltlichen Teil der Monarchien auseinandergebrochen, wobei beide die unmittelbare Einsetzung und Legitimation durch die göttliche Welt geltend machten.

Mit der Konkurrenz der Könige und Kaiser "von Gottes Gnaden" mußte sich die römische Kirche auseinandersetzen. Das ganze Mittelalter ist von diesem Kampf gekennzeichnet, in dem das Papsttum stets die oberste göttliche Legitimation behauptete und von Karl dem Großen an auch zumeist die Einsetzung und Krönung der weltlichen Herrscher des "Heiligen Römischen Reiches" als erneuertes römisches Reich durchgeführt hat. Schon an der Wahl waren die "Fürstbischöfe" der Kirche, die zugleich weltliche Landesherren waren, als Angehörige des Standes der Kurfürsten beteiligt. Die römische Kirche durchsetzte das weltliche Reich und übte auf Adel und Volk einen allgegenwärtigen Einfluß aus.

Reformation und Ende des "Heiligen Römischen Reiches" waren ein schwerer Schlag für die Macht der römischen Kirche. Offensichtlich sieht das reaktionäre Papsttum in einem europäischen Gesamtstaat die Möglichkeit, ein "Heiliges Römisches Reich" in neuer Form wieder aufzurichten, das natürlich unter den modernen Gegebenheiten einer demokratischen Fassade bedarf.

Dahinter handelt es sich aber um ein hierarchisches System von Institutionen, die von einem neuen "politischen Adel" beherrscht werden, der von Mitgliedern oder Sympathisanten der Kirche durchsetzt sind und die Impulse der Kirchen bewußt oder unbewußt realisieren. Den Bürgern ist eine gesellschaftlich wirksame Mit- und Selbstbestimmung in der EU genauso verwehrt wie den Gläubigen die religiöse Selbstbestimmung in der römischen Kirche.

Es handelt sich um die wüsteste Reaktion gegen die vom wahren Christentum impulierte Entwicklung der Menschheit zu Freiheit und Selbstbestimmung. Die angeblich christliche römische Kirche arbeitet der zentralen Verheißung und dem damit verbundenen Auftrag Christi entgegen: *"Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen."*

Nachbemerkung:

Es paßt in den Zusammenhang des Themas, daß der neue französische Präsident Emmanuel Macron, der zwei Tage nach der deutschen Bundestagswahl weitere Kompetenzübertragungen auf die EU durch einen eigenen Eurozonen-Haushalt mit Ministerium, einen EU-Verteidigungs-Etat und eine europäische Asylbehörde forderte, ebenfalls Jesuitenschüler ist. *"Aus einer nichtreligiösen Familie stammend, ließ sich Macron als 12-Jähriger bei Eintritt in die Jesuitenschule (La Providence, in Amiens) auf eigenen Wunsch katholisch taufen."* (Wikipedia). Er besuchte diese Schule bis zum 17. Lebensjahr. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.09.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x337/79) = Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete, Seite 79.

x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg</u> . Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
------	---

Internet

x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x892	http://www.civitas-institut.de/index.php?option=com_content&view=article&id - Januar 2018
x893	http://www.katholisches.info ... - Februar 2018
x953	https://kritisches-netzwerk.de/forum/luegen-die-medien-propaganda-rudeljournalismus-und-der-kampf-um-die-oeffentliche-meinung - November 2019
x964	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/09/29/die-deutsche-obrigkeitshoerigkeit-und-ihr-ursprung/ - November 2019
x965	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/08/17/gezielte-verharmlosung-des-islam/ - November 2019
x977	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/10/24/der-heilige-stuhl-und-der-kreisssaal-der-eu/#more-4262 - September 2020
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.076	https://eike-klima-energie.eu/2017/07/28/was-ist-wahr-die-photosynthese-oder-die-geschichte-vom-klimamakiller-co2/ - März 2022